

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

19 (8.5.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS - WOCHENSCHRIFT

REVUE ÉCONOMIQUE EN FRANÇAIS ET EN ANGLAIS
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 19 — 3. Jahrgang — 122 DG AA/In. 37c

Konstanz/Bodensee, den 8. Mai 1948

Ausgabe D — Preis RM 1.-

Mehr Menschen — weniger Leistung

Auf eine Erscheinung in der Nachkriegswirtschaft Deutschlands kann nicht oft und deutlich genug hingewiesen werden: Heute arbeiten viel mehr Menschen an der gleichen Produktionsmenge als vor dem Krieg. Diese Erscheinung beschränkt sich allerdings nicht nur auf Deutschland. So konnte vor kurzem gemeldet werden, daß im belgischen Kohlenbergbau mehr Menschen als vor dem Krieg beschäftigt sind, die Leistung aber hinter der Vorkriegsförderung zurückbleibt. Aus anderen Ländern liegen gleichlautende Berichte vor. Besonders kräftig ist aber diese Erscheinung in Deutschland.

So hat das bayerische Wirtschaftsministerium in seinem Jahresbericht für 1947 festgestellt, daß das Volumen der gewerblichen Gütererzeugung kaum mehr als die Hälfte des Standes von 1936 erreicht, aber ebenso viele Menschen wie 1936 beschäftigt. Beispiele des Auslandes können wir, wenn wir nach den Gründen suchen, für deutsche Verhältnisse nicht heranziehen, denn im Ausland fallen zwei Gründe fort, die bei uns wesentlich sind: Die durch die schlechte Ernährung geminderte Leistungsfähigkeit der Menschen und die Hertzung von Arbeitskräften. Ein dritter Grund ist nur bedingt ähnlich wie im Ausland: Bei nur geringer Ausnutzung der Kapazität bedeutet die Industrie im Verhältnis zur Produktionsmenge mehr Arbeitskräfte als bei voll laufender Produktion. Es kommen aber in Deutschland noch andere Gründe hinzu. Es werden nämlich in den meisten Betrieben noch viele Menschen nur mit Trümmern beschäftigt, Aufkündigung und Wiederbeschäftigung beschäftigt. Weiter ist durch das Fehlen von Facharbeitern eine erhöhte Zahl der Belegschaft für die gleiche Arbeit notwendig. Nicht in jedem Betrieb liegen alle Gründe vor. So erklärt sich auch der scheinbare Widerspruch, der einerseits in der Hertzung von Arbeitskräften, andererseits in dem Mangel an Fachkräften liegt, wenn man die gesamte Wirtschaft betrachtet. Es sind eben schon wieder einige Industriezweige fast an den Vorkriegsstand herangekommen, wie die Nahrungsmittel-, Textil-, Glasindustrie und teilweise die Stromerzeugung, andere haben ein Viertel ihres Vorkriegsstandes erreicht.

Trotzdem bleibt für die Allgemeinheit die Tatsache der fast doppelt so hohen Lohnkosten wie vor dem Krieg eine Kostenlage, die je nach Lohnintensität mehr oder weniger belastend ist, Gerade in Hinsicht auf den Export ist diese Kostensteigerung besonders unerfreulich, und die Rückwirkungen sind, wie wir wissen, nicht abzusehen.

Edelmetallkontrolle in deutschen Händen

Frankfurt. Die Kontrolle und Verteilung von Edelmetallen wie Gold, Silber, Platin, Osmium, Rhodium und Ruthenium sowie deren Legierungen ging in der Doppelsonne in dieser Woche auf die Verwaltung für Wirtschaft über, wie das Zweimähtekontrollamt am Freitag bekanntgab.

Das Kontrollrecht soll sich auf die zurzeit vorhandenen Bestände, auf die laufende Produktion, auf Einfuhren für den Bedarf der Inlandindustrie und auf die für wirtschaftliche Zwecke notwendigen Mengen erstrecken. Die Lagerung der Edelmetalle wird besonderen Stellen, u. a. der Bank deutscher Länder übertragen.

Auch soll die Einfuhr von Edelmetallen in die Doppelsonne in Kürze ausschließlich von den deutschen Stellen ohne Genehmigung des Zweimähtekontrollamtes durchgeführt werden.

Deutsches Büro in Paris

Frankfurt. Im Rahmen der Marshall-Planung wird in Paris ein ständiges deutsches Büro errichtet, in dem etwa fünf Personen beschäftigt sein werden. Die Besetzung dieses Büros ist bereits erfolgt, doch steht die Bestätigung der betreffenden Personen durch den Wirtschaftsrat noch aus.

Russisches Gold aus den USA

Washington. Nach einer amtlichen Mitteilung hat die Sowjetunion im April erstmalig seit der Vorkriegszeit Gold aus den USA im Werte von 4,49 Mill. \$

Vorbereitungen zum Start

Produktionspläne — Erwägungen und Vorschläge — Die Aufgabe des Staates

Vor wenigen Monaten noch erklärten viele Unternehmer ihr lethargisches Verhalten mit dem Hinweis „was sollen wir uns anstrengen, wir wissen ja doch nicht, wie es nach der Geldreform aussehen wird“. Heute hört man aus dem gleichen Kreise immer häufiger die Bemerkung „wir müssen noch schnell sehen, daß wir vor der Geldreform einige wichtige Vorbereitungen für die Produktion unter Dach bringen, dann können wir am Tage danach einen neuen Start beginnen und unsere Produktion unter den dann herrschenden Wettbewerbsbedingungen gleich eröffnen“.

Dieser Auftrieb, den die vorangeworfenen Schatten der Geldreform erzeugt haben, ist grundsätzlich ein gutes Zeichen. Es spricht dafür, daß der deutsche Arbeitswille trotz Kriegserstörungen, Nachkriegslähmungen und trotz der Lethargie der Unterernährung keineswegs erloschen ist. Die Ansicht, daß im Laufe der nächsten Monate die Geldreform Tatsache werden wird, genügt bereits, um viele Unternehmer und auch schon viele Arbeitnehmer anzuregen, sich nach produktiver Arbeit für den Tag danach umzusehen. Denn die neuen Produktionslinien befassen sich nicht mehr mit Kunstgewerbe und entbehrlichem Krimskrams, den schon jetzt niemand mehr kaufen will. Der Unternehmer überlegt ernstlich, welche Absatzmöglichkeiten für seine geplante Produktion nach der Geldreform bestehen, und der Arbeitnehmer denkt nicht mehr allein an die Deputate, die er heute noch für Tauschzwecke erhalten mag, sondern daneben auch an die Krisenfestigkeit seines Arbeitsplatzes nach der Geldreform.

Und noch ein günstiges Zeichen läßt sich vermelden. Die Mißachtung vor dem Geld nimmt, wenn auch langsam, ab. Banken und Sparkassen können zum ersten Mal seit langer Zeit von Überschüssen der Einlagen über die Auszahlungen berichten. Es herrscht nicht mehr überall die so verderbliche, aber aus den Umkehrungen unserer Zeit durchaus verständliche Einstellung, daß Geld müsse so schnell wie möglich in „Sachwerte“ verwandelt werden. Der Bauer kauft keine weiteren Teppiche mehr für den Kuhstall, sondern allenfalls noch nützliche Utensilien für seinen Betrieb. Kleine und große Geschäftleute in der Stadt zücken ihr Augenmerk nicht mehr auf seltene Briefmarken, die sie vielfach überzahlen. Der Sparmann regt sich wieder ein wenig. Selbst eine langfristige Blockierung und eine drastische Zusammenlegung der Spar- und Bankguthaben

wird von weitsichtigen Menschen heute für erstrebenswerter gehalten als der Kauf von Sachwerten, deren spätere Realisierbarkeit mehr als fragwürdig ist. An den sinkenden Preisen für entbehrliche Güter am Schwarzmarkt, von den Stilmöbeln bis zum Rundfunkgerät, von alten Münzen bis zum zweitklassigen Oelgemälde läßt sich die Richtigkeit dieser Beobachtung vom langsamen Wiederaufleben des Sparsinnes nachprüfen.

Die ersten leichten Verbesserungen der Lebensmittellage in der britischen und amerikanischen Zone (die allerdings in den Großstädten infolge von Liefer Schwierigkeiten noch nicht recht zum Zuge kommen wollen) tragen ebenfalls das Ihre dazu bei, die niemals völlig untergangene Hoffnung auf einen Wiederaufschwung zu beleben. Auch das Zugeständnis für die Doppelzone, Lohn-erhöhungen von durchschnittlich 15% als Ausgleich für die seit der Kapitula-

tion eingetretene Verteuerung der Lebensmittel zuzulassen, dürfte seine Wirkung nicht verfehlen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß diese Lohn-erhöhungen vorerst nur für die Frist bis zur Geldreform Gültigkeit haben können. Erst in den Monaten danach, wenn die völlig neuen Kalkulationsgrundlagen des völlig neuen Anfrages übersehbar sein werden, wird sich zeigen lassen, welche Realitäten die deutsche Wirtschaft zu zahlen vermag. Erst nach dem Auspendeln der deutschen Preise im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen und erst nach der Ermittlung eines einigermaßen frei zustande gekommenen Wechselkurses für die neue Mark wird sich der — bestimmt zunächst sehr niedrige — deutsche Lebensstandard in den Löhnen und ihren realen Gegenwerten niederschlagen. Trotzdem ist es von größter Wichtigkeit, daß zunächst

(Fortsetzung auf Seite 2)

Europa von heute und morgen

Eine Studie der Europäischen Wirtschaftskommission

Das Sekretariat der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf befaßt sich in einer eingehenden Studie mit der wirtschaftlichen Lage Europas.

Die Studie gliedert sich in vier Hauptkapitel: 1. Erholung der Produktion, 2. Wiederaufleben des Handels, 3. Europäische Zahlungsbilanz, und 4. Probleme des europäischen Wiederaufbaus.

Industrielle Erholung betrieblig — landwirtschaftliche Lage ernst

Die industrielle Produktion Europas hat sich — mit Ausnahme Deutschlands — bedeutend rascher erholen können als nach dem ersten Weltkrieg. Demals konnte Europa sein Vorkriegsniveau erst sechs Jahre nach Kriegsende erreichen, diesmal bereits in 1½ Jahren. Dagegen kann die landwirtschaftliche Lage nicht ernst genug beurteilt werden. Die landwirtschaftliche Produktion konnte 1947 nur 75% des Durchschnitts der Jahre 1935—1938 erreichen. Dieser Umstand wiegt um so schwerer, weil die Bevölkerung Europas in den letzten 20 Jahren ohne Rußland eine Zunahme um 65 Millionen und mit Rußland um volle 93 Millionen aufweist. Außerdem wurden um 10% weniger Lebensmittel aus Übersee eingeführt als vor dem Krieg. Dieses „Minus“ in der europäischen Lebensmittelversorgung bedeutet aber für Millionen Menschen Hunger und Unterernährung. Auch der europäische Handel will nicht recht in Gang kommen. Er erreichte 1947 nur 56% seines Umfangs von 1938. Ohne bedeutende Steigerung des interkontinentalen Handels wird Europa seine augenblickliche schwere Lage nicht überbrücken können. Die europäische Einfuhr nach Übersee betrug 1947 nur 79% ihres Umfangs von 1938, während die Einfuhren aus den überseeischen Ländern gewaltig ansetzten sind.

7,5 Mrd. Dollar-Defizit der europäischen Zahlungsbilanz

Das Gesamtdefizit der europäischen Länder aus ihren Transaktionen mit der übrigen Welt betrug 1946 5,8 Milliarden und 1947 7,5 Mrd. \$. Es geht darauf zurück, weil die unsichtbaren Einnahmen Europas von 2,1 Mrd. Dollar im Jahr 1938 auf 0,6 Mrd. \$ im Jahre 1947 zusammengeschrumpft sind. Die Einfuhren aus Übersee aber gleichzeitig bei einem Abinken der europäischen Ausfuhren gewaltig angestiegen sind. Der Einfuhrüberschuß Europas ist von 2,1 Mrd. \$ 1938 auf 3,3 Mrd. \$ 1947 angewachsen. Auch die seit 1938 sich abzeichnende Preissteigerung hat zur Vergrößerung des Defizits beigetragen. Hätten die im Jahre 1938 geltenden internationalen Handelspreise im Laufe der Jahre keine Erhöhung erfahren, wäre das Defizit im Jahr 1947 um 3,6 Mrd. \$ niedriger gewesen.

Mit Rücksicht darauf, daß das europäische Finanzierungsprogramm nach dem zweiten Weltkrieg — auch langfristig gesehen — unvergleichlich schwieriger als nach dem ersten Weltkrieg. Vor dem Krieg war der europäische Import etwa 5% höher als der Export, doch wurde dieser Unterschied von ungefähr 2 Mrd. \$ damals durch die unsichtbaren Einkünfte voll-

ständig ausgeglichen. Aber auch eine Steigerung der europäischen Exporte und eine Verringerung der Importe auf den Vorkriegsstand würde in der europäischen Zahlungsbilanz auf der Grundlage der gegenwärtigen Preise noch immer ein Defizit von 4 Mrd. \$ zur Folge haben.

Da aber heute zur Ausglichen dieses Defizits keine unsichtbaren Einnahmen mehr bestehen, wird Europa seine Einfuhren entsprechend verringern und seine Ausfuhren steigern oder beides miteinander verbinden müssen. Da diese Möglichkeiten heute aber begrenzt sind, wird eine ausgeglichene europäische Zahlungsbilanz nur durch eine tiefgehende Umwandlung der gesamten europäischen Wirtschaft erreicht werden können. Diese Umwandlung wird aber nicht durch Sofortmaßnahmen, sondern nur allmählich im Laufe der Jahre möglich sein. Besonders schwierig gestaltet sich dieser Umwandlungsprozess durch den ungeheuren Passivalde gegenüber den USA, denn 70% des Defizits aus dem überseeischen Warenverkehr geht auf Rechnung der Vereinigten Staaten. 1947 waren zum Beispiel die Einfuhren aus dem USA siebenmal größer als die Ausfuhren nach den USA.

Die Europäische Wirtschaftskommission vertritt die Ansicht, daß das europäische Zahlungsproblem nur durch die Entwicklung der schweren Industrieerzeugnisse, Stahl und Eisen, Chemikalien und Maschinen, einer Lösung zugeführt werden könne. Gleichzeitig müsse aber auch die Ausfuhr der leichten Industrieerzeugnisse intensiviert werden. Zum Ausgleich der Zahlungsbilanz sollte die Produktion der Schwerindustrie — mit Ausnahme Deutschlands — gegenüber 1938 um 40—50% gesteigert werden, und dieses Ziel schäme die verschiedenen Wirtschaftspläne auch bis 1951 erreichen zu wollen. Dagegen wird die landwirtschaftliche Produktion nach den aufgestellten Plänen auch 1951 den Vorkriegsstand nicht erreicht haben. Europa sollte mit Rücksicht auf seinen Bevölkerungszuwachs die Lebensmittel-einfuhr aus Übersee eigentlich um 33% erhöhen; deshalb wird auch bei der Verwirklichung der bestehenden Wirtschaftspläne die europäische Zahlungsbilanz nur dann ausgeglichen werden können, wenn gleichzeitig das gesamte Lebensniveau Europas stark herabgesetzt wird.

Elastischere Handelsabkommen und größere Kreditwilligkeit

Um die Einfuhren aus Übersee erhöhen zu können, müßte der Warenaustausch innerhalb Europas bedeutend gesteigert werden, was wieder von einer erhöhten industriellen und vor allem landwirtschaftlichen Produktion abhängt. Wegen des wachsenden Mangels an starken Devisen und wegen Erschöpfung der gegenseitigen Kredite streben die meisten europäischen Länder einen immer stärkeren bilateralen Ausgleich ihrer gegenseitigen Handelsbeziehungen an. Um den Handel innerhalb Europas an seiner Erstarrung zu lösen, wären elastischere Handelsabkommen und eine größere Kreditwilligkeit erforderlich.

In dieser Nummer

- Westeuropäischer Zollverein
- Weiter Eisenpreis-Sorgen
- Bayerns Hüttenindustrie
- Deutsche Piano-Industrie im Aufbau
- Berlins Industrieproduktion
- Frankreichs Industrie im Wiederaufbau
- Chemische Industrie in Holland
- Dänemarks Anteil am Marshall-Plan
- Steuerliche Behandlung von Schwarzhandelskäufen

Konsumieren oder investieren?

Nicht nur das von Kriegs besonders schwer betroffene Deutschland, sondern ganz Europa steht vor der entscheidenden Frage: Was ist heute wichtiger, die rasche Ausweitung der Konsumgütererzeugung oder der nachhaltige Aufbau des Produktionsapparates? Die breite Schicht der Verbraucher fordert natürlich in ganz Europa einhellig das erste. Ihre Wortführer weisen mit allem Nachdruck darauf hin, daß die unumkehrbar schon fast zehn Jahre dauernde Unterverzögerung mit den einfachsten und notwendigsten Bedarfsgütern endlich ein Ende haben müsse. Man habe in Europa wahrhaft lange genug geduldet. Auf der anderen Seite wird, vor allem von Regierungsstellen und Wirtschaftlern, betont, der Produktionsapparat sei durch Kriegserstörungen, Verschleiß und Überalterung so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß seine Modernisierung und Ausweitung allen anderen Wünschen vorangehen müsse. Man dürfe nicht nur an die Gegenwart, sondern müsse vor allem an die zukünftige Wirtschaftsentwicklung denken.

Man sieht aus dieser Gegenüberstellung: beide Auffassungen sind berechtigt und wohl begründet. Trotzdem scheint es heute in Europa so, als ob die von den Massen stürmisch erhobene Forderung nach Verbrauchsbefriedigung gar nicht existiere, so wenig Gehör wie ihr geduldet und so eindeutig wird heute die Erweiterung des industriellen Produktionsapparates forciert. Überall und auf allen Gebieten werden Ein- und Mehrjahrespläne aufgestellt. Nicht nur in Osteuropa, nein, auch in Westeuropa. Man denke nur an den Monnet-Plan in Frankreich, an den Liefstick-Plan in Holland, an die Pläne der Labour-Regierung in England und an die verschiedensten Pläne in Deutschland. Ganz Europa ist heute von einem akuten Planungs- und Investitionsfieber befallen. Jedes Land erstrebt ein Höchstmaß an Industrialisierung. Nur dadurch glaubt man, angeichts der gewaltigen amerikanischen Überlegenheit seine wirtschaftliche Existenz jetzt und in Zukunft sichern zu können. Jahresziel und veranschlagte Investitionen, wie beispielsweise im englischen Kohlenbergbau, werden jetzt pünktlich als unerlässlich erkannt und zu Aufgaben von nie gekannter Dringlichkeit gemacht. Was in Jahrzehnten veräußert wurde, soll jetzt binnen kürzester Frist aufgeholt werden. Modernisierung, Rationalisierung und Erweiterung, das sind heute die Prioritäten, denen alles andere untergeordnet wird. Nur auf diese Weise, so glaubt man, könne ein ausreichender Anteil am Weltmarkt, Vollbeschäftigung und Wohlstand erzielt werden.

Diese Überlegungen sind sicherlich richtig, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Selbstverständlich muß, so wie jeder einzelne Betrieb, auch das volkswirtschaftliche Ganze zu größtmöglicher Leistung und Produktivität hingeführt werden, es muß jedoch mit Maß und Ziel und zur rechten Zeit geschehen. Vor allem wird bei den heutigen Planungen fast immer über die Tatsache hinweggesehen, daß der Teil des Volkseinkommens, der für Investitionen verwendet wird, nicht ersetzt werden kann und eine Konsumbeschränkung bedeutet. Bis zu einem gewissen Grade wird diese Konsumbeschränkung von dem wirtschaftenden Menschen in der Form des Sparsens freiwillig vorgenommen.

Westeuropäischer Zollverein in Sicht *Ausland in Kürze*

Fortschritte der Zollunion-Idee — Auch in Skandinavien neue Bestrebungen

men. Es geht aber nicht an, die jahrelange Unterversorgung, wie sie der Krieg mit sich brachte, noch auf weitere Jahre hinaus zugunsten des technischen Apparates zu erwidern. Gegen einen solchen Plan-Despotismus lehnen sich mit Recht die Menschen auf, denn sie arbeiten und wirtschaften nicht um bürokratischer Pläne willen, sondern um einigermaßen menschenwürdig leben zu können.

Im übrigen ist es ein großer Irrtum, wenn die Planfanatiker glauben, durch unbarbarische Konsumbeschränkung und übersteigerte Investitionstätigkeit die volkswirtschaftliche Produktivität erheblich steigern zu können. Was helfen denn Europa alle neuen Kraftwerke, Verkehrsleitungen und Fabriken, wenn sein wertvollster Aktivposten, die hochqualifizierte Arbeitsleistung seiner Menschen, auch weiterhin beträchtlich hinter dem Leistungsstand der Vorkriegszeit zurückbleibt? Nichts, denn durch dieses Leistungsmanko werden alle positiven Auswirkungen der technischen Modernisierung und Verbesserung wieder illusorisch. Deshalb kann und darf es auch in der heutigen Lage Europas nicht in erster Linie darum gehen, den technischen Produktionsapparat zu verbessern, sondern es muß zuerst einmal für die Wiederherstellung der menschlichen Arbeitskraft gesorgt werden. Das aber kann nur durch eine verbesserte Versorgung und Verbrauchsbelebung geschehen. Deshalb ist auch heute die Ausweitung der Konsumgüterproduktion die einzig richtige Investition. Nur auf der europäischen Arbeitskraft, diesem größten und wertvollsten Aktivum, kann sich die wirtschaftliche Wiedergesundung der Alten Welt aufbauen.

Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß heute in Europa überhaupt keine anderen Verbesserungen und Erweitervestitionen vorgenommen werden sollen. Das wäre genau so falsch und extrem wie das derzeitige Investitionsfieber. Man wird es nur in sehr viel bescheidenem Maße tun müssen, und zwar entsprechend der heute sehr kleinen Kapitalbildung. Dabei werden diese Investitionen vor allem der Steigerung der Grundstoffindustrien dienen müssen, aber nicht um dadurch in erster Linie die Grundstoffexporte zu erhöhen, sondern vor allem, um eine reichliche Versorgung der auf diesen Grundstoffen aufbauenden Exportindustrien zu fördern. Man wird hier einwenden und fragen: Soll denn überhaupt nichts exportiert werden? Die europäischen Länder sind doch heute mehr denn je auf einen starken Export angewiesen, denn nur so können sie ihre lebenswichtigen Einfuhren bezahlen. Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach: Europa wird in dieser Übergangszeit weniger Konsumgüter, dafür aber mehr Produktionsmittel ausführen müssen. Dieses ist auch ohne weiteres möglich, denn einmal sind Maschinen heute in der ganzen Welt sehr stark gefragt, zum andern besitzt vor allem Westeuropa mit seiner ausgedehnten Maschinenindustrie hierfür die besten Voraussetzungen. Erst recht, wenn es sich bei den eigenen Investitionen nach seiner Kapitaldeckungs streckt, dann wird es diese überall begehrten Erzeugnisse zu einem erheblichen Teile ausführen können.

Selbstverständlich bedeutet eine derartige Abkehr von den übersteigerten Investitionsplänen gleichzeitig auch ein Begreifen vieler ehrgeiziger Aufbaueile. Damit muß man sich abfinden. Auf jeden Fall aber wird durch die verstärkte Hinwendung zum Konsum und zur Verbrauchsgüterproduktion das Leben in Europa sehr viel leichter werden. Die zahllosen Versorgungsengpässe, die Bewirtschaftungs-Bürokratie und damit die vielen Fesseln des Wirtschaftslebens werden verschwinden. Dem Arbeitseinkommen wird wieder ein entsprechendes Güterangebot gegenüberstehen. Das wird nicht nur einen starken Anreiz zur Mehrarbeit, sondern vor allem auch die Stabilisierung des Geldwertes zur Folge haben. Dann aber wird auch jedermann bestrebt sein, wieder möglichst wirtschaftlich zu arbeiten, wodurch die volkswirtschaftliche Produktivität und damit das Sozialprodukt ständig wachsen. Auch die Vollbeschäftigung wird gewährleistet sein, denn sie ist ja nicht nur durch verstärkte Investitionen, sondern genau so gut durch eine anhaltende Verbrauchsbelebung gewährleistet.

Nur eine Verbrauchsbelebung wird Europa über die derzeitigen Schwierigkeiten hinwegbringen und seine wirtschaftliche Genesung herbeiführen. Wenn ein befriedigender Versorgungsgrad erreicht ist, dann wird auch das ständige Drehen an der Lohn-Preis-Schraube aufhören. Letztlich sind ja die immer wieder erhobenen Lohnforderungen und Streiks in allen Ländern nichts Anderes als Demonstrationen gegen die unhaltende Unterversorgung und eine Auflehnung gegen den unbarbarischen Despotismus der überspannten Investitionspläne. Gerade das dauernde Auseinanderklaffen von Löhnen und Preisen ist das untrügliche Symptom dafür, daß heute in Europa eine enorme Diskrepanz zwischen Kapitalbildung und Kapitalverwendung besteht. Europa gleicht heute einem Bauherrn, der weit über seine finanziellen Verhältnisse hinaus baut. Auf diese Weise aber wird der noch aus vielen Wunden blutende Kontinent niemals zur Ruhe kommen. Eine kräftige und ausreichende Kost ist das erste Erfordernis jeder Genesung. Ist die volle

Sowohl der Marshall-Plan wie auch der West-Pakt der fünf Mächte Großbritannien, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Niederlande, sehen eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der angeschlossenen Staaten vor. In diesem Zusammenhang wird auch eine europäische Zollunion angestrebt, zu deren Verwirklichung von einer von der Pariser Konferenz eingesetzten „Studienkommission für eine europäische Zollunion“ Vorschläge ausgearbeitet werden. Die Studienkommission ist schon verschiedentlich zu Tagungen in Brüssel zusammengetreten und hat einen ständigen Ausschuss von Zollfachleuten eingesetzt, der bis zum 1. September dieses Jahres einen gemeinsamen Zolltarif entwerfen soll. Die bisherigen Verhandlungen haben zu guten Ergebnissen geführt, die darauf hindeuten, daß in absehbarer Zeit die Gründung eines westeuropäischen Zollvereins erfolgt.

Es ist damit zu rechnen, daß eine europäische Zollunion eher Wirklichkeit werden wird, als man vor wenigen Monaten noch erwarten durfte. Die politische Entwicklung hat die Notwendigkeit einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nur zu deutlich aufgezeigt und auch die Zollunionenpläne beschleunigt. Neben den Tagungen der Studienkommission für eine europäische Zollunion laufen zwischen verschiedenen europäischen Ländern Verhandlungen und Besprechungen, die mehr und mehr greifbarere Formen annehmen. Die Benelux-Länder, die seit Anfang dieses Jahres in Zollunion verbunden sind und durch die der Zollunion-Gedanke einen starken Auftrieb erhalten hat, streben eine Wirtschaftsunion an, an deren Aufbau systematisch gearbeitet wird. Die zwischen Frankreich und Italien seit einiger Zeit geführten Verhandlungen über eine Zollunion haben kürzlich zu den ersten Abmachungen geführt, die noch weiter ausgedehnt werden sollen.

Ein von Schweden, Norwegen, Island und Dänemark eingesetzter interkandinavischer Regierungsausschuss hat in diesen Tagen beschlossen, den Regierungen den baldigen Abschluß einer skandinavischen Zollunion zu empfehlen. Es wurde vorgeschlagen, vier Sekretariate einzurichten, die den Regierungsausschüssen als Ratgeber zur Verfügung stehen sowie die erforderlichen technischen Untersuchungen durchführen sollen. Ein gemeinsames Sekretariat soll koordinierend über diese vier Ländersekretariate stehen. Auch die Besprechungen zwischen der Türkei und Griechenland über eine Zollunion machen Fortschritte, nachdem vor einigen Monaten eine besondere Kommission eingesetzt worden ist, der Vertreter beider Länder angehören.

Der Plan zur Gründung eines westeuropäischen Zollvereins wird wesentlich gefördert durch die wirtschaftliche Zielsetzung des Westpaktes. Eine Zollunion der westeuropäischen Länder wird auch von Großbritannien befürwortet. Allerdings muß Großbritannien auf seine Bindungen zu seinen Dominien Rücksicht nehmen. Es ist für Großbritannien kein einfaches Problem, sich an eine enge westeuropäische Wirtschaftsorganisation zu binden. Außenminister Bevin hat jedoch kürzlich in Paris erklärt, daß Großbritannien der Bildung einer Zollunion für Westeuropa jede nur mögliche Unterstützung angedeihen lasse.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß ein derartig ausgedehntes Freihandelsgebiet im größten Interesse der Entwicklung der westeuropäischen Wirtschaft liegt. Die gegenseitige Zusammenarbeit und Solidarität der westeuropäischen Länder wird es ermöglichen, nicht nur ihre internationale Stellung und den Wohlstand ihrer Volksgemeinschaften aufzubessern, sondern auch eine weltwirtschaftliche Lösung zu finden. Nachdem Westdeutschland in den Marshall-Plan einbezogen worden ist, besteht auch die Absicht einer Einbeziehung in einen westeuropäischen Zollverein. Um ein Freihandelsgebiet mit einem einzigen Zollsystem in Westeuropa zu erreichen, müssen noch manche Schwierigkeiten überwunden werden, aber auch bis zur Bildung des „Preußischen Zollvereins“ im vorigen Jahrhundert war ein weiter Weg. Es erscheint möglich, daß sich ein europäischer Zollverein unter dem Druck der Verhältnisse schneller verwirklichen läßt.

Die französische Zone im April

hfg. Baden-Baden. Nach den Erhebungen der Industrie- und Handelskammer wird für die Industrieentwicklung in Württemberg-Hohenzollern im April mit einem leichten Abfallen der im ersten Vierteljahr angestiegenen Produktion gerechnet, weil in der Versorgung mit Rohstoffen und Kohle neue Versorgungsschwierigkeiten aufgetreten sind. Für die Eisen- und Metallindustrie stockte die Eisenerzeugung vor allem sehr lange. Der Rückgang der Zelluloseerzeugung, durch die teilweise aus Kohlenmangel erzwungene Stilllegung der Fabrik Waldörfel in Wangen, werden die Papiererzeugung der Zone in den nächsten Wochen beeinflussen. Wegen verspäteter Baumwoll-einfuhren traten bei den Spinnereien Stockungen ein, die jedoch nur kurz anhalten dürften, nachdem nach einer Mitteilung des „Ofcomex“ auf dem Rhein 3000 t Baumwolle für die französische Zone schwimmen. Der Produktionsindex der württembergischen Textilindustrie ist im März auf 187 (zweites Halbjahr 1946—100) gestiegen und wird von keinem anderen Industriezweig übertroffen. Die Webereien sind für zwei Monate beschäftigt. Während die Strumpfstrickereien verhältnismäßig gut beschäftigt sind, melden die 170 Wirkereien eine Ausnützung ihrer Kapazität von nur 7 bis 9%. Nur etwa 8 bis 10 dieser Betriebe sind für einen Ausfuhrauftrag nach Frankreich mit Rohstoffen gut ausgestattet. Die Betriebe für Herrenoberbekleidung sind durch Zuweisung von Stoffen auf sechs Monate beschäftigt.

In der Lederindustrie beginnt die Krise vom letzten Vierteljahr 1947 ab-

zuflauen. Die Rohhäuteinfuhr aus Südamerika, die im April wegen Devisenschwierigkeiten eingestellt wurde, sichert eine volle Beschäftigung der Gerbereien auf zehn Monate. Aus der Erzeugung des ersten Vierteljahres stehen für den deutschen Bedarf des Landes 67 500 Paar Schuhe zur Verfügung, während für das zweite Vierteljahr 60 000 Paar Schuhe für den deutschen Bedarf gesichert werden konnten. Für die Ausfuhr können die südamerikanischen Rohhäute wegen ihrer schlechten Qualität nicht verarbeitet werden. Die Zuteilung von Werkstoffen in den ledererzeugenden Betrieben ist sehr gering. Emballagemangel behindert den Transport der Gerbstoffe.

Baumwollstoffe können verarbeitet werden

Frankfurt. Die ersten 12,7 Mill. m der aus dem Omgus-Geschäft gekauften 27,2 Mill. m Baumwollstoffe können nach einer Mitteilung der Verwaltung für Wirtschaft sofort weiter verkauft oder verarbeitet werden, nachdem inzwischen entsprechende Richtlinien an die Bekleidungsindustrie der Doppelzone und an die Länder ergangen sind. Die restlichen 14,5 Mill. m können verarbeitet werden, sobald die JEIA die noch fehlenden näheren Angaben über Lagerplätze und Qualität der Ware im einzelnen gegeben hat.

Zitronen für die Doppelzone

München. 2 200 t Zitronen sind seit dem 23. April in München eingetroffen und nach den Ländern der Doppelzone versandt worden.

Vorbereitungen zum Start

(Fortsetzung von Seite 1)

für den Tag X eine Anpassung der Löhne an die in den letzten drei Jahren eingetretene echte und weitgehend unvermeidliche Verteuerung der wenigen vorhandenen Güter erfolgt.

Die nächste wichtige Aufgabe muß es sein, nach vor dem Tage X ein möglichst klares Bild von den Beschäftigungsaussichten nach der Geldreform zu gewinnen. Man muß dabei wohl von der Tatsache ausgehen, daß der freien Wirtschaft möglichst viel Spielraum gelassen werden sollte, damit sie die jetzt schon begonnene Arbeit eines neuen Produktions auf neuen Grundlagen auch tatsächlich aufnehmen und soweit nur irgend möglich verwirklichen kann. Doch daneben bleiben sicherlich der Wirtschaftsplanung (die nicht mit der heutigen Bewirtschaftung des letzten Krisenjahres verwechselt werden darf) zwei wichtige soziale Pflichten: die Sicherstellung eines Minimums an lebensnotwendigen Dingen und Aufgangsvorbereitungen für alle diejenigen Arbeitskräfte, die zunächst oder auch dauernd von der freien Wirtschaft nicht in produktive Arbeit gebracht werden können. Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß die meisten theoretischen Beiträge zur Lösung der praktischen Fragen nach dem Tage X sehr doktrinär betont sind. Vor allem neigen die politischen Anhänger einer Planwirtschaft leider nur zu oft dazu, die Planung als Selbstzweck und nicht als Diener der Wirtschaft zu betrachten und einer Planung bis ins letzte Glied das Wort zu reden, anstatt die Belastungen einer zu weit gehenden Reglementierung als gegeben anzuerkennen.

Über diesem doktrinären Streit dürfen aber erste Schwalben nicht übersehen oder unterschätzt werden. Eine

Leistungsfähigkeit wieder erreicht, dann kann man auch eher wieder Entbehrungen und Konsumbeschränkungen ertragen. Deshalb aber gibt es auch auf die eingangs gestellte Frage in der heutigen europäischen Situation nur eine Antwort: schnellste und größtmögliche Konsumbelebung. Nur was dann noch übrig bleibt, sollte für Investitionen verwandt werden. Im übrigen sollte man vorerst die Investitionen ruhig dem dollarstarken Amerika überlassen. B.

solche Schwalbe ist ein in Hamburg entstandener, dem wissenschaftlichen Beirat in Frankfurt unterbreiteter Vorschlag zur Neuordnung der Grundstoffkontingentierung. Der zur SPD gehörende Hamburger Nationalökonom, Professor Schüller, hat eine prüfungswürdige Verbindung von Wettbewerb und Grundstoff-Kontingenten ausgearbeitet. Der Kern seines Vorschlages ist die Einteilung von Grundstoffkontingenten nach der Rentabilität der Betriebe. Die grundsätzliche Planung für die Berücksichtigung der einzelnen um die Grundstoffe konkurrierenden Wirtschaftszweige soll beibehalten werden. Die einzelnen Industriezweige erhalten Globalkontingente, die dann einzelbetrieblich verteilt werden. Gegen Vorgehen von Preis- und Kostenkalkulationen erhalten die einzelnen Produzenten einen Kontingent „vorschuß“. Innerhalb eines Wirtschaftszweiges könnten sich dann die rentabelsten Betriebe, die am billigsten arbeiten, durchsetzen und die besten Quoten erhalten. Später eintretende Kosten- und Preissteigerungen, vor allem als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen, könnten mit Quotenzuschlägen belohnt, das Niedrighalten der eingereichten Kalkulationen mit Quotenkürzungen bestraft werden.

Man sieht, der Ruf nach freier Marktwirtschaft ist im sozialistischen Lager nicht ungehört verhallt. Der Vorschlag von Prof. Schüller verspricht zwar nicht unbedingt eine Verminderung der zahllosen Bewirtschaftungsvorgänge, doch er schaltet von vornherein den Wettbewerb ein und bietet gleichzeitig Gelegenheit, bei verbessertem Angebot an vorläufig mehr als knappen Grundstoffen ihre Bewirtschaftung in dem Maße und in dem Tempo zu lockern und abzubauen, in dem sich aus dem Wettbewerb der verschiedenen Wirtschaftszweige gegeneinander wieder ein normales Verhältnis von Angebot und Nachfrage herausbildet.

Man kann diesem Vorschlag nur größte Beachtung und sorgfältigstes Studium gerade auch bei den Anhängern der freien Landwirtschaft wünschen. Vielleicht liegt hier die erste Brücke vom Entweder-Oder zum Sowohl-Als auch. Für die zweite erwähnte Aufgabe, für das Auffangen der zunächst nicht

produktiv in der freien Wirtschaft beschäftigten Menschen hat Prof. Schüller ebenfalls Vorschläge gemacht, die allerdings für den konkreten Fall der deutschen Wirtschaft nicht ohne weiteres einleuchten. Er sieht die Lösung nicht nur in einer großzügigen Kreditprämie für Investitionszwecke, sondern in einer weitgehenden Einschaltung der öffentlichen Hand bei diesen Investitionen. Er knüpft damit eng an die Gedankenänge des Engländers Keynes an, der jedoch die Auffassung der öffentlichen Investitionen zur Verhinderung von Konjunkturrückschlägen auf eine normale Wirtschaft mit entsprechenden Reserven an Produktionsstätten zugeschnitten hatte. Für eine so zerstörte Wirtschaft, wie sie heute in Deutschland gegeben ist, brauchte Keynes damals nicht zu planen, brauchte vor allem nicht eine Arbeitslosigkeit aus Mangel an Produktionsstätten zu berücksichtigen. Wenn heute der öffentlichen Hand die Bedienung der Kreditprämie ausschließlich anvertraut werden würde, so bestünde die Gefahr, daß die so veranlaßten Investitionen sich zu stark auf typische öffentliche Aufgaben, wie Verkehrswege, staatliche und städtische Bauten usw. konzentrieren würden. Einer ausländischen Kredithilfe, die auch Schüller nicht verschmäht, würde dann die private Produktion vorbehalten bleiben, eine Arbeitsteilung, die aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt aber deswegen von zweifelhaftem Werte sein könnte, weil die Förderung der freien Marktwirtschaft durch die vorgeschlagenen Kontingentierung der Grundstoffe nach Wettbewerbsregeln durch die Regelung der Globalkontingente der Kredite weitgehend illusorisch werden könnte.

Es ist bestimmt kein Schaden, daß nunmehr auch von sozialistischer Seite die Gedankenänge von Keynes auf ihre Anwendbarkeit für den Fall Deutschland geprüft werden. Doch die Grundregel von Keynes sollte dabei nicht vergessen werden, daß nämlich der Staat seine helfende Hand bereithalten soll, wenn die Arbeit beginnt, daß der Staat jedoch nicht berufen sein kann, die gesamte Arbeit der Wirtschaft zu leisten.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Regierung der Versendung von 3000 t Stahl zum Bau einer Ölleitung von Saudi-Arabien nach Haifa zugestimmt.

Im 1. Vierteljahr 1948 konnte die „Eastman Kodak“ ihre Verkäufe im Vergleich zum entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres um 29% erhöhen. Zum weiteren Ausbau der Gesellschaft werden für 1948 40 Mill. \$ bereitgestellt, im Vorjahr 38 Mill. \$.

Niederländisch-Indien hat 80 000 dt amerikanisches Mehl gekauft, das zu 72% ausgetarnt ist. Davon entfallen 64 000 dt auf feinstes Weizenmehl, das zum Preis von 4,92 \$ fob abgegeben wird.

In London wird bekanntgegeben, daß Portugal eine britische Gesellschaft mit dem Bau einer Brücke über den Tajo, die fast 1 Mill. £ kosten wird, beauftragt hat.

Zwischen englischen und italienischen Regierungstellen sind Vereinbarungen über Zahlungen in Pfund Sterling getroffen worden, die Italien im Handelsverkehr mit Ägypten benötigt.

Südrhodesien will seine Chromexporte um 50% erhöhen.

Der britische Industrieverband erhob beim Handelsministerium Beschwerde gegen die Bedrohung des britischen Exports wissenschaftlicher Instrumente durch die deutsche Konkurrenz.

Nach einer Veröffentlichung des britischen Handelsministeriums ging der Export Großbritannien nach der UdSSR um rd. 75% zurück.

Vom 31. Juli bis 15. August soll in Bomm bei Antwerpen die erste gemeinsame Messe der Benelux-Länder stattfinden.

Auf Grund eines Abkommens zwischen der Doppelzone und der Schweiz werden 900 Güterwagen in der Schweiz repariert werden.

Die Schweiz erhält in den nächsten Monaten 1 125 t kanadischen Geflügels.

Das zwischen den Niederlanden und der Schweiz abgeschlossene Wirtschaftsabkommen tritt am 1. Juli in Kraft. Es bringt eine Neufestsetzung der für ein Jahr geltenden Ausfuhr- und Einfuhrkontingente und eine etwas erweiterte Devisenquote für holländische Ferienreisende.

Während die Ankünfte im schweizerischen Fremdenverkehr im Jahre 1937 nur 3,6 Millionen erreichten, betragen sie 1947 4,4 Millionen. In der gleichen Zeit erhöhten sich die Logiernächte von 16 auf 23 Millionen.

Nach Aussagen emigrierter tschechoslowakischer Ingenieure wird in den verlassenen Silbergruben von Příbram Uran gewonnen. Příbram liegt 58 km östlich von Pilsen. Die Arbeiten werden streng geheim gehalten.

Holland sieht sich außerstande, die auf Grund des Handelsabkommens mit Belgien fällig werdenden Zahlungen weiterhin in Gold oder in „harder“ Währung zu leisten. Im Durchschnitt mußten die Niederlande monatlich 20 Mill. Gulden an Belgien zahlen.

Der Seeverkehr zwischen Spanien und Japan wird im Mai wieder aufgenommen. Er soll durch schwedische und norwegische Schiffe, die Barcelona anlaufen, durchgeführt werden.

Nach einer Meldung aus Rom finden keine Beschlagnahmungen italienischer Guthaben in Ägypten mehr statt.

Wie eine Radiomeldung aus Madrid bekanntigt, ist zum ersten Male in Spanien Papier unter Verwendung einer Reismasse hergestellt worden.

Der amerikanische Bankier Robert Lehmann ist in Madrid angekommen, um mit Persönlichkeiten aus der Finanz- und der Industrie Besprechungen zu führen.

Der seit mehreren Monaten unterbrochene Verkauf von Tabaken aus Havanna soll in Spanien wieder aufgenommen werden. Zunächst werden 5,6 Mill. Zigarren, die im Hafen von Santander eingelagert sind, in Madrid und in den größten Städten des Landes auf den Markt gebracht werden.

In Posen wurde die 21. Internationale Messe mit 2000 polnischen und 235 ausländischen Ausstellern eröffnet.

Die australische Butter- und Käseausfuhr nach Großbritannien hat in diesem Jahr mit 90 000 t den Vorkriegsstand erreicht.

Die argentinische Regierung hat sämtliche Exporte nach der Schweiz suspendiert.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz; Chefredakteur Oskar Kraemer; Stellvertreter: Dr. H. F. Gailer, Baden-Baden; verantwortlich für die Steuerbeilage: Peter Becker, München. Zuständiges Verlagspostamt: Franz. Zone: Konstanz; amer.-engl. Zone: Ettlingen/Bad. Satz u. Druck: Oberh. Verlagsanstalt Merk & Co. KG, Konstanz, und Badendruck GmbH, Karlsruhe. — Zuschriften an die Redaktion, nicht an einzelne ihrer Mitglieder erheben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beigabe von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 3 gültig.

Weiter Eisenpreis-Sorgen

Teure Auslandserze — Lohnerhöhung bringt neue Kostenbelastung

Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

Wie berichtet, hat die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf die neue Anordnung des Verwaltungsrates des vereinigten Wirtschaftsgebietes über die Preise für Rohisen, Warwerkserzeugnisse und Schmiedestücke in einer Pressekonferenz unter Leitung von Direktor Barich, des Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigung, bekannt gegeben und dargelegt, daß der der neuen Preisliste zugrunde liegende Preis von 212,50 RM für das Standarderzeugnis Stabstahl unzureichend ist. In Anbetracht der volkswirtschaftlichen Bedeutung der neuen Anordnung und ihres verheerenden Einflusses auf die eisenschaffende Industrie gehen wir die folgenden Ausführungen wieder.

F. F. H. Essen. Wenn in der erwähnten Pressekonferenz der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie die Feststellung gemacht wurde, es erwecke keinen guten Eindruck in der Öffentlichkeit, daß sich ein Preis, kaum daß er angeordnet sei, als unzureichend erweise, und weiter die Frage erhoben wurde, wie ein derartiger Preis hätte zustande kommen können, so ist das durchaus verständlich.

Man muß in die Geschichte des Eisenpreisantrages hineinleuchten, um darüber ein klares Bild zu gewinnen. Es ist eine lange Geschichte, und als in diesen Tagen die neue Anordnung herauskam, hätte man annehmen dürfen, daß damit der Schlüsselstein unter Bemühungen gezogen worden sei, die

sich über zwei Jahre hingezogen und die im April 1948 ihr entscheidendes Stadium erreicht hatten. Auf Grund eingehender Kostenermittlungen mit Hilfe der Unterlagen der Treuhänderverwaltung der NGISC und des Gutachtens von Vertretern des Amtes für Stahl und Eisen und der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie war eine durchschnittliche Preiserhöhung von 66.— RM durch den Verwaltungsrat empfohlen worden. Dabei war ausgegangen von der ursprünglich dem Preiserhöhungsantrag von 50.— RM zugrunde gelegten Plankostenrechnung. Dieser Betrag verringert sich um 9,50 RM infolge der Kostenverbilligung am Hochofenmüll, nachdem wieder Auslandserze mit einem Fe-Gehalt von 50% verhüttet werden. Andererseits erhöht er sich durch die Kohlenpreiserhöhung von 10.— RM je t um 12,50 RM je t Rohblock, durch die Schrotterhöhung um 8,50 RM je t Rohblock durch die Preiserhöhung für Agglomerate, Abbrände, Kalk, feuerfestes Material, Kokillen um 2,60 RM und durch die Inlandspreiserhöhung um 2,15 RM je t Rohblock. Diese Berechnung setzt einen Produktionsstand voraus, der einer jährlichen Rohstahlerzeugung von 6 Mill. t entspricht.

Ferner sind, einer Weisung der Be-

satzungsmächte folgend, die Auslandserze zu Inlandspreisen von 1944 einkalkuliert. Dieser Vorschlag wurde Anfang April vom Bipartite Control Office mit rückwirkender Kraft vom 1. April unter Fortfall der Subventionen genehmigt. Überraschenderweise wurde zugleich angeordnet, daß die Auslandserze ab sofort auf der Parität 1 RM = 30 Dollarcent zu regulieren seien. Diese unerwartete Umstellung auf die Weltmarktpreise, unter Anwendung der neu festgelegten Wechselkurse, die nach sorgfältigen Ermittlungen eine ungedeckte Kostenverteuerung von 15.— RM je t Stabstahl verursacht, stellt die eisenschaffende Industrie vor größte Schwierigkeiten.

Direktor Barich betonte in der Pressekonferenz ausdrücklich, daß ein kostenmäßiger Ausgleich für diesen Fehlbetrag nicht vorhanden sei und die Werke die sich daraus ergebenden Verluste nicht tragen könnten, wobei er darauf hinwies, daß nicht nur die entflochtenen, sondern auch alle anderen Werke in ihrem Bestande bedroht seien. Bedauerlicherweise hat der Verwaltungsrat keine Neigung gezeigt, die notwendige Korrektur vorzunehmen. Welche Gründe auch immer dabei eine Rolle gespielt haben mögen, so wird man sich in der nächsten Zeit den Verlustnachweisen dennoch nicht verschließen können und einen Rest von Subventionen hinnehmen müssen, wie das auch im Bergbau noch der Fall ist, oder aber man wird gezwungen sein, die Erzepreise wieder zu manipulieren, was der einfachste Ausweg wäre.

Mit der nun angeordneten Preisliste mit einem Preis von 212,50 RM für Stabstahl liegt die deutsche eisenschaffende Industrie noch erheblich unter dem Weltmarktpreis. So beträgt der belgische Ausfuhrpreis für Stabstahl fob Antwerpen 332.— RM, in England beträgt er 374.— RM auf der Basis 1 £ = 13,40 RM. In die amerikanischen Stahlpreise bietet die folgende Tabelle einen Einblick:

Sorten	Fracht Grundlage Cleveland	Frei New York
Knüppel	47 £ 197.— RM	
Stabstahl	c/bs RM/t c/bs RM/t	
Federstahl	2,30 214.—	3,38 246.—
0,08 — 0,4 C	1,33 261.—	
Formstahl	2,80 296.—	3,94 274.—
Bandstahl	2,80 296.—	3,33 243.—
Walzdraht	2,80 296.—	
Mittelbleche	2,25 215.—	3,30 242.—
Feinbleche	2,80 296.—	3,33 232.—

Man darf bei der Erörterung dieser Frage nicht außer acht lassen, daß im deutschen Stahlpreis aufwärts strebende und im Auslandsstahl weichende Tendenzen wahrnehmbar sind. Neuerdings gerade droht dem deutschen Stahlpreis eine neue Belastung, und zwar durch die Auflockerung des Lohnstopps und die nun mögliche Lohnerhöhung von 15%. Noch sind Einzelheiten über die

Durchführung dieser Lohnerhöhungskampagne nicht bekannt, weder über das technische Verfahren, noch über die Lohnbasis, auf die aufgestockt werden soll. Man erwartet mit Spannung das Ergebnis einer Besprechung von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern, die in diesen Tagen in Lemgo stattfand. In der eisenschaffenden Industrie gibt es, wie die vorstehenden Ausführungen haben erkennen lassen, kein Polster, mit dem man eine eventuelle Lohnerhöhung auffangen könnte, und darüber sind sich auch die Arbeitsdirektoren im klaren. Es würde nur die Abwälzung auf die Preise bleiben. Auch hieran ist zu erkennen, daß in der Eisenpreisfrage das letzte Wort nicht gesprochen ist, und daß man auf die Dauer nicht Entscheidungen ausweichen kann, selbst wenn sie unbequem sind.

Da die neuen Preise je nach Sorten und Güten um 70 bis 90% erhöht werden, dürfte die Konsumgüterindustrie stark betroffen werden. Die Auswirkungen auf den Einzelverbraucher für Eisen- und Stahlwaren werden als wenig erheblich bezeichnet. In einem fünfköpfigen Arbeiterhaushalt mit Gartenland ist die Verteuerung mit 24,10 RM im Jahre und bei einem gut ausgerüsteten Bauernhof von 35 Morgen mit 1,5% des Umsatzes errechnet worden.

RUHR-KOHLNFÖRDERUNG

(einschließlich Aachener und Ibbenbürener Revier)

Tagesdurchschnitt in 1000 t	
230.000 t	300.000 t
2. Halbjahr 1947	244,5 t
1. Vierteljahr 1948	263,5 t
1. Aprilwoche	263,6 t
2. Aprilwoche	271,6 t
3. Aprilwoche	269,6 t
4. Aprilwoche	266,6 t
28. April	266,3 t
29. April	266,6 t
30. April	261,8 t

Deutsche Metallpreise in englischer Beleuchtung

Die englische Fachzeitschrift „The Metal Bulletin“ nimmt zu den kürzlich erfolgten Preisbefragungen für Metalle wie folgt Stellung: „Auf der Basis des offiziellen Umdrehungskurses von 40 RM für ein £, einem Umdrehungskurs, der eine phantastische Fiktion ist, liegen die Preise für Metalle in Deutschland heute außerordentlich niedrig und sind weder mit der internationalen Wertung in Einklang zu bringen.“ Das Blatt macht folgende Rechnung auf:

Metall	Preis in £	Preis in RM
Elektrolytkupfer	1 300	52 500
Nickel	3 000	120 000
Zinn	4 000	160 000
Blei	900	36 000
Zink	900	36 000
Aluminium	150	6 000
Stahlbarren	18	720

Die englischen Preise liegen demnach zweieinhalbmal und viermal so hoch wie die deutschen Preise. Um auch nur ein einigermaßen ausgeglichenes Verhältnis zu schaffen, müßte nach der Meinung des Blattes der Wert der deutschen Mark mindestens auf das Dreifache gebracht werden. Die Besatzungsmächte der Westzonen beabsichtigen nun, die offizielle Umdrehungskurve für das englische Pfund mit 13,40 RM festzusetzen, was etwa dem erwähnten Verhältnis entsprechen würde.

Das Blatt geht dann auf den tatsächlichen Wert der Preise auf Grund der Schwarzmarktpreise ein — 800 RM und darüber —, die für das englische Pfund

gezahlt werden, und kommt zu folgender erstaunlicher Schlussfolgerung:

Metall	Preis in £	Preis in RM
Elektrolytkupfer	1 300	52 500
Nickel	4 000	160 000
Zinn	8 000	320 000
Blei	1 000	40 000
Zink	1 000	40 000
Stahlbarren	4	160

„Metal Bulletin“ meint, daß die ganze Frage der Metallpreise noch dadurch kompliziert werde, daß der Wert der Mark „vom Standpunkt des Auslands“ „als unendlich klein“ betrachtet werde. Für eine Zigarette im Werte von 2 d würde 5 Mark gezahlt, so daß auf dieser Basis die Mark einen Wert von Zweifelhilfpence habe anstatt von 6 d nach dem offiziellen Umdrehungskurs. Auf dem Schwarzen Markt könne man in Deutschland heute für Zinn wahrscheinlich 150 000 Mark je t erzielen bei einem offiziellen Preis von 6 000 Mark und die Mark wäre wahrscheinlich nur den zwanzigsten Teil des offiziellen Kurses wert.

Die gegenwärtig hoffnungslose Lage der deutschen Wirtschaft wird an dem Beispiel, das für die Metallpreise wurde, deutlich. Die deutsche Wirtschaft ist auf die Einfuhr von Metallen angewiesen, die die Grundlage jeder industriellen Betätigung überhaupt sind. Dieser Einfuhr stehen aber gegenwärtig infolge des ungeklärten Wertes der Mark im Ausland fast unüberwindliche Hindernisse im Wege.

Am Ausguck: Der arabisch-jüdische Krieg

Im Zeichen der Liquidation des zweiten Weltkrieges ist der Konflikt zwischen den palästinensischen Arabern und den jüdischen Einwanderern zum Verhandlungsgegenstand der Vereinigten Nationen geworden, da Großbritannien nicht mehr gewillt ist, nach dem 15. Mai das ihm nach dem ersten Weltkrieg vom Völkerbund übertragene Mandat weiterzuführen.

Inzwischen ist der fatale 15. Mai immer näher gerückt. Die britische Mandatsverwaltung ist in voller Liquidation begriffen. Damit kommt auch die Räumung des Landes von englischen Truppen in Gang, die am 1. August vollständig abgeschlossen sein soll. Bis zur Stunde hat es den Anschein, als ob Großbritannien nicht zuzwillingt ist, allein seine Truppen zur Erzwingung des Friedens zwischen Juden und Arabern zur Verfügung zu stellen. Es zeigte sich aber im Verlauf der letzten Woche, — und darin mag eine gewisse Rechtfertigung der Haltung Großbritanniens liegen —, daß sich die Situation in Palästina infolge der Rücksichten auf die internationale Lage, innenpolitischer Einflüsse in allen maßgebenden Staaten, des gesteigerten Selbstgefühls der Araber, der Überfüllung Palästinas mit jüdischen Einwanderern, der Tätigkeit bewaffneter jüdischer und arabischer Banden so zuspitzt hat, daß auch die Vereinten Nationen ihrer neuen Aufgabe nicht gewachsen waren. Juden und Araber lehnten alle Kompromisse ab, und beide Parteien sind entschlossen, die Palästinafrage nach ihrem Standpunkt zu lösen. Die Folge davon ist, daß zur Stunde, da die Beamten der britischen Palästinaverwaltung, die 26 Jahre gedauert hat, ins Mutterland zurück-

kehren, der Krieg im Heiligen Lande tobt. Die Mobilmachung aller jüdischen Männer und Frauen im Alter von 17 bis 70 Jahren ist erklärt worden. Teile der Stadt Jerusalem liegen unter dem Feuer der schweren Haubitzen arabischer Streitkräfte. Im Kampf um den arabischen Hafen Jaffa haben englische Truppen mit Panzern und Flugzeugen eingegriffen und Spitfire-Jäger mit Raketen geschossen den Erdkampf unterstützt. Seit Beginn dieses Jahres haben die Unruhen im Heiligen Lande über 4 000 Menschen das Leben gekostet.

Indessen wurde im Schloß der Vereinigten Nationen weiterverhandelt. Nachdem Washington zur Einsicht gekommen war, daß eine Teilung des Landes auf den entschlossenen Widerstand der Araber stoßen müßte, mit denen sich die USA aus durchsichtigen Gründen keineswegs entzweigen wollten, kam es zur britischen Wendung der amerikanischen Palästinapolitik, die erst recht alle an Palästina Interessierten vor den Kopf stoßen mußte. Das Heilmittel hieß jetzt wieder Treuhänderschaft. Doch hinter dem Entschluß der UNO war kein Machtmittel. So steht seit Mitte April das Palästina-Problem in der außerordentlichen Generalversammlung der Vereinten Nationen weiter zur Diskussion. Entscheidungen sind bis jetzt nicht gefallen, es sei denn, man vermerkt die beinahe akademisch aussehende Entscheidung der amerikanischen Delegation in Lake Success. Sie soll einen neuen Plan entwerfen haben, nach dem die Generalversammlung das Bestehen eines „Schwerbestandes“ in Palästina anerkennen und eine endgültige Beschlussfassung über die Zukunft des Heiligen Landes bis zur ordentlichen Generalversammlung in Paris

(im September d. J.) hinauszchieben soll.

So ist es bis jetzt nicht einmal gelungen, einen Burgfrieden zwischen Arabern und Juden in Jerusalem zustande zu bringen. Die dramatische Entwicklung der Ereignisse, die unaufhaltsam ihrem Höhepunkt zutreibt, beweist eben nur, daß es ein unlösbares Problem ist, zwei verschiedene Partner, denen das gleiche Objekt versprochen ist, zu befriedigen. Und jene, die seit Monaten den englischen Rückzug aus Palästina gefordert hatten, damit die Zionisten und Araber ihre Differenzen untereinander bereinigen könnten, wurden durch die unbestätigten Meldungen über eine sogenannte Kriegserklärung König Abdullah von Transjordanien an die Juden und durch das Eindringen regulärer ausländischer Araberkontingente nach Palästina darüber belehrt, daß ein Krieg im Orient und gar ein „heiliger Krieg“ schwerwiegende Folgen haben könnte. Auch über den Plan der Araber für die allernächste Zukunft sowie über den Beschluß von Amman und Kairo der übliche orientalische Schleier. Wenn die arabischen Führer die Nervon nicht verlieren, so werden sie bis zum 15. Mai warten und sich vorerst mit der Besetzung derjenigen Teile Palästinas begnügen, die ihnen nach dem Teilungsplan zugesprochen worden wären.

Während in der UNO Ratlosigkeit über Palästina herrscht und an Ort und Stelle die Kämpfe an Heftigkeit immer zunehmen, konzentrieren sich die Blicke der Welt auf die Macht, die man fast allgemein als verantwortlich betrachtet, auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Was die USA bezüglich Palästina eigentlich wollen, ist schwer zu sagen. Die amerikanische Regierung muß in der Palästina-Frage, selbst wenn sie sich trotz der bevorstehenden Wahlen über die Gefahr des Verlustes der jüdischen Stimmen für Truman

hinwegsetzen wollte, äußerst bedächtig vorgehen. Ihr Vorschlag einer Treuhänderschaft der UNO wird nicht nur von den Juden und Arabern abgelehnt. Er eröffnet auch gerade jene Möglichkeit, die man verhindern will, nämlich Rußland auf dem Wege über die Vereinigten Nationen festen Fuß in Mittelostasien fassen kann. Gerade in der Palästina-Frage hat der Krenl bisher mitgetan und sogar das einmalige Schauspiel eines Zusammengehens mit den Vereinigten Staaten geliefert. Nuncmehr gilt es, das Prosteige zu wahren. Palästina kann, wie einst Spanien für den Völkerbund, zum Prüfstein der UNO werden.

Wie die Dinge heute im Heiligen Lande stehen, ist die Bildung einer internationalen Polizei überholt. Man braucht eine starke Expeditionsmarine. Hier erhebt sich jedoch die Frage, unter welcher Autorität und mit welchem Ziel das geschehen soll. Über diese neue Phase muß man sich im Weißen Haus und in Lake Success entscheiden. In diesem Zusammenhang sind aber vor allem jene Meldungen bemerkenswert, die ein militärisches Interesse der Vereinigten Staaten am Verteidigungspakt der Westmächte und ein gemeinsames Vorgehen mit Großbritannien zum Gegenstand haben. Hier wünscht das Weiße Haus, daß ähnlich wie beim Marshall-Plan, die Teilnehmer des Brüsseler Paktes ihrerseits zur Selbsthilfe und zu einer engeren Zusammenarbeit kommen. Auf diesem Wege hat der Westen bereits die ersten Schritte getan. In London waren die Verteidigungsminister Großbritanniens, Frankreichs und der Beneluxländer mit ihren Stabschefs zusammengekommen.

In der amerikanisch-britischen Sicherungsaktion Europas und des Nahen Ostens ist Palästina heute ein wichtiger Faktor. Es ist anzunehmen, daß seine Bedeutung mit in die gemeinsamen militärischen Besprechungen einbezogen wurde.

Bayerns Hüttenindustrie gut beschäftigt

Sinkende Produktion in anderen Industriezweigen

München. Innerhalb der Gruppe Eisen und Metalle bildete bei der bayerischen Halbeisenindustrie den Schwerpunkt die installierte Druckleistung der Strangpressen mit jährlich rund 43 000 Tonnen (1947), die sich 1948 auf höchstens 21 000 t herabmindern wird. Somit sinkt die Ausbringung der Strangpressen 1948 gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte, die Produktion von Halbzeugen wird insgesamt um 30% herabgemindert werden. Sie ist in der Hauptsache in Franken konzentriert.

In der Versorgung von Leicht- und Schwermetallen blieben die bayerischen Werke vornehmlich auf die eigenen Umlaufbestände angewiesen. Diese betragen am Jahresende 15 700 t und genügen in ihrer Zusammensetzung nicht den Produktionsansprüchen. So betrug der Anteil an Kupfer beispielsweise nur 431 t, an Messing 406 t, an Aluminium 1 521 t.

Erfreulich dagegen ist die Ausattung der Hüttenanlagen in Bayern, die gegenüber besser als in allen anderen Ländern Westdeutschlands ist. Die Maxhütte arbeitet seit einem halben Jahr, d. h. seit Inbetriebnahme ihres vierten Ofens, mit rund 80% ihrer Leistungsfähigkeit. Alle übrigen bayerischen Hüttenwerke sind zu 50 bis 70% ihrer Kapazität ausgenutzt und liegen damit über den Durchschnittswerten der Ruhranlagen. Früher trug Bayern nur 5% zur Eisenerzeugung der Doppelzone bei, heute ist es bereits mit 10% an der gesamten Eisenversorgung der Doppelzone beteiligt. Abgesehen von der Kohle stehen die bayerischen Werke auf eigenem Rohstoffbasis. Das Land ist reich an natürlichen Erzen, bei großer Anstrengung kann der für die Verhüttung nötige Schrott gleichfalls im Land zur Verfügung gestellt werden. Die bayerischen Hütten sind in der Lage, die

reinen Walzwerke mit Halbzeug zu versorgen. Die bayerische Kohle allerdings ist aus technischen Gründen kaum verwendbar, so daß alle Hüttenwerke mit außerbayerischer Kohle versorgt werden müssen.

Innerhalb der Industriezweige eisenschaffende und Gießereiindustrie steht Bayern weit an der Spitze innerhalb der US-Zone. Es beschäftigt 17 000 Personen in 180 Betrieben, wobei der Arbeiterbedarf sich auf weitere 2 bis 3 000 Kräfte erstreckt. Der Arbeitermangel wirkt sich bei den Schrottbetrieben und vor allem bei den Gießereien sehr heftig aus. Der Brennstoffbedarf der Werke konnte trotz des weiten Transportweges bis jetzt noch immer gedeckt werden. Im Interesse der Doppelzone ist auch weiterhin auf günstige Vorbedingungen für die Produktion der bayerischen Eisenwerke zu achten, da die bayerischen Hochofenwerke auf Grund ihrer vorzüglichen Ertragsbasis mit einem besonders günstigen wärmewirtschaftlichen Wirkungsgrad arbeiten.

Mit 40 000 Arbeitern ist die Elektroindustrie der zweitgrößte Industriezweig Bayerns. Sie konzentriert sich auf den fränkischen Raum bei Nürnberg und Erlangen, hat erhebliche Kriegsschäden erlitten, die teilweise aber durch Aufnahme von Verlagerungsbetrieben aus Berlin, insbesondere auf dem Stark- und Schwachstromsektor, wieder ausgeglichen werden. Zur Zeit ist die Kapazität zu 40% ausgenutzt. Exportgeschäfte kommen allmählich in Anlauf. Diesem machten vor dem Krieg ein Sechstel des Gesamtwertes der elektrotechnischen Erzeugnisse aus, wobei 6% des Verkaufswertes für ausländische Rohstoffe benötigt wurden. Der Anteil der einzuführenden Rohstoffe ist heute größer geworden.

Auf dem Sektor Herd- und Ofenindustrie ist nach dem Krieg ein Anstieg auf eine Kapazität von 20 000 Jahrestonnen zu verzeichnen, von der gegenwärtig rund ein Drittel ausgenutzt ist. In der Feblechpackungen-Herstellung ist die Kapazität auf 10 000 Jahrestonnen angestiegen, von der rund 60% gegenwärtig ausgenutzt sind. Seit Kriegsende wurde in Bayern auch die Produktion von Milchkannen oder Melkeimern aufgenommen, deren Leistungsfähigkeit bis jetzt zu etwa 30% erreicht wird. Infolge Verlagerungen aus anderen Zonen steigert sich die Produktion von Haushaltsartikeln auf 13 000 Jahrestonnen, von Bau- und Möbelbeschlägen sowie Werkzeugen auf 8 000 bis 10 000 Jahrestonnen. Im Fahrzeugbau führte die Demontage zum Abbau der Produktionsstätten bei Noris-Zündlicht AG in Nürnberg, dem einzigen Zulieferanten für die Zündlichtmaschinen aller Motorradfabriken.

Bei der Industrie der Feinmechanik und Optik, mit rund 14 000 Beschäftigten, wurde 1947 eine Produktion im Werte von 51,5 Mill. RM erzielt, eine Leistung, die, abgesehen von der Brillenproduktion, infolge schlechter Rohstoffversorgung unter diejenige des Jahres 1946 sank. Der Sektor Augenoptik ist durch die Zuwanderung von Betrieben aus der Ostzone sowie von Betriebsverlagerungen weitaus günstiger daran als der Industriezweig insgesamt. Exportaufträge werden in der Hauptsache für Photoapparate und Reisezeuge abgeschlossen, und zwar mit den westeuropäischen Ländern und USA. Bis jetzt konnte nur ein Viertel des Auftragsbestandes durchgeführt werden. Bis Ende 1947 belief sich der Export auf 1,1 Mill. RM. Die gesamte Industrie klagt über schleppende Rohstoffimporte, die für die erforderliche Qualität der Erzeugnisse unerlässlich sind. Von den in der Doppelzone hergestellten Kameras und photographischen Geräten stehen 5% für den dringendsten deutschen Bedarf zur Verfügung, von den Feldstechern und Fernrohren 10%.

Wir greifen auf:

So oder so — immer falsch

Deutschland soll und muß exportieren, um allmählich seine Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren selbst bezahlen zu können. Das Exportergebnis ist jedoch bisher wenig befriedigend. Woran es liegt, daß trotz Devisenbonus die Ausfuhr rückläufig ist, wollen wir hier nicht erörtern. Festgestellt sei jedoch, daß sogar Abschlüsse, die auf Messen getätigt wurden, nicht abgewickelt werden konnten. Der Export von 37,3 Mill. Dollar im Februar ist auf 26,3 Mill. Dollar im März zurückgefallen. Die größten Ausfuhrposten bilden Kohle (14,1 Mill.), Fertigwaren (9,1), Holz (2,4 Mill.) und Dienstleistungen (0,6 Mill.). Der Generaldirektor der J.E.A., W. J. Logan, erklärte, daß die Einfuhr von Rohstoffen nach Westdeutschland gekürzt werden müßte, wenn die westdeutsche Industrie bis zum Hochsommer nicht mehr für den Export produzieren würde. Es würden mehr Dollar für die Einfuhr ausgegeben, als aus dem Export einkommen.

Nicht allein der Dollarmangel der deutschen Handelspartner scheint den Außenhandel der Doppelseite zu hemmen. Schon allein gegen die Absicht, den deutschen Außenhandel zu steigern, wird protestiert, so von den englischen Exporteuren, die vor einigen Tagen auf einer Versammlung gegen die Ausweitung des deutschen Export-Stellung nahmen.

*

Sparen!

Der bayerische Landtag lehnte vor kurzem einen Antrag ab, nach dem das Verkehrsministerium aufgelöst und dessen Aufgaben dem Wirtschaftsministerium übertragen werden sollten. Da die Ablehnung dieses Antrags nahezu einstimmig war, wäre dazu eigentlich nicht viel zu sagen. Aber wir können uns doch nicht zu der Ansicht des bayerischen Landtags bekennen.

Wirtschaft und Verkehr gehören so eng zusammen, daß eine Trennung in zwei Ministerien kaum zu verantworten ist. Vor allem sprechen die Erfahrungen in diesem Falle gegen zwei Ministerien. Wir meinen damit nicht die zwischen zwei Ministerien unvermeidlich bestehenden Kompetenzkonflikte oder die Eifersüchteleien, die manchmal auch ihre stimulantische Wirkung haben. Vielmehr denken wir daran, daß die Verkehrsministerien in Deutschland fast immer von Eisenbahnern besetzt waren und damit in ihrer Politik immer eine gewisse Einseitigkeit zu Gunsten der Eisenbahn verrieten. Wir erinnern uns des Kampfes des Reichsverkehrsministeriums (Dornmüller) gegen den Reichskraftwagenbetriebverband, der für einen praktischen Auswirkung darauf hinauslief, daß sich der Lastwagen-Güterverkehr nicht so entwickeln konnte, wie er nach der Verkehrslage hätte steigen können. Auch die Festlegung des Lastwagens auf die Tarife der Reichsbahn entsprach nicht den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Lastwagens. Aus allen diesen Erfahrungen sollte man wenigstens das eine lernen, daß man nur durch eine Unterstellung der Aufgaben des Verkehrsministeriums unter die des Wirtschaftsministeriums einseitige, allein nach den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft orientierte Maßnahmen erreichen kann. Der Verkehr gehört ebenso wie der Handel oder die Industrie zur Wirtschaft. Nur so ist die einheitliche wirtschaftspolitische Linie gewahrt, die Ausdruck des Mehrheitswillens des betreffenden Parlaments ist. Man darf ein Ministerium nicht nur beibehalten, um irgendeiner Partei einen Ministerposten zur Verfügung stellen zu können. Es kommt hinzu, daß wir arm sind und gerade im Behördensystem sparen müssen. Je weniger Ministerien, desto besser. X

*

Klare Linie

Die Spannung zwischen Einzelhandel und Konsumgenossenschaften ist in ein neues Stadium getreten. Bekanntlich sind durch Verordnung der Militärregierung alle gesetzlichen Beschränkungen, die den Konsumgenossenschaften nach 1933 auferlegt wurden, fortgefallen. Dadurch treten diese wieder in den Genuß der steuerlichen Vergünstigungen der Körperschaftsteuerbegünstigung von 1925, wozu die einem Revisionsverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften von der Körperschaftsteuer befreit sind. Diese Steuerbegünstigungen sind herabgesetzt, vor allem in Hinsicht auf den Einzelhandel, da dieser nur in seltenen Fällen in der Norm von Körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschaften zu arbeiten pflegt. Wo der Einzelhandel in Form der GmbH oder AG bisher auftrat, könnte er entweder auch in der Genossenschaftsform aufgenommen werden (wir denken etwa an die Edeka), oder wie bei den Warenhäusern müßten dann die einzelnen Unternehmen prüfen, ob der Vorteil der beschränkten Haftung größer ist als die zusätzliche Steuerbelastung. Das bleibt jedem Unternehmen frei zu erwägen. Wir könnten uns sehr gut denken, daß sich Warenhäuser in der Form der Kommanditgesellschaft geführt werden könnten, wenn auch früher sehr viel fremdes Kapital in den Warenhäusern arbeitete (aus Hypotheken,

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Die selbstmarkierenden Ahrwälder, die unter Leitung von Michel Lancel eine Interessengemeinschaft bilden, kamen in einer stark besuchten Versammlung darin überein, in Zukunft nur Qualitätswein zu vertreiben, um den späteren Konkurrenzkämpfen sich gewachsen zu zeigen. Es soll aus diesem Grunde bei der Landwirtschaftskammer eine Weinqualitätsmerkmalsstelle geschaffen werden.

In der französischen Zone soll auch in diesem Jahre der Kartoffelkäfer in verstärktem Maße bekämpft werden, wobei die entstehenden Kosten zu einem großen Teil aus staatlichen Mitteln bestritten werden. Das Institut für Schädlings- und Seuchenbekämpfung in Alsey gibt hierzu nähere Anweisungen. Bekämpft wird der Käfer erfolgreich mit Kalkarsen, Gesarol und Nexit.

In Koblenz (Mosel) begann die Rheinische Nahrungsmittelgesellschaft mit der Herstellung von Teigwaren, um dringende Versorgungsbedürfnisse zu befriedigen. Die Produktion soll zunächst auf monatlich 100 Tonnen gesteigert werden.

In Müden an der Mosel stellt die Firma Erich Bertsga hydraulische und Handpressen sowie mechanische und

handbetriebene Pumpen her. Insbesondere hat sich der Betrieb auch auf die Fertigung von Kälterpressen für den Weinbau eingestellt.

In eigener Wollwäscherei, Reisserei, Färberei und Spinnerei stellt die Wollindustrie Moselkern verschiedene Strick- und Webgarne her. Die Produktion des stark erweiterungsfähigen Betriebes ist beträchtlich.

Zu den führenden Förderungsstätten des Moselschiffers gehört das Müllbacher Dampfschiffwerk Mariaschacht GmbH, in Müllbach-Leinthal. Die Produktion kann weiter gesteigert werden; der Betrieb leidet nicht unerheblich durch Arbeitermangel.

Die Möbelfabrik Baptist Münster in Moselkern hat sich auf die seriennäßige Herstellung von Schlafzimmereinrichtungen eingestellt. Daneben werden auch andere Möbelstücke produziert.

Durch die Niederlassung der elektrotechnischen Fabrik Richard Schroeder erfährt der Elfeldort Ulmen eine vielfachartige Belebung. Es werden verschiedenartige elektr. Apparate, Meßgeräte und Lampenschirme hergestellt.

Englische Zone

Die Erdölförderung in der britischen Zone, die im Januar 46 504 t und im Februar 45 610 t betrug, stieg im März auf 50 234 t, womit erstmalig seit Oktober des vergangenen Jahres wieder die 50 000 t-Grenze überschritten wurde.

In der Bauindustrie der britischen Zone, besonders auch in dem industriell stark durchzogenen Lande Nordrhein-Westfalen, hat sich die Lage in den vier ersten Monaten weiter stark verschlechtert. Es fehlt an Arbeitskräften, penigenden Baumaterialien sowie Geräten, an Holz usw. Selbst Reparaturen von Baumaschinen können nur mit großen Verzögerungen abgewickelt werden. Durch unzuverlässige Vorschriften über Bauleitung und Baustoffbewirtschaftung sind Zustände entstanden, die praktisch das Ende der privaten Bautätigkeit bedeuten.

Die rheinische Lackindustrie ist nach wie vor durch den Mangel an Rohstoffen stark gehemmt. Der Rohstoffmangel an deutscher Produktion ist in den letzten Monaten eher noch geringer geworden. Rohstoffimporte für die Lackindustrie waren bisher nur in kleinsten Mengen zu verzeichnen. Außerdem kamen sie nur gewissen Sonder- und Spezialprogrammen zugute. Solche Programme betreffen die Fertigung von Konservendosen- und Milchkanaliken, teilweise auch von Anstrichstoffen für die Eisenbahnen. Vor allem fällt der umfangreiche Bedarf der britischen Militärregierung darunter.

Die Dachpappenindustrie im Kölner Bezirk konnte ihren Beschäftigungsgrad in den letzten Monaten trotz Rückgänge der offiziellen Zuteilungen in Rohpappe etwas steigern. Wenn es gelang, eine größere Menge Dachpappen-Bezugscheine zur Ablieferung zu bringen, so wie der zugeleitete Rohpappemenge erstellbar war, so war dies der Initiative der Industrie zu verdanken, während sich die Planwirtschaft nur als hinderlich erwies.

Der Schiffsfahrtsverband für das West-Gebiet gibt bekannt, daß von den gegenwärtig vorhandenen rund 900 Fahrzeugen der Westschiffahrt zwischen Bremerhaven und Kassel, die über 357 000 t Trgf. verfügen, zur Zeit 267 Fahrzeuge mit insgesamt 167 000 t Trgf., also nahezu 50 %, reparaturbedürftig sind. 60% der notwendigen Reparaturen sind Ausbesserungen sind Großreparaturen, die vollständig wegen Materialmangels nicht ausgeführt werden können, da sie im Durchschnitt je Schiff rund 15 t Eisen und 15 cbm Holz erfordern. Die kleineren Repara-

turen werden auf insgesamt 46 Betrieben, unter ihnen alle Werften an der oberen und unteren Weser, vorgenommen. Zwischen den Besatzungsmächten der Westzonen und Belgien schweben gegenwärtig Verhandlungen über die Wiederherstellung beschädigter deutscher Binnenschiffe auf belgischen Werften, die infolge des Fehlens von Neubausaufträgen nicht voll beschäftigt sind.

Das Martinswerk GmbH. für chem. und metallurg. Produktion in Bergheim bei Köln, das kürzlich als einziger Produzent Deutschlands die Genehmigung zur Herstellung von Tonerde erhielt, erzeugt gegenwärtig etwa 2000 t monatlich. Das Martinswerk hat den Bedarf an Tonerde in der chemischen Industrie für die Herstellung von Edellösungen, schwefelsaurer Tonerde, Aluminiumsalzen, Buna, Pharmazutika,

Amerikanische Zone

Der bayerische Landtag nahm einen Antrag der SPD an, demzufolge die Schließung von Betrieben wegen Unrentabilität zur Erhaltung der Existenz Erwerbstätiger verhindert werden soll.

Die Verwaltung der Wirtschaft hat aus 24 Fabrikanten der Groß- und Einzelhandels eine Prüfergruppe gebildet, die den Weg der von der amerikanischen Wehrmacht übernommenen Textilien, Kleidungsstücke und Schuhe bis zum Verbraucher beobachten soll. Sie hat Preis, Umschlagzeit und Unrentabilität, besonders im Hinblick auf Haftung und Kompensation, festzustellen.

Nach einer Erklärung des bayerischen Justizministers Dr. Müller werden in absehbarer Zeit an den Kammern für Handelssachen bei den bayerischen Gerichten wieder industrielle und Kaufleute als Handelsrichter (Beisitzer) mitwirken.

Das Zweimächte-Kontrollamt hat die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Nürnberg-Regensburg genehmigt.

Alle Unternehmungen in Hessen, die unter das Konzern-Entfesselungsgesetz der Militärregierung fallen, mußten bis zum 1. Mai die Abwicklung ihrer Bindungen zu anderen Unternehmungen melden.

Von Dezember 1947 bis Mitte April 1948 wurde den Schiffswerften

Pug- und Poliermittel zu decken. Im November wurde mit dem Durchbruch von Bauxit begonnen und der kontinuierliche Produktionsbetrieb auf breiter Basis eröffnet. Die steigende Nachfrage macht eine Erhöhung der derzeitigen Produktion auf 3000 t monatlich erforderlich, doch besteht Mangel an Rohbraunkohle und Aegnatronlauge. Der beim Aufschluß von Bauxit eintretende Laugenverlust beträgt bei der jetzigen Produktionsstufe 720 t monatlich.

Die Howaldtwerke in Kiel haben zwei Schiffsausbesserungsaufträge im Werte von 2 Millionen Dollar übernommen.

Der erste seit Kriegsende in Berlin hergestellte Großgenerator für Wasserkraftwerke lief im brit-

schen Sektor von Berlin erfolgreich zur Probe.

Die Norddeutsche Hefefabrik AG. in Berlin hat ihren Verwaltungssitz von Berlin nach Hamburg-Wandsbeck verlegt.

Die Norddeutsche Woll- und Kammgarn-Industrie AG., Delmenhorst, die zu den bedeutendsten Betrieben ihrer Art gehört, hat die Produktion von Garnen aus Wolle und Zellwolle in ihrem Fuldaer Werk aufgenommen. Ihre Kammerei hat mit insgesamt 185 Kammstühlen rund 75% ihrer Vorkriegserzeugung erreicht. In ihrer Spinnerei werden mit 24 000 von ursprünglich 64 000 Spindeln etwa 50% der Vorkriegsleistung erzielt.

Ostzone

Nach günstigen Erfahrungen mit Maisanbau in Sachsen-Anhalt soll in der gesamten Ostzone die Maisanbaufläche erweitert werden. Das erforderliche Saatgut wird dem Versuchsbereich nach Sachsen-Anhalt beschafft werden.

Ein neuartiges Kraftfutter, das aus Laub, Stroh und Waldgräsern produziert wird, und zur Fütterung für Pferde, Rinder und Kleinvieh geeignet ist, wurde von einem sächsischen Nahrungsmittelchemiker erfunden.

Bei den Mecklenburger Werften wurden die Belegschaften von rd. 6 540 in 1947 auf neuerdings über 11 000 gesteigert. Es werden noch bis zu 8 000 Arbeitskräfte zusätzlich benötigt.

Die Berliner Bekleidungsindustrie beschäftigt wieder 18 000 Arbeitskräfte (gegen 35 000 vor dem Krieg). Sie hat an der Spezialisierung festgehalten. Viele Betriebe der Damenoberbekleidungsindustrie stellen wieder Großaufträge zu Preisen her, die dem niedrigen Lebensstandard der Abnehmer angepaßt sind.

Nach neuer Zählung arbeiten in der Textilindustrie des Landes Brandenburg gegenwärtig 316 Betriebe mit rund 23 000 Arbeitskräften. Darunter sind 150 Spinnereien, Webereien und Wollwäschereien, die insgesamt über rund 168 000 arbeitsfähige Spinnspindeln (gegenüber 130 000 in 1946) verfügen. An Webstühlen sind rd. 2 870 (gegenüber 2 500 in 1946) in Betrieb.

Dem Sender Leipzig zufolge hat sich in der sächsischen Textil- und Leder-

industrie durch Akkordarbeit die Leistung bis zu 60% erhöht.

In einem großen metallschaffenden Werk in Riess (Elbe) wird mit 1. Mai d. J. ein dritter Siemens-Martin-Ofen betrieben, was eine entsprechende Produktionssteigerung erwarten läßt.

Die Mansfelder Kupferbergbau- und Hüttenwerke GmbH., die mit 12 000 Belegschaftsmitgliedern arbeitet, hat im letzten Vierteljahr 1947 aus Abfallstoffen der Kupferförderung fast 780 000 Pflastersteine hergestellt. Im ersten Quartal 1948 stieg diese Produktion auf 865 000 Steine. Dazu kommen in der gleichen Zeit rund 183 000 Einheiten Baustoffschlacken, die zur Erstellung von 61 Einfamilienhäusern ausreichen.

Dem Mitteldeutschen Rundfunk zufolge ist damit zu rechnen, daß der D.K.W.-Wagen, der auf der Leipziger Technischen Frühjahrsmesse viel beachtet worden ist, im Chemnitz-Werk der ehemaligen Auto-Union seriennäßig hergestellt wird.

Durch Kriegsschäden hat die Norddeutsche Kabel AG., Berlin-Neukölln, 45% Gebäudeschaden zu verzeichnen gehabt. Infolge Demontage ging ein Großteil des Maschinenparks verloren, der durch Reparaturen und Neubauten in eigenen Werkstätten wieder erstellt werden mußte. Der Betrieb kann mit etwa 75% an den Stand des Jahres 1939 anknüpfen und stellt Kabel, Leitungen und Kunststoffen ausschließlich für den zivilen Verbrauch her. Die Rohstoffverknappung gestattet der Firma, ihre derzeitige Kapazität aber nur zu 30% auszunutzen. Der Umsatz des Jahres 1947 belieferte sich auf etwa 2,5 Mill. RM.

Das einzige Werk für Autobereifung, DEFA-Reifenwerk in Ketschendorf (Brandenburg), arbeitet z. Z. mit einer Tagesproduktion von 300 Auto- und Motorradreifen und 3 400 Schläuchen. Bis Ende 1948 soll das Werk so ausgebaut sein, daß seine Leistungsfähigkeit verdoppelt wird.

Im 1. Vierteljahr 1948 hat die sowjetische Besatzungszone aus den Westzonen Waren im Gesamtwert von 65,2 Mill. RM (gegenüber 38,8 Mill. RM im gleichen Zeitraum des Vorjahres) bezogen. Die Gegenlieferungen der Ostzone an die Westzonen erreichten im 1. Vierteljahr 1948 einen Wert von 70,8 Mill. RM (gegenüber 47,6 Mill. RM im 1. Quartal 1947). Der Interzonenhandel hat sich also trotz mancher Schwierigkeiten aufwärts entwickelt.

Die im landeseigenen Besitz befindliche Röhrlinghütte bei Dornheim im Kreis Eisenach, die wegen Kohlenmangels 14 Monate still lag, hat jetzt den Betrieb wieder aufgenommen. Neu in das Erzeugungsprogramm wurde die Produktion von Glühlampen aufgenommen, bei der eine große Zahl von Körperbehinderten beschäftigt wird.

Auf der einzigen Schwefelkiesgrube in der Sowjetzone bei Eibingerode wurde in einer Tiefe von 240 m eine neue Sohle erschlossen, wodurch sich die Förderung auf 8000 t erhöht hat. Das größte deutsche Schwefelkiesvorkommen liegt bei Meggen in Westfalen. Die deutsche Erzeugung, etwa 487 000 t im Jahre 1937, deckte rund 21% des deutschen Bedarfs.

Bankschulden, Warenschulden und eigenes Kapital setzten sich damals etwa zu gleichen Teilen Warenschulden zusammen).

Bis hierher ist die Parität gewahrt, aber nun kommen andere Einflüsse und Maßnahmen, die die Parität gefährden. Das Verwaltungsamt für Wirtschaft hat mit Recht Bedenken gegen die Einflüsse auf die Auswahl der in die Bergarbeiteraktion eingeschalteten Geschäfte geäußert und sich gegen die Quotenanteile bei der Bevorratungsgewand. Es haben hier also zweifelhafte Bevorratungspläne geübt, die nicht gebilligt werden können. Auch in Berlin hat sich vor einigen Tagen die „freie Vereinigung für Handwerk, Handel und Gewerbe“ in einer großen Protestkundgebung in der Hasenheide gegen die Errichtung eines Monopols der Konsumgenossenschaften wenden müssen. Man sagte dort, die in Berlin bereits angeordneten Maßnahmen seien

der Auftakt zu dem Versuch, den Handel und das Handwerk zu besitzigen und auch auf die Verbraucher einen unerträglichen Zwang auszuüben.

Diese Beispiele sind an sich nur Episoden in dem Kampf zwischen Einzelhandel und Konsumgenossenschaften, aber sie geben Veranlassung, auch dem Einzelhandel zu sagen, daß eben jede behördliche Regelung und Einmischung in die Wirtschaft ihre Gefahren und bedenkliche Auswirkungen haben kann. Daraus muß auch der Einzelhandel in seinen wirtschaftspolitischen Forderungen die Konsequenz ziehen. Immer noch herrscht Zersplitterung. Wer einen neuen Einzelhandelsbetrieb eröffnen will, muß Dutzende von Behörden um Genehmigung ersuchen. Die Einzelhändler, die ihr Geschäft haben, wachen streng darüber, daß ihnen keine Konkurrenz entsteht. Das zengt nicht vom Geist des Leistungswillens im freien Wettbewerb — und auf ihn kommt es

so! — Gerade vor einigen Tagen hat wieder ein Verband beantragt, die Konzeptionsarbeiten auf die Konzeptionszahl der Jahre 1938—39 herabzusetzen und den Altunternehmungen einen unbedingten Vorrang einzuräumen.

Wenn man sich auf der einen Seite über behördliche Maßnahmen beklagt, wenn sie ein Gewerbe in der freien Entfaltung hindern, darf man nicht auf der anderen Seite die Behörden anrufen und um Maßnahmen ersuchen, wenn die Konkurrenz, oder besser der Leistungswille eines anderen unsympathisch ist. Es geht nicht um Interessenswahrung, sondern um eine klare wirtschaftspolitische Auffassung. X

*

Unappetitlich . . .

In einem schweizerischen Wirtschaftsblatt erschien neben der Ankündigung

eines bedeutenden Chemie-Unternehmens — dessen Dividende übrigens seit der Ausschüttung der deutschen Industrie von Jahr zu Jahr steigt —, daß der Devisen-Coupon für 1947 mit netto Fr. 70 eingelöst werden könne, ein Inserat folgenden Inhalts: Einige 1000 Stück alte, außer Kurs befindliche deutsche, österreichische und russische Banknoten zum Detailverkauf an Sammler — evtl. zum Tapetenverkleben oder als Einwickelpapier billig abzugeben. Postfach etc. . . .

Es mag sein, daß der betreffende Inserent einmal zuiel Vertrauen besaß und für gute Ware Papiergeld erhielt, das über Nacht außer Kurs gesetzt wurde. Er hofft, diese Papiere, auf denen die Notenbanken versichern, daß sie jederzeit den Gegenwert in Gold einlösen, zum Liebhaberpreis abzugeben. Diese Banknoten oder als Einwickelpapier oder als Tapeten zu empfehlen, ist irgendwie unappetitlich.

Deutsche Piano-Industrie baut auf

Wieder gute Exportaussichten

Nach der gewerblichen Betriebszählung von 1925 gab es in Deutschland unter den 9005 Herstellern von Musikinstrumenten 1852 Piano- und Klavierbetriebe mit rd. 33 000 Beschäftigten. 1913 wurden 175 000 Klaviere und Flügel hergestellt, 1927 noch 118 000 Instrumente, von denen 30 000 exportiert wurden. Rund ein Viertel der deutschen Pianoindustrie (23,8%) arbeitete 1925 mit 243 Unternehmen und 7840 Beschäftigten in Sachsen und war besonders in Leipzig ansässig, wo die Entwicklung zu Anfang des 19. Jahrhunderts durch eine von Breitkopf & Härtel errichtete Fabrik ihren Ausgang nahm und um die Mitte des Jahrhunderts zur Gründung der bedeutendsten Unternehmen Blüthner, Feurich, später Schimmel und Zimmermann führte.

Die schwer betroffenen Firmen Blüthner und Feurich sind nun im Wiederaufbau. Blüthner begann Mitte 1946 im Ausweidbetrieb, jetzt auch im Hauptwerk mit 150 langjährigen Facharbeitern den Bau von Flügeln und Pianos zunächst für den Export. Ebenfalls läuft der Piano- und Klavierbau in der Leipziger Piano- und Klavierfabrik (vorm. Hupfeld-Zimmermann), jetzt vollkommener Betrieb, wieder an. Unbeschädigt blieb die für den Piano- und Klavierbau wichtige Mechanikfabrik H. F. Flemming, die mit 100 Arbeitern zu einem Viertel der rd. 15 000 Mechaniker im Jahr betragenden Friedensleistung ausgelastet ist und die erfolgreiche Herannahme beschädigter Exportaufträge aus Schweiz und Schweden melden kann. In Dresden arbeiten die Piano- und Klavierfabriken H. Wolfmann und Hoffmann & Kühne wieder. Die Piano- und Klavierfabrik Fürster, Lübau, betätigt sich vorerst noch mit Reparaturen. In Seiffhennersdorf läuft die Produktion im jetzt vollkommener Hupfeld-Zweigwerk an. Die Mechanikfabrik Flemming, Leipzig, steht jetzt wieder mit rd. 65 deutschen Piano- und Klavierbetrieben in Verbindung, womit ungefähr die Gesamtzahl der z. Zt. im Aufbau befindlichen Werke erfüllt erscheint. In Berlin sind sechs Piano- und Klavierbetriebe im Wiederaufbau, Schwedten, Schöne, May (vorm. Mörs), Lerner und die beiden Kleinpiano- und Klavierbetriebe Wilhelm Pepper und Adolf Ernst Voigt (Gnomflügel). In Forst/L. ist G. Philipp, deren bis 1939 gebaute 13 000 Instrumente auch in Übersen Anerkennung fanden, im Wiederaufbau. In Eisen-

berg/Thür. und Zeig, deren Piano- und Klavierbau bedeutend war, arbeiten mehrere Piano- und Klavierbetriebe. Die Firma Albert Finger, Eisenberg, mit einer Gesamtproduktion von bisher über 10 000 Instrumenten und Export nach allen europäischen Ländern, machte keine Umstellung auf Kriegswirtschaft durch.

In der britischen Zone erhielt der Verband der Holzverarbeitenden Industrie von der Militärregierung bereits Ende 1946 den Auftrag zur bevorzugten Inangriffnahme der Piano- und Klavierproduktion zur Wiederaufnahme des Exportes. Aber hier bestehen bereits durch den untragbaren Holzpreisschlag größte Schwierigkeiten der Holzverarbeitenden Industrie. In Hamburg nehmen Steinway & Sons, Zweigunternehmen der größten Piano- und Klavierfabrik der Welt (New York und London) die Produktion auf, sowie die Firmen Hermann Schnell und Wegel & Sohn. In Göttingen ist die Firma Ritmüller & Sohn, gegründet 1795, eine der ältesten deutschen Klavierbetriebe von hervorragendem Ruf. In Braunschweig ist die Firma Schimmel zu nennen, während über das bedeutende Piano- und Klavierwerk Grotzian-Steinweg bisher keine Nachrichten vorliegen. In Neustadt/Holst. gilt die Arbeit der Fa. Dr. Alexander Baron u. a. auch einem Kleinpiano-„Elektron-Klaviers“ mit gelenkloser Spielmechanik, das mit elektrischer Verstärkung arbeitet. In Lübeck wurde die Firma Wilhelm Hasche, vormals Sorau, ansässig (vorerst Reparaturen, Neubau in Vorbereitung). Von westdeutschen Piano- und Klavierbetrieben sind zu nennen: Roth & Junius, Hagen, und C. Ebel & Sohn, Unna (Westf.), sowie Stephan Hain in Krefeld, während in Wuppertal-Barmen die Klavierfabrik H. Kluge im Aufbau begriffen ist.

In der amerikanischen Zone dominiert im Piano- und Klavierbau Stuttgart. Die Industrie wurde hier auf das schwerste betroffen. Schiedmayer repariert vorerst nur Instrumente im erhalten gebliebenen Werk in Altbach a. N., während die Neuanfertigung von Instrumenten in alter Qualität hier vom Materialeingang abhängig ist. Im Wiederaufbau sind weiter die Stuttgarter Piano- und Klavierbetriebe Dörner-Mattae, Carl A. Pfeiffer, Fr. Schilling und Ernst Eliss, sowie die Mechanikfabriken Keller, Renner und die Klavierfabrik Schüffele. Völlig aus-

gebrannt ist Ubel & Ledleiter, Heilbronn, als eines der am schwersten betroffenen Unternehmen der Branche; mit Tatkraft wurde der Aufbau des Unternehmens in Neckargartach in die Wege geleitet. In Spaichingen hat C. Sautter alle Wirtschaftskrisen seit einem Jahrhundert unberührt überstanden und ist trotz schwerer Zeit wieder leistungsfähig. In Frankfurt ist die Piano- und Klavierfabrik Hermann Schaaf zu nennen, in Bensheim-Auerbach (Bergstraße) Max Brüning mit Export von Pianos und Harmoniums, während die aus Trautmann umgesiedelte Klavierfabrik Lorenz durch Richard und Alois Pohl im Aufbau ist in Hagenloh a. Main.

Über die Kapazität der unter den denkbar schwierigsten Umständen aufbauenden Piano- und Klavierindustrie berichten zu wollen, ist noch verfrüht, da über Produktionsbereich und Leistungsmöglich-

keit unter den jetzt bestehenden Tatsachen völlig falsche Schlüsse gezogen werden könnten. Für deutsche Markenflügel und -pianos ist das Ausland durchaus aufnahmewillig, so daß die Aussichten, die sich der deutschen Piano- und Klavierindustrie als Exportindustrie für die Zukunft bieten, durchaus hoffnungsvoll sind.

Übrigens leidet auch die USA-Pianoindustrie unter gewissen Rohstoffmängeln, trotzdem dort in den ersten beiden Monaten 1947 20 000 Klaviere hergestellt und verkauft wurden, und nach einer Mitteilung von Steinway & Sons sich das Klaviergeschäft etwa in Vorkriegsbahnen bewegt.

Bayerisches Blattgold für England

München. Die bayerische Blattgoldindustrie erhielt aus England einen Auftrag zur Veredlung von Gold zu Blattgold. Das Gold wird von England zur Verfügung gestellt. Der Lohnauftrag beträgt 20 Millionen Blatt.

Verlagerung der deutschen Rauchwarenwirtschaft

Von Leipzig nach Hamburg und Frankfurt a. M.

Das frühere Zentrum der deutschen Rauchwarenhandels, Leipzig, mit seinen weltweiten internationalen Geschäftsverbindungen wurde durch den „eisernen Vorhang“ von den Westzonen abgetrennt. Die Russen gründeten in Leipzig die „Sojuspushina“ als die alleinige für den Handel zuständige Wirtschaftsorganisation, und die bekannten Großbetriebe wurden in „volkseigene“ Betriebe überführt. Während im Westen Preisverordnungen frei gehandelt werden dürfen, unterliegen in der Ostzone alle Vorräte und neu anfallenden Felle einer strengen Bewirtschaftung, um im Interesse des Devisenerlöses für den Export eingesetzt zu werden. Der deutsche Inlandhandel wird nur durch gelegentliche Freigaben vor dem schnellen Absterben bewahrt. Die Ungeklärtheit einer künftigen Entwicklung hat viele der früher im Osten ansässigen Betriebe veranlaßt, in die Westzonen abzuwandern. Darunter befinden sich die bekanntesten Veredelungsbetriebe von Welt, die in den nach der Besetzung vergangenen drei Jahren unter den schwierigsten Voraussetzungen im Westen neue Veredelungsbetriebe ins Leben gerufen haben, die heute schon vielfach wieder als so leistungsfähig anzusehen sind, daß sie durch den internationalen Leistungswettbewerb zu begannen in der Lage sind.

Das Schwergewicht der neuen deutschen Rauchwarenwirtschaft hat sich auf zwei Plätze der Westzonen konzentriert, auf Hamburg und auf Frankfurt a. M., wo auch die Fachorganisation der britischen Zone bzw. des Landes Hessen der US-Zone ihren Sitz aufgeschlagen haben. Die Bayerische Rauchwarenwirtschaft ist mit ihrem Fachverband in München ansässig, und alle drei Verbände haben zusammen eine Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in Frankfurt a. M. gebildet, um mit dem Verwaltungsausschuss und der ebenfalls in Frankfurt untergeordneten JEIA (Joint Export and Import Agency) der Militärregierung engen Kontakt pflegen zu können.

Die deutsche Rauchwarenwirtschaft ist heute ausschließlich auf den Anfall heimischer Felle, in erster Linie Kanin, angewiesen. Edelpelze fallen wenig ins Gewicht, weil die Züchter ihre Zucht nur unter den schwierigsten Voraussetzungen durchführen können und die dort anfallenden Felle zu Kompensationen im Interesse der Erhaltung ihrer Betriebe benutzen müssen. Auch die bestehenden Preisverordnungen für Edelpelze sind einem freien Handel abträglich. Wichtige Pelzarten bleiben dem Ledersektor vorbehalten, so daß Freigaben von z. B. Kalb- und Fohlenfellen nur dann für Exportzwecke erfolgen, wenn das Vorliegen fester Exportaufträge nachgewiesen werden kann.

Inzwischen sind auf der im vorigen Jahr durchgeführten Exportmesse in Hannover und der diesjährigen Exportmesse in Wiesbaden bereits von der JEIA heftigste Exportveredelungsaufträge der Westzonen herangezogen worden, und durch die Beteiligung deutscher Rauchwarenfirmen an der im März durchgeführten internationalen Pelz- und Ledermesse in Basel beginnt Deutschland langsam wieder auf dem Weltmarkt in Erscheinung zu treten. Unterstützt wird diese Tendenz durch einen Kredit, den die JEIA der Rauchwarenwirtschaft in Verbindung mit der Basler Messe zur Verfügung gestellt hat, und womit die Westzone erstmalig wieder als Käufer auf dem Weltmarkt auftreten kann, um auf diese Weise eine Grundlage zu bekommen, ausländische Felle nach der Veredelung zu reexportieren.

Diese Geschäfte, die bereits auf der Basler Messe zu Abschlüssen geführt haben, bleiben zwar zunächst auf einen begrenzten Kreis von hierfür zugelassenen deutschen Firmen beschränkt. Die vorjährige Messe in Hannover darf für sich in Anspruch nehmen, zum erstenmal den Weg des ausländischen Rauchwarenhändlers in die Westzonen geklärt zu haben. Dieser neue Kontakt mit dem Weltmarkt soll

Sächsische Zinnerzförderung

Wie gemeldet wird, wird auf Veranlassung der Zentralverwaltung der Industrie in der sowjetischen Zone die Zinnerzförderung in der kommenden Zeit nach Möglichkeit gesteigert werden. Man hofft eine jährliche Erzeugung von 376 t Zinnkonzentrat mit einem Zinngehalt von 160 t zu erreichen. Werkzeuge und Maschinen sollen aus stillliegenden Steinbrüchen und Industriewerken genommen werden und außerdem soll der ostdeutsche Maschinenbau bevorzugt Maschinen liefern.

Wenn auch nicht verkauft werden darf, daß jedes Kilo Metall, das heute zusätzlich der deutschen Wirtschaft zugeführt werden kann, ein Aktivum bedeutet, so fragt man sich doch, ob die Aufwendungen in diesem Fall das Resultat rechtfertigen.

Der deutsche Zinnerzbergbau, der im 15. u. 16. Jahrhundert recht bedeutend war, ist infolge der Erschöpfung der erzführenden Schichten schon lange im wesentlichen zum Erliegen gekommen. Die alten stillgelegten Gruben bei Altenberg, Zennwald und Ehrenfriedersdorf sollen erneut in Betrieb genommen werden. Schon während des ersten Weltkrieges hat man versucht, die alten Halden aufzuarbeiten. In der Hauptsache konnte man aber nur einige hundert Tonnen Wolframkonzentrat gewinnen. In den Jahren vor dem letzten Krieg hat man ebenfalls den Versuch gemacht, die sächsischen Zinnerze erneut der deutschen Wirtschaft dienstbar zu machen, wobei man erhebliche Stauszuschnüsse zahlen mußte, während die Erfolge gering blieben.

Der deutsche Anteil an der Weltzinnerzproduktion ist vor dem Krieg weitaus geringer gewesen als bei den anderen Metallen. Die Zinnerzförderung war gänzlich unbedeutend, und auch der Anteil der Zinnerzproduktion war sehr gering. Hauptstütze wurden bolivianische Erze verhüttet, doch stammte der Hauptteil der deutschen Zinnerzeugung aus der Entzinnung von Weißblechabfällen. Der Verbrauch der etwa 11% des Weltzinnerzverbrauchs betrug, wurde zu zwei Dritteln durch die Einfuhr gedeckt, die zur Hälfte aus Holländisch-Ostindien stammte. Die Zinnerzgruben in der Sowjetzone sind ausserdem von den deutschen Zinnerzstätten getrennt, die sich hauptsächlich im Rheinland-Westfalen befinden.

Berlins Industrieproduktion 20% höher

50% der Umsätze von 1936 erreicht

Berlin. In der Berliner Industrie wurden im Jahre 1947 272 000 Personen beschäftigt. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1946, dessen Beschäftigungsstand 247 000 ausmachte, 25 000 Arbeiter mehr. Der Bruttoerzeugniswert belief sich 1947 auf 1980 Mill. RM gegenüber 1633 Mill. RM des Jahres 1946. Mithin ist der Beschäftigtenstand der Industrie 1947 um 11% und der Produktionswert um 20% gestiegen. 14 000 neue Maschinen wurden 1947 von der Berliner Industrie in Betrieb genommen, so daß Berlin Ende 1947 über 63 150 betriebsfähige Maschinen verfügt.

An den Beschäftigtenstand des Jahres 1936, der 517 000 Personen betrug, reicht die Berliner Wirtschaft 1947 nur etwas über 50% heran. Allerdings sind in den Zahlen des Jahres 1936 auch die Baubetriebe mit einbegriffen. Trotz alledem ist aus den angeführten Zahlen ersichtlich, daß in Berlin noch viele Fachkräfte brach liegen oder in artfremden Berufen eingesetzt sind. 1947 wurden in Berlin 9,3 Mrd. RM umgesetzt gegenüber 8 Mrd. RM 1946. Auch dieser Umsatz entspricht etwa nur 50% der 1936 erzielten Umsätze. Unter Berücksichtigung des seit 1936 wesentlich erhöhten Preisniveaus liegen die wirklichen Umsätze mengenmäßig noch unter 50% des Vorkriegsabsatzes.

Den höchsten Umsatz verzeichnete die Berliner Industrie mit 2,4 Mrd. RM. Der Einzelhandel setzte 2 Mrd. und der Großhandel 1,8 Mrd. um. Der Umsatz des Handwerks bezifferte sich auf 833 Mill. und Bauhandwerk und Bauindustrie konnten 409 Mill. erzielen. In Berlins Hotels und Gaststätten wurden 376 Mill. umgesetzt. Das Gaststättengewerbe Berlins hat damit 12% weniger als 1946 erreicht. Auch das Baugewerbe hat gegenüber 1946 6,4% geringere Umsätze gehabt. Die freien Berufe kamen auf 217 Mill. RM und die Verforgungsbetriebe auf 1,24 Mill. RM. Über 1 Mrd. RM entfällt auf diverse Gewerbebetriebe.

Von der deutschen Treuhandverwaltung für konfisziierte und beschlagnahmte Vermögen im sowjetischen Sektor Berlins werden 309 Betriebe mit 34 856 Beschäftigten verwaltet. Der Gesamtumsatz dieser Unternehmen belief sich 1947 auf 439 Mill. RM, 54,7% entfallen auf Kleinbetriebe bis zu 50 Arbeitern. 40,1% sind Mittelbetriebe bis zu 400 Leuten und 5,2% umfassen Großbetriebe mit über 400 Mann. Etwas 70% der Produktion dieser Unter-

men standen der zivilen Versorgung zur Verfügung.

Berliner Fischerei

Berlin verfügt über 5 000 ha Fischerzweige. 60 Fischerbetriebe sind für den Fischfang tätig. Im Jahre 1947 konnten die Berliner Fischer rund 62 000 kg Fische zur Versorgung der Bevölkerung liefern. Gegen 20 bis 40% der Fänge bestehen aus Edelfischarten wie Karpfen, Schleie, Zander, Hechte und Aale. Am Sakrower See ist im „Jägerhof“ zur Hebung der Berliner Fischzucht eine Fischereiversuchsanstalt eingerichtet worden, deren Leiter Prof. Dr. Wundsch, der Ordinarius für Fischereiwissenschaft der landwirtschaftlichen Fakultät der Berliner Universität ist. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Karpfenzucht gerichtet. In 120 ablaßbaren Fischteichen der Berliner Stadtgüter sind Jungkarpfen ausgesetzt worden, die bis zur vollen Reife etwa drei Jahre brauchen. Für dieses Jahr rechnet man bereits mit einem Fang von 8 000 kg Karpfen.

Stahlwerk Henningsdorf

In dem zum volkseigenen Betrieb erklärten und neu ausgerüsteten Stahlwerk Henningsdorf bei Berlin ist die Produktion wieder aufgenommen worden. Die Produktion wird sich vorerst auf etwa 100 t im Monat belaufen, soll aber in Kürze auf 500 t gebracht werden. Das Stahlwerk, das eine monatliche Kapazität von 12 000 t hat, verarbeitet aus Schrott erzeugten Stahl. Die technische Einrichtung des Stahlwerks läßt aber die Erzeugung von in der Ostzone benötigten Halbzeugen nur in geringem Umfang zu, so daß das Werk in der Hauptsache für den Export und für Reparaturen arbeiten wird. Die Stahlproduktion der sowjetischen Besatzungszone soll durch die geplante Rekonstruktion des Stahlwerks in Biesa erweitert werden. Auf der Max-Hütte in Unterwellenborn in Thüringen, dem einzigen Roheisenerzeuger der Ostzone, wird ein weiterer Hochofen angeblasen werden. Die Max-Hütte hat im letzten Halbjahr 1947 90 000 t Roheisen und 20 000 t Stahl erzeugt. Die Thoma-Stahlzeugung soll auf 35 000 t gebracht werden. Die Max-Hütte erzeugte außerdem 38 000 t Stahlingos im letzten Quartal 1947, davon 30 500 t Thomasstahl und 7 500 t Elektrostahl, sowie 3 300 t Bleche und 30 700 t andere Erzeugnisse. Die Thale-Hütte im Harz gewann 17 100 t Siemens-Martin-Stahl und 3 800 t Elektrostahl im letzten Quartal 1947. Das Stahlwerk der Thale-Hütte erzeugte 15 000 t Bleche und stellte damit den Hauptteil der Blecherzeugung der Ostzone.

Geldverkehr mit dem Saarland

Hfg Baden-Baden. Der Direktor des Office des Changes in Baden-Baden hat durch eine Anordnung Nr. 19 („Journal Officiel“ Nr. 15) die Geldbeträge und die Umrechnungskurse festgesetzt, welche für Reisende aus dem Saarland nach Deutschland und umgekehrt für Reisende aus Deutschland nach dem Saarland gelten. Deutsche Staatsangehörige, die ins Saarland reisen, dürfen sich 200 französische Franken gegen Mark beschaffen, und zwar in der französischen Zone bei der Devisenbeschäftigungsstelle (Office des Changes) in Baden-Baden, ihren Nebenstellen in Koblenz, Bientlingen und Freiburg und bei der Délégation in Berlin, ferner an der Grenze des Saarlands, bei den von der französischen Zonenverwaltung eingerichteten Wechselstellen, schließlich bei den im Saarland selbst bestehenden Wechselstellen. Die Abgabe der Franken muß auf dem Paß oder dem Pas-

sierschein des Reisenden vermerkt werden. Mehr als 200 Franken monatlich können auch an Reisende, die zu mehreren Reisen im Monat berechtigt sind, nicht ausgegeben werden. Deutsche Staatsangehörige, die sich ins Saarland aus geschäftlichen Gründen von besonderer Wichtigkeit begeben müssen, können einen zusätzlichen Betrag in französischen Franken erhalten, und zwar mit Genehmigung der Mission Financière in Saarbrücken (Mollatstraße 2). Deutsche Staatsangehörige können auch die Genehmigung erhalten, ihre Rückfahrkarte in Mark zu bezahlen. Die Genehmigung dazu erteilt die Délégation des Office des Changes in Saarbrücken. Für alle diese Geldbeträge gilt ein Umrechnungskurs von 12 Franken für 1 Mark. Deutsche Staatsangehörige können allgemein an deutschen Banknoten einen Höchstbetrag von 100 RM einführen

Das ESO-Kennzeichen Organisations

ESSO

Esso-Freunde gut betreut

auch Du!

WESTLAND-CHEMIE G.m.b.H.
MÜNSTER/WESTE

Tel. 41870 Postfach 350

Zement-Oxyd-Farben
gelb, braun, rot, schwarz

Quarz-Stein-Schiefer-Mehle

Erdweiß-Westland gemahlen u. in Größen (gleichwertig wie Kreide, Koolin, Kieselgur)

Frankreichs Industrie im Wiederaufbau

Vorkriegsstand teilweise übertroffen

Seit dem Tiefstand im Jahre 1944 hat die französische Industrie wieder einen mächtigen Aufschwung genommen, wenn auch noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind und wenn auch noch nicht auf allen Gebieten wieder der Vorkriegsstand erreicht wurde.

Immerhin liegt heute die Gesamtproduktion leicht über der des letzten Vorkriegsjahres, die wichtigsten Industriezweige verzeichnen eine höhere Erzeugung als 1938. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Entwicklung der Kohlenproduktion. Gerade der Kohlenmangel verhinderte bei Kriegsende zunächst den Wiederaufbau der französischen Industrie. Im Januar 1945 betrug Frankreichs Kohlenproduktion 2,58 Mill. t oder nur 65% der Menge des letzten Vorkriegsjahres. Gleichzeitig war die Einfuhr ungewöhnlich gering, sie erreichte mit 184 000 t nur 11% des Standes von 1938. Auch die Erzeugung von elektrischer Energie lag hinter dem Vorkriegsstand zurück, wenn auch nur geringfügig; sie erreichte im Januar 1945 1542 Mill. kWh oder 85% der Menge von 1938. Im ganzen gesehen verfügte Frankreich bei Beginn des Jahres 1945 nur über etwa 2/3 seiner in normalen Zeiten gebrauchten Kohle und Elektrizität. Das Land setzte alles daran, um hier eine Änderung zu schaffen. Anfang 1948 stellte sich die nationale Kohlenproduktion auf 4,56 Mill. t und übertraf damit das 1938 geforderte Volumen um 19%. Eine derartige Steigerung war natürlich nur möglich durch Neueinstellung einer großen Zahl von Bergarbeitern und durch eine Erhöhung der Kohlenpreise. Heute beläuft sich der Index der Kohlenproduktion auf 108, wenn das Jahr 1938 = 100 gesetzt wird. Eine Steigerung der Kohlenproduktion im eigenen Lande genügt jedoch nicht, um die Bedürfnisse der französischen Industrie in den letzten Jahren zu befriedigen. Frankreich mußte vor allem auch seine Auslandsbezüge an Kohle erhöhen. Heute entspricht der französische Kohlenimport ungefähr dem der Vorkriegsmenge, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung hervorgeht (in 1000 t monatlich):

	1938	Febr. 1948
Großbritannien	329	39
Ruhr und Saar	460	265
Belgien	296	16
Niederlande	100	—
Ver. Staaten	1	1972
Polen	131	63
andere Länder	40	6
Gesamt-Einfuhr	1557	1401

Wie die Tabelle zeigt, ist eine beträchtliche Verschiebung in den Herkunftsländern eingetreten, gegenüber der Vorkriegszeit sind heute 2/3 der importierten Kohle mit sehr teuren Seefrachten belastet; die amerikanische Kohle kostet Frankreich wenigstens 33% mehr als das deutsche oder englische Erzeugnis.

Zum Wiederaufbau der französischen Industrie war es aber auch nötig, daß Frankreich seine Energieproduktion aus Wasserkraft steigerte. Die Durchführung der auf diesem Gebiete liegenden verschiedenen Programme wurde durch die Trockenheit in den Jahren 1945 und 1947 beeinträchtigt. Für 1945 wird die Erzeugung elektrischer Energie aus Wasserkraft mit 9700 Mill. kWh angegeben, für 1946 mit 10 800 Mill. kWh, für 1947 mit 12 590 Mill. kWh. Im Jahr 1949 wird voraussichtlich eine beträchtliche Erhöhung der Produktion an elektrischer Energie aus Wasserkraft eintreten, da dann das Werk Génissac fertiggestellt sein wird, das allein zusätzlich 1800 Mill. kWh liefern kann. Im ganzen ist die Kohlen- und Elektrizitätskrise in Frankreich überwunden worden; das Land verfügte 1947 über 66,2 Mill. t Kohle (nur 5 Mill. t weniger als 1938), im Jahr 1948 wird Frankreich voraussichtlich über 72-74 Mill. t Kohle verbrauchen können, das sind sogar einige Mill. t mehr als 1938.

Von der Kohlenproduktion hängt vor allem die Eisenindustrie ab, die die größte Menge verbraucht. Der Produktionsstand der Eisenindustrie liegt heute über dem von 1938, die Indexziffer sieht auf 104, wobei das letzte Vorkriegsjahr = 100 zu setzen ist. Ein

Bild über den Stand der Produktion in einer Anzahl von wichtigen Industriezweigen lassen die folgenden Indexziffern, die für 1948 berechnet sind, erkennen. Als Vergleichsgrundlage gilt das letzte Vorkriegsjahr 1938:

Kohle	108
Elektrizität	145
Erdölgewinnung	74
Eisengewinnung	71
Eisenindustrie	104
Chemische Industrie	123
Textilindustrie	100
Lederindustrie	77
Kautschukindustrie	152
Zementindustrie	102

Bemerkenswert ist die Produktions-erhöhung in der chemischen und in der Kautschukindustrie. Auch die Düngemittelindustrie hat den Stand von 1938 wieder überschritten, während andererseits namentlich die Automobilproduktion und der Schiffbau noch lange nicht wieder auf dem Stand der Vorkriegszeit angekommen sind. Im Jahre 1938 produzierte Frankreich monatlich 18 460 Autos, im Dezember 1947 nur 9 910 Stück. Die Textilindustrie hat 1948 wieder das Vorkriegsniveau erreicht. Im Monatsdurchschnitt werden etwa 20 000 t Baumwollgarne, 12 000 t Baumwollgewebe, 9 800 t Wolllarne und 3 000 t Kunstseide hergestellt. Le.

Steigende Eisenausfuhr

Englischer Kredit für ein französisches Hüttenwerk

Paris. Die englisch-französischen Wirtschaftsvereinbarungen, die die Wiederaufnahme der französischen Eisenausfuhr nach Großbritannien vorsehen, stellen einen neuen Abschnitt auf dem Wege zur Normalisierung der Verhältnisse auf dem Weltisenmarkt dar. Die französische Stahlindustrie war vor dem Krieg von großer Bedeutung für die Versorgung des Weltisenmarktes und führte 20% ihrer Erzeugung aus. In den Jahren 1932-1938 erreichte die französische Eisenausfuhr (ohne die französischen Kolonien) durchschnittlich jährlich 1,4-1,6 Mill. t, wobei Großbritannien, die Schweiz, Belgien, Schweden, Argentinien und Italien die Hauptabnehmer waren. Nach dem Krieg konnte die französische Eisenproduktion infolge der schlechten Kohlenversorgung sich nur langsam erholen und mußte auch die Ausfuhr weitgehend drosseln, da der Inlandsbedarf im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau einen starken Anstieg erfuhr. Von den alten Kunden Frankreichs erhielt lediglich die Schweiz wieder größere Mengen Stahlprodukte. Im französisch-schweizerischen Wirtschaftsabkommen von 1947 verpflichtete sich Frankreich, im Laufe der kommenden 15 Monate der Schweiz 97 500 t Eisen und Stahl zu liefern.

Die französische Hüttenindustrie steht nach Überwindung des Brennstoffmangels nun im Begriff, ihre Produktion wesentlich zu steigern und so kann

Frankreich auch wieder eine Erhöhung der Eisenausfuhr in Erwägung ziehen. Die französische Ausfuhr von Rohstahl, Halbzeug- und Walzprodukten soll von 1948 bis 1951 von 1,07 auf 1,61 Mill. t gesteigert werden, so daß sie nach vier Jahren wieder ihren Vorkriegsstand erreichen würde. Es darf bereits heute als sicher gelten, daß Frankreich seine Eisenausfuhr im laufenden Jahr wesentlich steigern werde.

Das Wirtschaftsabkommen mit Italien sieht die Lieferung von 37.500 t französischer Eisen- und Stahlerzeugnisse vor. Nach Großbritannien sollen 40 000 t Halbfabrikate jährlich geliefert werden. Dieses Kontingent soll nach Maßgabe der Erhöhung der französischen Eisenerzeugung auf 200 000 t gesteigert werden, sobald die französische Produktion 10 Mill. t jährlich übertrifft. Im März 1948 betrug die Erzeugung etwa 7,5 Mill. t jährlich.

Im Zusammenhang mit dieser französisch-britischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Eisenindustrie soll nicht unerwähnt bleiben, daß einem in der Normandie gelegenen französischen Hüttenwerk ein englischer Kredit von 1 Mill. £ gewährt wurde, der zum Ankauf von Maschinen und Einrichtungen in Großbritannien verwendet werden soll, die zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der beschädigten Werke benötigt werden. Der Kredit wird durch die Ausfuhr von Halbzeug nach Großbritannien zurückgezahlt werden. Kreditnehmerin ist die Société Metallurgique de Normandie, die bereits vor dem Krieg einen wesentlichen Teil ihrer Produktion nach Großbritannien ausgeführt hat.

Weltmeinung

Europa und sein Handel

The New York Times

Über den Rückgang des intereuropäischen Handels, den das Blatt auf Transportbeschwerden, Bürokratismus und das Bestreben, nur gegen Dollar zu exportieren, zurückführt, heißt es u. a.:

„Der inter-europäische Handel ist gegenüber dem Vorjahr um 20-25% zurückgegangen. Wohl fällt ein Teil des Rückganges auf Luxuswaren, aber auch lebenswichtige Güter sind davon betroffen. Bezeichnend für die augenblickliche Situation ist der Umstand, daß Belgien nur noch Rohmaterialien einkauft. Neben der Schweiz ist Belgien einer der besten Märkte für Manufakturwaren und Luxuswaren gewesen. Darüber hinaus befürchtet man, daß einige europäische Länder mit Hilfe des Marshall-Dollars Waren in den USA kaufen werden, die auch in Europa zur Verfügung stehen, die aber wegen Transportbeschwerden, zu hoher Preise und bürokratischer Erschwerungen hier nicht gekauft werden. Während Polen zum Beispiel bereits Schwierigkeiten hat, seinen Überschuß an Kohle zu verkaufen, sieht sich Frankreich gezwungen, Kohle aus den USA zu importieren. Die Schwierigkeiten liegen zum Teil in den unzulänglichen Transportverhältnissen, zum anderen Teil in den mangelnden Exportgütern, die größtenteils gegen Dollars umgetauscht werden.“

The Reader's Digest

Die Zeitschrift veröffentlicht einen Auszug aus dem Buch des bekannten amerikanischen Wirtschaftsjournalisten Henry M. Hallitt. Darin heißt es u. a.:

„Es ist eine weitverbreitete Ansicht, daß die USA verpflichtet sind, anderen Ländern, besonders in Europa, riesige Summen zur Verfügung zu stellen, wenn die Welt vom Kommunismus und von Chaos gerettet werden soll. Diese Meinung wird sowohl in den USA, die hierfür die Mittel aufzubringen haben, als auch von den europäischen Staaten, die die Nutznießer dieser Unterstützung sind, vertreten. Man nimmt also an, daß die gegenwärtigen wirtschaftl. Schwierigkeiten Europas in der Hauptsache Folgen der Kriegserstörungen sind. Man betont, daß die Wiedergesundung Europas für Amerikas Wohlstand wesentlich ist, und daß es deshalb für Amerika ein „gutes Geschäft“ ist, Kredite und Anleihen zu gewähren, auch wenn sie nicht zurückbezahlt werden sollten. In aller Offenheit müssen wir die Frage stellen, ob in erster Linie der Krieg,

Panamerika — fortschrittlicher

Die panamerikanische Konferenz in Bogota hat u. a. die Abschaffung des Paß- und Visumzwangs für Angehörige der amerikanischen Staaten vorgeschlagen. Man erwartet, so wird betont, daß dieser Vorschlag bald verwirklicht werde. Auf verschiedenen europäischen Konferenzen ist diese Frage ebenfalls lebhaft erörtert worden, und es wurde immer wieder festgestellt, daß es für die Wirtschaft der europäischen Länder vorteilhaft wäre, den Visa- und Paßzwang zu lockern und allmählich ganz aufzuheben. Über diese Feststellung hinaus ist jedoch bisher wenig geschieden. Nur die Schweiz und Frankreich haben jetzt gegenseitig ihre Grenzen geöffnet.

Früher, vor dem ersten Weltkrieg, brauchte man für eine Reise um die Welt einen Paß und Geld — die Landeswährung genügte — heute braucht man für eine Reise ins Nachbarland eine ministerielle Empfehlung, Paß, Visum, harte Devisen, Impfschein, Entzündungspapiere ufd. Trotz Westeuropäischer Union, Währungsunion und Clearingssystem für Westeuropa, alles Regelungen, bei denen es um die westeuropäische Zusammenarbeit geht, bleiben die Grenzen weiterhin hermetisch geschlossen. Wahrscheinlich besteht bei den zuständigen Behörden nach wie vor die Meinung, daß „unerwünschte Elemente“ keine Beziehungen haben. ha.

Internationale Mustermesse in Mailand

Von unserem Sonderkorrespondenten

Am 28. April eröffneten Messe-nachrichten von deutscher Seite der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft Dr. Erhard und der Leiter der Hauptabteilung Außenhandel Freiherr v. Maltzan teil. Wirtschaftsminister Dr. Seidel vertrat das bayerische Staatsministerium.

L. Mailand. Wer die Mustermesse im Vorjahre besucht hat, konnte nicht umhin, seine Bewunderung über den schwungvollen Wiederaufbau der italienischen Wirtschaft zum Ausdruck zu bringen. Die diesjährige Messe verspricht, einen noch größeren Widerhall zu finden. Es nehmen insgesamt 5600 Aussteller daran teil, davon 1452 ausländische Firmen, die 33 Länder vertreten. 16 Kilometer lang kann der Besucher an den vielen Ständen vorbei laufen. Das Messergebiet erstreckt sich nun zum ersten Male in der Nachkriegszeit wieder auf 325 000 Quadratmeter mit 100 000 Quadratmetern bebauter Fläche. Als wichtigste Neuerung darf man den „Palazzo delle Nazioni“ (Länderpalais) nennen, in dem der Großteil der ausländischen Aussteller Platz findet. Die erheblichen Kriegsschäden sind völlig beseitigt, es sind Rasen angelegt, Blumenbeete besorgt und Bäume gepflanzt worden, so daß die Messe nun wieder ihren Friedensstandard erreicht hat, ja, man sagt sogar übertrafen wird.

Eine „Mostra del Turismo“ (Ausstellung für Reise und Verkehr) ist im Interesse des Fremdenverkehrs eingerichtet worden. Das Verkehrsministerium wird besonders an den anerkanntesten Wiederaufbau der Staatsbahnen erinnern.

Folgende Länder sind offiziell bei der Messe vertreten: Österreich, Belgien, Bulgarien, Tschechoslowakei, China, der Vatikanstaat, die Philippinen, Frankreich, Union Française, Deutschland, Jugoslawien, Rumänien, Schweiz, Südafrika, Ungarn, Vereinigte Staaten, Venezuela. Die Vereinigten Staaten werden besonders auch statistisches Material über ihre

bisherige Hilfsaktion vorlegen. Ein „American Day“ wird im Beisein des amerikanischen Botschafters am 4. Mai stattfinden.

Aus den verschiedenen Zonen Deutschlands sind bereits 83 Aussteller eingetroffen, die von Leitern der Wirtschaftsabteilung geführt sind. Ein deutscher Pavillon wird als Auskunftsstelle den zahlreichen italienischen Exporteuren und Importeuren dienlich sein, deren recht wenige über die Verhältnisse in Deutschland einigermaßen unterrichtet sind.

Japans arme Wirtschaft

Tokio. Eine günstigere Entwicklung des japanischen Außenhandels in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahr stellte der Tokioter Korrespondent der „Eastern World“ auf einer kürzlich unternommenen Reise durch Japan fest.

Während die Kohlenförderung auf Grund von Schätzungen die 30-Millionen-Tonnenmarke in diesem Jahre überschreiten dürfte, so läßt sich zur seinem Bericht entnehmen, scheint die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt zu sein.

Die Erhaltung von Eisenbahn- und Kraftanlagen sowie der allgemeine Verkehr selbst ist durch Materialmangel nachteilig betroffen. Finanz- und Bankunternehmen klagen über einen schlechten Stand der Geschäfte, während sich die Industrie nur durch die Aufnahme von Anleihen über Wasser zu halten vermag.

Die Pfandleihen spiegeln das Bild des verarmenden Japaners deutlich wieder. Anstelle von Gold, Silber und Schmuck werden heute Hausgeräte aller Art gegen die Gewährung geringer Anleihen den Pfandleihen angeboten. Die Frage, wie die Inflation eingedämmt werden könnte,

ist nach wie vor unbeantwortet geblieben. Die Steuerrückstände werden auf rund 100 Mill. Yen geschätzt.

Kobe, der ehemals viergrößte Hafen der Welt, gewinnt durch den ansteigenden Außenhandel wieder langsam an Bedeutung. Er ist heute Hauptumschlagplatz für die jährlich von Japan benötigten 650 000 Tonnen Salz.

Finanzieller Schwierigkeiten wegen befaßt sich der ehemals größte japanische Schiffahrtskonzern „N. Y. K.“ (Nippon Yusen Kaisha) heute u. a. mit dem Wäschereigewerbe. Das Hauptbüro ist in Tokio gegründet worden, dem Niederlassungen in anderen Städten Japans folgen sollen.

Die japanische Handelsmarine verzeichnet einen Verlust von 7 Mill. BRT. Von den ihr verbliebenen 1,5 Mill. BRT bei Kriegsende sind eine halbe Million BRT unbrauchbar.

Mit der Erweiterung der englischen Fluglinie von Hongkong nach Tokio hat Japan Anschluss an das europäische Flugnetz gefunden. Der Fahrpreis für eine Fahrt von London nach Tokio beträgt 214 £. hm.

58. Briefmarken-Grossauktion Anfang Juni 1948

Umsätze in den letzten 5 Gross-Auktionen 22 Millionen Mark



Einlieferungen von Sammlungen, Seltenheiten, Nachlässen usw. werden jetzt angenommen. Durch unsere Auktionen erfassen Sie die Spitzenklasse der Deutschen Briefmarkensammler. Auktionsabzug 10%, keinerlei Nebenspesen.

Auktionseinlieferungsbedingungen kostenlos. Ernste Interessenten erhalten unsere Auktionskataloge kostenlos gegen Berufungsgabe.

EDGAR MOHRMANN & Co., M. B. H.

Vereidigter Briefmarken-Auktionator
HAMBURG 1, Speersort 6, Tel. 32 64 28

Führendes Briefmarken-Auktions-Haus Deutschlands!

Ausbau der chemischen Industrie in Holland

Die chemische Industrie in den Niederlanden zeigt in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung und zieht dabei ebenso wie die Schweiz Nutzen aus dem Anfall der chemischen Produktion in Deutschland. Verschiedene wichtige Zweige der chemischen Industrie sind ausgedehnt und neue Betriebe errichtet worden oder sind geplant.

Dabei wird das Ziel verfolgt, die inländische Versorgung zu verbessern und den Export zu fördern. Bereits in den beiden Jahrzehnten zwischen den zwei Weltkriegen verzeichnete die holländische Chemieindustrie einen raschen Aufschwung, obwohl die Rohstoffbasis beschränkt war. Für die Ein- und Ausfuhr bestand allerdings eine starke Auslandsabhängigkeit. Besonders eng waren die Verflechtungen mit der deutschen Chemieindustrie. Deutschland lieferte im Jahre 1938 46% der gesamten Einfuhr an Chemikalien, darunter für 17,2 Mill. hfl. Kunstdüngstoffe, für 10,9 Mill. hfl. verschiedene Chemikalien und für 6,7 Mill. hfl. Farbstoffe. An zweiter und dritter Stelle standen belgische und französische Lieferungen. Bei der Ausfuhr war Großbritannien der stärkste Abnehmer für chemische Erzeugnisse aus Holland, gefolgt von Deutschland mit einer Einfuhr von holländischen Chemikalien im Werte von 11,9 Mill. hfl. Die chemische Industrie in Holland zählte 1938 2258 Betriebe mit rund 20 000 Arbeitskräften ohne Berücksichtigung der sehr bedeutenden Kunstseidenindustrie, die gleichfalls der chemischen Industrie zuzurechnen ist. Die Kunstseidenindustrie, die sich zunächst mit dem Wiederaufbau beschäftigt haben mußte, hat im vorigen Jahr ihren Vorkriegs-Produktions- und Exportstand bereits wieder erreicht und widmet sich zur Zeit einem weiteren Ausbau. Neu aufgenommen wurde nach dem Kriege

die Erzeugung von Zellwolle, von Reifenscord und von Strohzeinstoff. Für das laufende Jahr rechnet man mit einer beträchtlichen Steigerung der Produktion und auch der Ausfuhr. Allein aus den Verein. Staaten konnten für das erste Halbjahr 1948 Aufträge über 500 000 lbs Kunstseiden-Garne herbeigeholt werden. Die Seifen- und Waschmittelindustrie hat vor allem eine rohstoffmäßige Umstellung vollzogen, um den Rückgang in pflanzlichen Fettimporten auszugleichen, und verwendet in steigendem Maße aus Erdölrückständen gewonnene Fettsäure. Der Vorkriegsproduktionsstand konnte in den letzten Monaten fast wieder erreicht werden, so daß eine ausreichende inländische Versorgung möglich wurde. Vor dem Kriege deckte die holländische Seifenindustrie den Bedarf an Haushaltsseifen und Waschmitteln zu 100% und in Toiletenseife zu 75%.

Auf dem Gebiet der Kunststoffindustrie, die vor dem Kriege nur in geringem Umfang produzierte, macht die Ausdehnung derartiger Fortschritte, daß in absehbarer Zeit mit größeren Exporten gerechnet werden kann. An der Kunststoffindustrie sind der Kohlenbergbau, die Royal Dutch und der Philips-Konzern beteiligt, die in den letzten Jahren verschiedene Neugründungen gestartet haben. Unter Verwendung deutscher Patente wurde auch die Herstellung bestimmter Kunstharze aufgenommen, deren Produktion sich bereits für den Export bewährt hat.

Auf Grund der gegenwärtig betriebenen Erweiterung der Düngemittelindustrie wird Holland voraussichtlich im nächsten Jahr in der Lage sein, größere Mengen Stickstoff zu exportieren. Die Stellung der Niederlande in der Superphosphaterzeugung war be-

reits vor dem Kriege bedeutend. Die Superphosphat-Produktion stieg von 194 000 t im Jahre 1921 auf rund 600 000 t vor dem letzten Kriege. Der holländische Superphosphat-Export machte 1938 37,9% des gesamten Weltexports und 37,7% des europäischen Exports in Superphosphaten aus. Nach dem letzten Produktionsrückgang liegt die Phosphat-Düngemittelherzeugung gegenwärtig um etwa die Hälfte über dem Vorkriegsstand.

Die pharmazeutische Industrie hat ihre Kapazität gleichfalls ausgedehnt und verzeichnet steigende Exporte. In Apeldoorn wurde ein neuer Betrieb zur Herstellung von Morphium und Kokain aus Blausäureerzeugnissen errichtet, der später auch die Erzeugung von verschiedenen Heilmitteln aufnehmen soll.

Der Stork-Konzern ist an der Errichtung einer größeren chemischen Fabrik in Hengelo beteiligt, die in der Hauptsache Chemikalien für die Textil-, Papier-, Leder-, Gummi-, Kunstharz-, sowie Lack- und Farbenindustrie herstellen und auch exportieren soll. Die im Produktionsprogramm vorgesehenen Erzeugnisse wurden bisher zum größten Teil importiert. Von der Schaffung dieses neuen Industriezweiges erhoffen die beteiligten Kreise eine wesentliche Einsparung von Devisen für die Niederlande.

Im Zuge der kürzlich durchgeführten Preissenkungsaktion haben eine Anzahl von chemischen Erzeugnissen wesentliche Verbilligungen erfahren. So wurden die Preise für Schwefelsäure um 15% auf 60 hfl. je t herabgesetzt. Für Essigsäure betrug die Preisermäßigung 10, für Karbid 6, für Knochenmehl 2%, für Insektentötungsmittel 10 bis 20 und für Insulin 10%. Die Preise für Kölnisch-Wasser wurden um 10 bis 20% herabgesetzt. Ein Stück Toiletenseife im Gewicht von 90 g kostet jetzt je nach Fabrikat 0,24 bis 0,26 hfl. H. G.



Kautschukschwemme hält an

Die internationale Kautschukstudien-gruppe gibt die Gesamtfläche der Kautschukplantagen für 1947 in der Welt mit 9,4 Mill. acres an. Davon entfallen auf Asien 8,9 Mill. acres, auf Afrika 0,47 Mill. acres, auf Amerika 30 000 acres und auf Ozeanien 25 000 acres.

Die Gewinnung von Naturkautschuk hat 1947 gegen das Vorjahr um rund 47% zugenommen. Sie belief sich auf 1 230 092 t gegen 837 015 t. Am stärksten war natürlich der Zugang auf den Plantagen in den Malayenstaaten (646 342 t gegen 463 719 t, rund 40%) und in Niederländisch-Ostindien (260 000 t gegen 175 000 t, rund 48%). Indochina hatte mit einer Erzeugung von 37 500 t gegen 19 975 t, Sarawak mit einer solchen von 36 750 t gegen 9 000 t und das übrige Asien mit 86 500 t gegen 48 257 t gleichfalls eine Zunahme zu verzeichnen, die wohl hauptsächlich auf den sogenannten Eingeborenenkautschuk entfallen ist. Ein Rückgang der Gewinnung ist praktisch nur in Afrika von 46 000 t auf 40 000 t, in Südamerika von 33 000 t auf 29 000 t, in Mittelamerika von 7 000 t auf 4 000 t und in Ozeanien von 1064 t auf 1 000 t eingetreten. In Ceylon ging die Erzeugung von 94 000 t auf 89 000 t zurück.

Die Ausfuhr an Kautschuk hat 1947 gegen das Vorjahr um rund 24% zugenommen. Sie betrug 1 199 177 t unter der Er-

zeugung, während sie 1946 mit 966 294 t die Produktion überschritten. Die Vorräte müßten also um etwa 41 000 t zugenommen haben. Wenn auch die USA mit 562 698 t im Jahre 1947 gegen 277 597 t im Vorjahr (Zunahme um rund 104%) immer noch der größte Verbraucher von Naturkautschuk sind, so spielt doch die während des Krieges in USA aufgebaute Kunstkautschukkapazität für die Zukunft des Naturkautschuks die entscheidende Rolle, denn damit ist der Kampf zwischen dem natürlichen und dem künstlichen Erzeugnis in ein ernsthaftes Stadium eingetreten, und der Absatzverlust für den Naturkautschuk in seinem vor dem Krieg wichtigsten Verbrauchsgebiet ist nicht mehr auszugleichen. Hinzu kommt, daß auch wichtige europäische Verbrauchsgebiete, besonders Deutschland (1939: 97 230 t) fehlen, deren Anfall durch erhöhte Bestände anderer Länder, wie Frankreich, Großbritannien, die Niederlande usw. nicht ausgeglichen werden konnte. Das mag einer der Gründe dafür sein, daß man in den Westzonen die Erzeugung künstlichen Kautschuks zugunsten einer Naturkautschukeinfuhr einstellen will. Ob allerdings die Menge, die Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen für den Westen einführen kann, den Naturkautschukerzeugern helfen werden, ist eine andere Frage. H. R.

Briefmarken KOHL vom Paul Kohl geggt. 1892
Das bekannte und führende "Rarititäten-Haus"
An- und Verkauf von Spitz- und Wert-Alt- und Kolonial Europa - Objekte
Auswahlsammlung nach Maßgabe Reichhaltiges Lager an Neudruck-Ausgaben
Hohenstein-Ernstthal / Sa., Heinsdorfer Weg 11

PAPER SOLINGEN
DIE KLINGE FÜR SIE

Schneider & Schweda Import - Export liefert
Fischsilber
Perl - Transparent - Lack
(13b) Kempten / Allgäu
Römerweg 13

MEXOL
Schutz-Anstriche
in schwarz und farblich für DACHPAPPE MAUERWERK METALL HOLZ SILOS
HARRIS & KÜHKENS KG.
OBERKIRCHEN

Milber
große Gefahr für den Menschen & für Tiere & Vögel
Spendellinus PULVER
Höher an den Bienen lassen - gründlich abtöten - auch die Laichen der Stacheln.
CELA G. m. b. H., Ingelheim/Rhein

Kleinanzeigen
bringen wir in separater Beilage 14 tglig - nächste Anzeigen-Beilage in Nr. 20 am 15. 5. 48.

Industriepläne Pakistans

Der Regierung Pakistans sind jetzt die Pläne vorgelegt worden, die von der Industriekonferenz im Dezember des vergangenen Jahres ausgearbeitet wurden, um die durch die Teilung Indiens hervorgerufenen Schwierigkeiten zu beheben.

Pakistan erzeugt gegenwärtig keinen Stahl, hat aber andererseits einen jährlichen Bedarf von etwa 316 000 t und eine Walzwerkskapazität von 25 000 t. Die Konferenz empfiehlt einen möglichst schnellen Ausbau der Wasserkraft des Landes. Zur Deckung des Energiebedarfs wird der Ausbau von mindestens 500 000 kW in den nächsten fünf bis sieben Jahren für erforderlich gehalten. Die Durchführung des Wasserkraftprojekts von Mianwali-Hindal im Westpunjab (26 000 kW) und von Karnafali in Ostbengalen (60 000 kW) sollte sofort in Angriff genommen werden. Weitere Projekte dieser Art sind das Rohri- und Nara-Kanal-Projekt in

Sind. Der Bericht der Konferenz schlägt weiterhin die sofortige Aufnahme der Vorarbeiten für den Bau von Wasserkraftwerken bei Kargahj (9000 kW), bei Warsah am Kabulfluß (geschätzte Leistung 80 000 kW) und am Indus (geschätzte Leistung 100 000 bis 200 000 kW) vor. In bezug auf die Kohlenvorkommen des Landes schlägt die Konferenz die Modernisierung der Gewinnungsmethoden mit dem Ziel vor, auch in diesem Jahr eine Förderung von 500 000 t zu erreichen. Die technische Ausrüstung im Bergbau der anderen Mineralien und in der Erdölindustrie soll dem letzten Stand angepaßt werden, während umfangreiche Bodenforschungen über die vorhandenen Erzevorkommen Klarheit schaffen sollen. Die Errichtung von Laboratorien und einer Bergbauschule sind vorgesehen. Es ist beabsichtigt, die geförderten Mineralien nicht zu exportieren, sondern von der Industrie des Dominions verarbeiten zu lassen.

Rekord-Weißblecherzeugung in USA

Steigende elektrolytische Verzinnung

Die Vereinigten Staaten hatten 1947 eine Weißblecherzeugung, die selbst die höchsten Zahlen der Kriegsjahre übertraf und eine absolute Rekordproduktion darstellte. Die englische Produktion bleibt dagegen immer noch beträchtlich hinter den Vorkriegserzeugnissen zurück, wenn sie sich auch gegenüber dem Tiefstand im Jahre 1943 rund verdoppelt hat. Die Ausweitung der amerikanischen Erzeugung ist keineswegs eine Folge eines verstärkten Inlandsverbrauchs, sondern dient schon im Krieg zur Durchführung steigender Exporte. Seit 1933 verlief die Erzeugung in diesen beiden wichtigsten Produktionsländern wie folgt:

Jahr	Vereinigte Staaten Gesamt der elektrolyt. Tauchverfahren in 1000 t/j verzinkt in %	Großbritannien
1939	2 399	919
1940	2 445	977
1941	3 123	720
1942	2 435	678
1943	1 927	259
1944	2 344	268
1945	2 514	311
1946	2 413	439
1947	3 259*	560*

* Dezember geschätzt.

Die Weißblechsausfuhr der USA waren von 161 466 t/j im Jahre 1938 auf 471 149 t/j im Jahre 1945 gestiegen. Die englischen Exporte, die 1938 329 492 t/j betragen, gingen zwar bis 1940 auf 393 561 t/j herauf, sie betragen 1941 jedoch nur noch 229 637 t/j, fielen 1942 auf 48 480 t/j und 1943 auf 17 142 t/j. Sie erreichten bis 1946 nur 117 725 t/j und betragen damit nur etwa die Hälfte der amerikanischen Exporte.

Die US-Industrie hat heute den Vorteil der zinsparenden Methode der elektrolytischen Verzinnung, die im Jahre 1942 eingeführt wurde, und auf die heute schon nahezu 50% der amerikanischen Produktion entfallen. Die englischen Werke haben erst jetzt angefangen, elektrolytisch nach dem Verfahren zu verzinnen.

Sinkende Reifenpreise

Die US-Produktion an PKW-, LKW-, Autobus- und Traktor-Reifen, die im Jahre 1941 64,4 und 1946 88,5 Mill. Stück betrug, war im Jahre 1947 auf fast 100 Mill. Stück angestiegen. Im laufenden Jahr wird die Reifenproduktion etwas zurückgehen, aber damit die Vorkriegserzeugung noch bedeutend übersteigen. Die Überfüllung der Lager in den Vereinigten Staaten zwang die Gummi-Industrie im Februar/März dieses Jahres zu einer Einschränkung ihrer Produktion um rund 30%.

Neueren Anzeichen nach zu urteilen, dürfte in der amerikanischen Reifen-

industrie jetzt ein Preiskampf bevorstehen. Die großen USA-Kautschuk-Konzerne Goodyear und US-Rubber, denen sich vermutlich auch die anderen Produzenten anschließen werden, haben kürzlich bekanntgegeben, daß die neuen Reifenpreise für Personenkraftwagen unter den bisherigen liegen werden. Damit wird eine Periode neu beginnenden Konkurrenzkampfes eingeleitet, die man im Ausland aufmerksam verfolgen wird.

Auch in Großbritannien wurde die Reifen-Bewirtschaftung kürzlich aufgehoben. Nach langen Jahren der Knappheit hat Italien jetzt gleichfalls unter einer Überproduktion an Autoreifen zu leiden, sodaß eine Anzahl von Fabrikationsbetrieben infolge Absatzmangels die Erzeugung einstellen mußte.

Vor Schuhpreissenkungen

Die US-Schuhindustrie ist enttäuscht über die Kleinhändlerverkäufe. Das schlechte Osterwetter hatte die Verkaufssaison verschoben. Die Frühjahrverkäufe dürften unter denen des Vorjahres liegen; teilweise wird mit einem 15-20%igen Rückgang gerechnet, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Frühjahrverkäufe des Jahres 1947 unter denen der Vorkriegszeit lagen. Allgemein rechnet man damit, daß die Schuhe im kommenden Herbst billiger sein werden. Auf der New Yorker Halbjahresausstellung des Tanners Council lagen die Lederpreise um 15-25% unter denen des letzten Herbstes. In Schuhhandelskreisen glaubt man, daß Schuhe in teureren Preislagen um 3 \$ und bei Preisen unter 8 \$ um 1 \$ billiger werden dürften.

Öl aus drei Erdschichten

Die Pure Oil Co. hat im vergangenen Oktober in West-Texas eine neue Ölquelle angebohrt; in der Zwischenzeit sind weitere Quellen entdeckt worden, so daß nunmehr feststeht, daß ein neues wichtiges Feld gefunden wurde, dessen Öl in drei verschiedenen übereinanderliegenden Schichten gewonnen wird. Die zulässige Tagesproduktion wurde per Quelle festgesetzt auf 500 bbl. bei der Ellenburger Formation 10 000 ft. und auf je 280 bbl. bei der Silar Formation 8 500 ft. und der Devon Formation 7 000 ft. unter der Erdoberfläche. Die gegenwärtige Produktion dieses Gebietes beträgt aus 5 Quellen 2 060 bbl. täglich. Die tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten liegen jedoch weit höher. Über die Reserven ist noch keine Schätzung möglich, da die Grenzen des Feldes noch nicht genau bestimmt sind.

Rhodesien wird selbständiger

Steigerung der Konsumgüter- und Agrarproduktion

Innerhalb des Umbruchs von Wirtschaften in der Welt gewinnen bei der rasch langsam aber stetig fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung des afrikanischen Kontinents auch Nord- und Süd-Rhodesien an Bedeutung.

Jene bis zum Jahre 1924 von der British-Südafrikanischen Kompagnie verwalteten Gebiete, von denen das 750 000 qkm große Nordrhodesien der britischen Krone verblieben ist, während sich das nur 385 000 qkm umfassende Südrhodesien heute selbst verwaltet, stehen vor einem Umbruch ihrer Wirtschaften. Zu eng sind Handel und Wandel dieser beiden Länder mit der englischen Wirtschaft verflochten, um nicht durch deren Ausstrahlungen in Fragen der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst zu werden.

Der Reichtum beider Länder liegt in ihrem Bodenschätzen. Allein im letzten Jahr haben Nordrhodesiens Einnahmen aus Kupfererzen 100 Mill. US-\$ betragen, während die Tabakernte nur rund 2 Mill. US-\$ eingebracht hat und die gleiche Summe darstellt, welche für die Einfuhr von Lebensmitteln aufgewendet werden mußte. Das besonders an Chrom und Asbest reiche und stärker industrialisierte Süd-Rhodesien bringen dem Lande neben der Gewinnung von Kohle, Gold und Silber die Haupteinnahmen an fremder - darunter insbesondere - Hartes - Valuta. Auf Grund eines vor wenigen Monaten mit England abgeschlossenen Fünfjahresabkommens ist Süd-Rhodesien zur jährlichen Lieferung von 70 Mill. Pfund Tabak verpflichtet, eine Aufgabe, welche arbeitstechnisch den Einsatz der Hälfte der Landarbeiter und mehrerer tausend Fabrikarbeiter erfordert.

Heute nun, da beide Länder einerseits durch das neue Außenhandelsprogramm Großbritanniens vor neuen Aufgaben hinsichtlich der Beschaffung von Verbrauchsgütern gestellt worden sind und andererseits Schwankungen der Weltmarktpreise für Metalle erwartet werden, die sich möglicherweise besonders für Nordrhodesien weniger ge-

winnbringend auswirken könnten, erörtern die Hauptstädte Livingstone und Salisbury die Frage, das Erzeugungspotential von Industrie und Landwirtschaft in ein Gleichgewicht zu bringen, um sowohl den Bedarf an Verbrauchsgütern als auch Nahrungsmitteln im eigenen Lande decken zu können. Die hierbei schwer ins Gewicht fallende Tatsache, daß ein fühlbarer, nahezu ungesunder Unterschied zwischen dem Umfang der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung besteht, wobei diese weit zurückfällt, stellen sich diesen Plänen zahlreiche andere Schwierigkeiten entgegen. Für die Landwirtschaft besteht ein akuter Mangel an Arbeitskräften, der in Süd-Rhodesien durch das erwähnte Tabakabkommen noch erhöht wird. Die für ganz Afrika bestehende mehr oder weniger fühlbare Verkehrsarmut wirkt sich nirgends mehr so als in den beiden Rhodesien, welche infolge ihrer politischen geographischen Lage keine landeseigenen Häfen besitzen. Der sich im britischen Besitz befindlichen Eisenbahn mangelt es an genügendem rollendem Material. Und weitere Hürden finden sich in der geringen Anzahl von Lastwagen, hohen Frachtraten, in Fragen der Bewässerung sowie in besonderen klimatischen und geographischen Verhältnissen u. a. m. Eine Entwicklung der Haupt- und Nebenindustrie aber erfordert neben genügendem Kapital das Wissen und Können von Europäern, die sich zwar in Nordrhodesien im Verlauf der letzten 15 Jahre auf 20 000 Seelen verdoppelt, in Süd-Rhodesien auf 100 000 Seelen verdreifacht haben, neben 1,6 Millionen bzw. 1,8 Millionen Eingeborenen aber immer noch nicht genügen, die ausgearbeiteten Industriepläne voll und ganz verwirklichen zu können.

Dem erst kürzlich gegründeten Zentralafrikanischen Rat, der sich insbesondere mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung beider Rhodesien befaßt, soll, falls so, abgesehen von seiner Hauptaufgabe der Verbesserung der Verkehrsverbindungen, ein reiches Arbeitsfeld zu.

Keine wirtschaftliche Not bei Krankheit

Unser Tarif **K** bietet bei Krankheitsbehandlung **10 RM** tägliches Krankengeld und weitere hohe Leistungen gegen einen Monatsbeitrag von 2,50 RM (einschließlich Krankenkasse)

Neue Welt
Bensbrunn
Hauptstr. 10 (Post-Markt)
normale Druckerei-Ring

IMPORT EXPORT

Werkstoffmaschinen
MASCHINEN
WERKZEUGE
Kraftfahrzeugzubehör
Kraftfahrzeugteile

ENGLER & CO.
OFFENBURG (Baden)
GROSSHANDLUNG
WASSERSTRASSE 4

Schönwitt
Schönwitt
Schönwitt

Große Kunst-Versteigerung in Bonn/Rhein

Dienstag, den 11. Mai 1948, 11 Uhr, im Haus Nr. 70, Schloßstraße 70, im befristeten Auftrag für die Güter, mitteilend gegen Besatzung:

Orient-Teppiche, über 70 Teppiche, Verblende und Decken (bis 4,00 x 5,25), Gemälde alter und zeitlicher Meister, Kleinfabrik, Porzellan, Kristalle, Zinn, Bronze, Silber- u. Messingwaren, Antike Möbel, (Katalog nur an schriftliche Anfragen)

Besichtigung am 11. Mai 1948, ab 8 Uhr, im Versteigerungssaal.

C. Klippen, Auktionator und Taxator, Bonn, Hauptstraße 11, Fernsprecher 2842

Entscheid. Versteigerungssachen werden laufend angenommen.

Hauptunterkunft nur bei rechtzeitiger Anmeldung gewährleistet!

CHINOSOL

Dieses Zeichen tragen seit mehr als 50 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und praktisch bewährten Erzeugnisse. Die „J-Eisen-Mark“ verleiht OÖe und Entwicklung.

CHINOSOL-FABRIK A.G. HAMBURG

SCHAUMMITTEL EMULGATOREN

für Chem.-Techn. Industrie
Kosmetik, Pharmazie
Metall-Industrie und Spezialwecke

K. H. LUBCKE
Fabrik chem. Industriehilfsmittel
Großhandel - Export
Leipzig C 1, Postfach 334

ATELIER RETUSCHEN ENTWÜRFE

BRUNNEN-MASSIV
KUNSTSTOFF-PLASTIK
KUNSTSTOFF-PLASTIK

BRAND
STUTTGART-BOTTING
PROBERGSTRASSE 4
70101

LUKULU

ALLE ERSTES

Welt-Autoproduktion 40% über Friedensstand

Erzeugungszunahme bei Lastwagen viel stärker als bei Personenwagen

ms. Für das Jahr 1947 liegen jetzt für die führenden Länder in der Welt-Autoproduktion die Ergebnisse vor. Diese fünf Länder - USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich und die Tschechoslowakei - waren 1938 mit 63,6% und 1946 mit 98,1% an der Welt-Autoproduktion (ohne UdSSR) beteiligt, so daß die Steigerung der Automobilherstellung in diesen Ländern ein weitgehend einwandfreies Bild der Entwicklung der Welt-Autoproduktion gibt. Die Produktion dieser fünf Länder liegt 1947 mit insg. 5.643.200 Automobilen (Personen- und Lastkraftwagen) um 41,1% über der Weltproduktion (ohne UdSSR) von 1938 und um 48,4% über derjenigen von 1946. Die Produktion der fünf Länder betrug 1938 (Personen- und Lastwagen zusammen) 3.343.800; 1946: 3.729,9; die Weltproduktion stand 1938 auf 3.999.300 und 1946 auf 3.802.900.

Für 1938 sind noch als wesentliche Automobil-Produzenten zu nennen: Deutschland mit 342.000, die UdSSR mit 238.000, Italien mit 66.600 und Japan mit 70.000 Stück, von denen heute verblieben nur noch die UdSSR stärker ins Gewicht fallen. Nach den Plannzahlen muß die Produktion der UdSSR wesentlich gestiegen sein. Nach dem Zentral-Statistischen Amt der UdSSR hat die russische Automobilindustrie die für 1947 vorgesehenen Plannzahlen um rund 30% überschritten.

Die Vereinigten Staaten haben in den beiden Nachkriegsjahren ihre führende Stellung in der Welt-Automobilindustrie noch wesentlich gesteigert. Entfallen 1938 rund 62% der Welt-Autoproduktion auf die USA, so 1947 fast 80%. Die USA konnten ihre Automobilherstellung 1947 im Vergleich mit 1938 fast verdoppeln, Kanada steigerte sie um etwa 57%, Großbritannien erreichte 1947 beinahe wieder seine Leistung von 1938, während Frankreich und die Tschechoslowakei noch mehr oder weniger hinter der Produktion von 1938 zurückblieben.

Die Steigerung der Lastkraftwagen-Produktion ist in allen Ländern wesentlich größer als die der Personenkraftwagen auf 1938 bezogen, so daß die Lastkraftwagenproduk-

tion in den erfaßten Ländern 1947 beträchtlich über dem Stande von 1938 liegt. Im Vergleich mit 1946 macht sich jedoch schon eine wesentliche Verschiebung zugunsten der Personenkraftwagen geltend, deren Produktion auch allgemein von 1946 zu 1947 prozentual erheblich stärker zugenommen hat als die der Lastkraftwagen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen.

In allen Ländern sind die Personenkraftwagen stark über-

beiden 40-PS-Modelle „Devon“ und „Dorset“ wurden im letzten Herbst besonders für den amerikanischen Markt herausgebracht. Sie werden in New York für 1500 und 1600 Dollar verkauft. Die Aufträge für die größeren „Sheerline“- (4500 Dollar) und „Prince“- (6000 Dollar)-Modelle sind im Steigen. Der „Vanguard“ der Standard Car Co. Ltd. wird für weniger als 2000 Dollar verkauft. Einem Übereinkommen mit der American Ford zufolge wird die Ford Motor Co. Ltd. in diesem Jahr

Produktion (in 1000 Stück)

Land	1938		1946		1947	
	Personenwagen	Lastwagen	Personenwagen	Lastwagen	Personenwagen	Lastwagen
USA	3.001,0	488,1	2.148,7	940,8	3.538,1	1.238,3
England	341,9	103,9	219,2	146,1	282,9	154,3
Kanada	125,8	42,5	92,5	79,8	144,1	91,7
Frankreich	179,8	37,4	30,4	45,0	66,3	46,8
Tschechoslowakei	12,4*	4,0*	3,8	3,2	9,4	5,3
Insgesamt	3.472,2	667,4	2.494,4	1.254,7	4.066,9	1.596,4

* Tschechoslowakei 1937 statt 1938.

alziert. Selbst in den Vereinigten Staaten ist das Durchschnittsalter der in Betrieb befindlichen Wagen um rund 10% höher als in den Jahren vor dem Krieg. In Europa und in den anderen Überseegebieten ist die Überalterung noch wesentlich größer als in den USA. Es werden hier erst nach und nach wieder normale Verhältnisse eintreten. Durch Errichtung von Zweigfabriken und Montagebetrieben in fast allen Ländern der Welt sucht die USA-Automobilindustrie ihre weit überragende Stellung in der Welt-Automobilwirtschaft zu sichern und weiter auszubauen.

Englische Kraftwagen am USA-Markt

Dem britischen Kraftwagen ist die Aufgabe zugefallen, durch ein Eindringen in den amerikanischen Markt Englands Dollarbilanz zu verbessern zu helfen. Bisher haben ja bereits mehrere britische Firmen ihre Wagen nach den USA gebracht und vor allem mit ihren billigen Modellen gute Abschlüsse erzielt. Die Austin Motors Co. Ltd., Birmingham, hofft in diesem Jahre 12.000 Wagen absetzen zu können und diese Zahl im kommenden Jahre auf 18.000 zu steigern. 100 Händler arbeiten für sie. Die

6000 „Anglia“- und „Perfect“-Modelle und leichte Lastkraftwagen nach den USA liefern. Die Gesamtproduktion von Nutzfahrzeugen „MG“ wird in diesem Jahre nach USA gehen. Man rechnet damit, über 1000 dieser kleinen Sportwagen zu einem Preis von 2.400 Dollar zu verkaufen. Zu den vorgenannten britischen Firmen, die bereits seit Jahren am ame-

Dänemarks Anteil am Marshall-Plan

England mit dänischem Import unzufrieden

Kopenhagen. In dem Vorschlag über die Bewilligungen der Marshall-Hilfe an die 16 Marshall-Länder und Westdeutschland ist der Anteil Dänemarks am europäischen Wiederaufbauprogramm auf 169,4 Mill. \$ = 814 Mill. dkr bemessen. Für die ersten 15 Monate rechnet der Administrator des Marshall-Planes jedoch mit Verfügungen für insgesamt 265,3 Mill. \$ = 1.276.000 dkr nach Dänemark. Hiervon würde Dänemark selber 24,1 Mill. \$ durch eigene Dollar-Einnahmen decken, während es 62 Mill. \$ durch Anleihen und Kredite zu decken hätte. Für 9,9 Mill. \$ ist keine Deckung angegeben. Für die ersten 12 Monate beträgt der Vorschlag 130,8 Mill. \$. Für die 15 Monate verteilen sich die dänischen Zuteilungen (in Mill. \$) auf folgende Warengruppen:

Schl. und Futtermittel	20,3
Fell- und Fellstoffe	12,5
Obuchen und Fußwaren	23,3
Trockenstoffe	0,2
Reis	0,2
Kaffee	0,5
Andere Lebensmittel	1,8
Tabak	7,6
Baumwolle	4,8
Kunststoffe	1,6
Landwirtschaftsmaschinen	2,3
Kohle	12,0
Ferroschmelzprodukte	23,0
Stahl	4,1
Stahl	11,8
Lastkraftwagen	5,5
Stahlwaren	0,3
Elektrische Ausrüstungen	0,5
Stahl	1,1
Chemikalien	2,4
Maschinen	9,4
Fahrzeuge	2,8
Anlagen zur Baumwollverarbeitung	2,7
Verstärkungen	6,7

In den dänischen Wirtschaftskreisen legt man großes Gewicht auf die Erklärung, die der Administrator des Marshall-Planes gegenüber dem amerikanischen Kongress abgegeben hat: daß die Bewilligungen in Höhe von 5.300 Mill. \$ sich augenblicklich als ungenügend erweisen würden, und daß zu hoffen sei, daß in allen den Ländern, die unter das Hilfsprogramm fallen, eine gesteigerte Produktion durchgeführt werden könne, wenn auch noch nicht sicher sei, wie man das erreichen könne.

Man ist in Dänemark darauf eingestellt, daß noch eine gute Weile bis zur Ankunft der ersten Marshall-Waren vergehen könne. Zunächst könne man wahrscheinlich Mineralöl, Düngstoffe, Margarine-rohstoffe, Baumwolle, etwas Tabak und Futtermittel erwarten. Bei den Vereinbarungen über den Import Dänemarks an eigentlichen Dollar-Waren habe man die Dollar-Hilfe schon in gewissem Grade im voraus diskontiert. Es dieser Import nicht so stark reduziert worden sei, wie die Devisenlage des Landes es eigentlich erfordere. Man rechnet damit, daß die Marshall-Hilfe sich im nächsten halben Jahr effektiv auswirken werde, daß die Viehbestände dann wieder ergänzt werden könnten und der Export von Landwirtschaftserzeugnissen sich bedeutend erweitern lasse. Entsprechende Hoffnungen hegt man mit Bezug auf die Entwicklung des industriellen Exports und die Verbesserung der Fabriken und Anlagen. Ferner rechnet man damit, daß die Zufahren von Mineralöl, die Produktion von inländischem Heizungsmaterial für den Sommer 1949 überfällig machen werden. Seit Beginn des Krieges war in den wichtigsten Arbeitsmessen im Sommer eine große Zahl von Arbeitskräften in Torfmooren und Braunkohlengruben gebunden. Sobald diese Produktion abgewickelt werden kann, werden die Kräfte frei und können für produktive Aufgaben eingesetzt werden, erklärt die Kopenhagener Zeitung „Politiken“. Abgesehen von die-

se amerikanischen Markt tätig sind, ist neuerdings die Rotos Securities Ltd., Coventry, hinzugekommen, die damit rechnet, mit Hilfe der mit amerikanischem Kapital errichteten Rotos Motor, Inc., 3000 Wagen in 1948 in den USA verkaufen zu können. Die Firma setzt ihre größten Hoffnungen auf ihren Hillman-Minor Sedan mit Klappverdeck zu 2195 Dollar und einen Lastwagen von 2350 Dollar. In kleinerem Umfang finden auch die teureren Modelle von Rolls Royce, Daimler, Armstrong, Siddeley, Riley und Healy am USA-Markt Absatz, aber es ist nun doch einmal der billigere Auslandswagen, der dort besseren Absatz findet.

Bis jetzt haben die französischen und italienischen Wagen den britischen im Amerikageschäft keine Konkurrenz gemacht. Renault hofft, in diesem Jahre ihren Absatz auf 2000 bis 3000 Wagen steigern zu können. Voraussichtlich wird ein kleiner Modell für 1350 Dollar hierbei den Hauptanteil haben. Gekauft werden auch der französische Simca und der italienische Fiat. 1947 wurden in den USA 150 Sportwagen der Alfa Romeo Co. verkauft. In diesem Jahre bietet diese Gesellschaft einen großen Rennwagen, den „Golden Arrow“, für 15.000 Dollar an.

In britischen Regierungskreisen rechnet man damit, daß der Absatz britischer Wagen in den USA in diesem Jahre auf 20.000 steigen wird. Das würde eine Deviseneinnahme von schätzungsweise 24 Millionen Dollar bedeuten gegen 1,4 Millionen Dollar in 1947.

Den ersten deutschen Fahrdrer Kopenhagen. Wie „Nationaltidende“ mitteilt, erwarb kürzlich Dänemark die ersten 5000 deutschen Fahrdrer von der Doppelzone, während allgemein die zünftigen Hoffnungen auf einen lebhafteren Handelsverkehr mit der Doppelzone bisher nicht in Erfüllung gegangen sind. Im Februar importierte Dänemark für 10 Mill. dkr von dort 9 Mill. dkr entsetzten davon allein auf Koble. Der dänische Export nach Deutschland belief sich im Februar ebenfalls auf nur 9 Mill. dkr. Mit der russischen Zone besteht nur ein ganz geringfügiger Warenzutausch.

Britisch-dänische Unstimmigkeiten

Kopenhagen. In der Fragestunde im englischen Unterhaus richtete, wie der Londoner Korrespondent der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ meldet, der konservative Major H. R. Spence einen Angriff auf Dänemark, das er beschuldigte, seine Verpflichtungen auf Grund des neuen britisch-dänischen Handelsabkommens nicht zu erfüllen. Spence erklärte, die englische Regierung verhalte sich beim Abbruch und bei der Durchführung der Handelsabkommen fahrlässig und gleichgültig. Die Dänen importieren, so behauptete er, nicht, wie vereinbart, fertigmachte Kostime aus England. Im Namen der Regierung beantwortete der Unterstaatssekretär für den überseeischen Handel, Mr. A. G. Bottomley, die Behauptungen Spences. Erst vor wenigen Tagen, so erklärte er, habe er dem dänischen Handelsminister mitgeteilt, Butter, Bacon und Eier seien zwar wichtige Waren für England, aber sie seien bei weitem nicht so wichtig wie die Koble, der Stahl und die Maschinen, die England an Dänemark liefert. „Sofort sei nicht auch ein gewisses Interesse für weniger bedeutungsvolle Warengruppen zeigen, mit denen wir es früher immer versorgt, die sie aber jetzt von anderen Ländern beziehen, müssen wir sagen, daß wir keine Handelsabkommen mehr mit diesen Ländern treffen können.“

Zu diesen Äußerungen des englischen Exportministers bemerkte „Politiken“, „Als Mr. Bottomley vor kurzem Kopenhagen besuchte, war es kein offizieller Besuch zum Zwecke von Verhandlungen. Es wurde aber bald bekannt, daß er tatsächlich recht wichtige Fragen mit dem dänischen Handelsminister Jens Krug zu besprechen hatte, und daß es sich dabei hauptsächlich um den englischen Wunsch handelte, den Export von Fertigwaren nach Dänemark in Gang zu bringen, schnell und in einem größeren Umfang, als wir es uns mit Rücksicht auf unsere schwierige Lage gedacht hatten. Soviel bekannt, teilte Handelsminister Krug Mr. Bottomley mit, daß wir zur Zeit im Begriff sind, eine Liste von Fertigwaren auszuarbeiten, die aus England eingeführt werden können, unter Festsetzung einer Art take-or-pay-Ordnung, entsprechend derjenigen, die für den Import Englands an dänischen industriellen Fertigwaren gilt. Eison wie großen Umfang dieser take-or-pay-Ordnung wird, ist noch nicht bekannt. Er wird aber wohl näher bei 50 Mill. dkr liegen als bei 200 Mill. dkr, dem Betrag, für den die Engländer uns seinerzeit Fertigwaren von geringerer Bedeutung für unseren Bilanzplan zu verkaufen wünschten.“

Der Arbed-Konzern 1947

Produktion um 50% gestiegen - Verdoppelter Reingewinn

LUXEMBURG. Der Geschäftsgang des Arbed-Konzerns (Vereinigte Eiswerke Burbach - Eich - Düdelingen [Arbed] in Luxemburg) im Jahre 1947 war im großen ganzen befriedigend. Wie der Verwaltungsbericht für 1947 im Gewinn- und Verlustkonto hervorhebt, betrug der Rohgewinn 344 Mill. Fr. gegen 318 Mill. im Jahre 1946. Die Verteilung dieses Gewinns war folgendermaßen: für Abschreibungen und Immobilisierungsabschreibungen auf 120 Mill. Fr., für Soziallasten beliefen sich auf 28 (28) Mill. und als verteilbarer Reingewinn wurden 196 (189) Mill. Fr. reserviert. Die Aktionäre erhielten pro Anteilchein 279 Fr. brutto oder 231 Fr. netto gegen 220 resp. 180 Fr. im Vorjahr.

Der Bericht des Verwaltungsrats macht dann längere Ausführungen über den Gang der Geschäfte im Jahre 1947. Es wird darauf hingewiesen, daß die Versorgung mit Koks sich im Laufe von 1947 zusehends besserte und daß infolgedessen auch die Stahlherzeugung scharf in die Höhe ging, obwohl sie doch weit hinter der Produktionskapazität zurückblieb. An Thomas-Rohstein erzeugte die Arbed im vergangenen Jahr 1.261.721 t gegen 928.711 t in 1946, an Thomas-Stahl 1.222.233 (121.681) und 994.207 t (949.720) Walzprodukte, d. h. 53 bis 59% der Produktion von Rekordjahr 1937, das noch immer bei weitem das beste in den Annalen der luxemburgischen Eisenindustrie bleiben wird. Von 17 Hochöfen waren 1947 unter Feuer. Der Bericht führt dann Klage über die Unmöglichkeit, die luxemburgischen Eisenerze rationell zu verwerten. Tatsächlich sind in der Arbed-Produktion für 1947 nicht mehr als 19% luxemburgisches Eisen enthalten, weil dasselbe nicht stark genug eisenhaltig ist (28 bis 30%), während man wegen der Koksknappheit nur die hochwertigen Eisenerze aus Schweden und zum Teil aus Frankreich verwerten kann. Der natürliche Vorteil, welchen die luxemburgische Minette infolge ihrer geringen Entfernung von den Hoheöfenwerken bei der Verhüttung im Lande bietet, kann aber wegen ihres geringen Eisengehaltes nur in beschränktem Maße in den luxemburgischen Hoheöfen verwertet werden, und das Erz aus Schweden und Frankreich verteuert die Gesteinskosten. Darin liegt eine Gefahr für die Zukunft der luxemburgischen Eisenindustrie. Das weitere wird die bedeutende Preissteigerung für Verbrauchsmaterialien, Koks an erster Stelle, sowie das beständige Anwachsen der Lebenshaltungskosten hervorgerufen, was in einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der Löhne, der Gehälter und der Soziallasten zum Ausdruck kam. Diese Reize erschwerten noch die Spannung, welche auf diesem Gebiete schon länger zwischen den luxemburgischen und den ausländischen Hoheöfen bestand. Die luxemburgischen Eisenerze wurden Anfang 1948 so stark herabgesetzt, daß sie fast dreimal höher sind als die belgischen. Unter diesen Umständen mußten die Gesteinskosten, statt sich abzuschwächen (erhöhte Produktion), stark in die Höhe gehen und geführt auf der jetzigen Höhe den Export.

Auf der saarländischen Abteilung Burbach konnte die Produktion leicht gesteigert werden. Im März wurde ein zweiter Hochofen angezündet. Die Einführung des französischen Franzens zum Ausbruch kam. Diese Reize erschwerten noch die Spannung, welche auf diesem Gebiete schon länger zwischen den luxemburgischen und den ausländischen Hoheöfen bestand. Die luxemburgischen Eisenerze wurden Anfang 1948 so stark herabgesetzt, daß sie fast dreimal höher sind als die belgischen. Unter diesen Umständen mußten die Gesteinskosten, statt sich abzuschwächen (erhöhte Produktion), stark in die Höhe gehen und geführt auf der jetzigen Höhe den Export.

Zufolgend gewisse auf Gegenseitigkeit aufgetauchte Lieferverträge abgeschlossen haben, sowie für die großen Auslandsmärkte. Der Bedarf ist noch immer groß und übertrifft die größeren Tonnagen.

„Unsere mittleren Verkaufsprize“, so heißt es weiter, „sind festgehalten geblieben. Trotz der Höhe der Gesteinskosten haben die Erhöhung unserer Ausfuhr und die Einkünfte aus unseren Beteiligungspartizipante die Erzielung eines leicht höheren Gewinnes ermöglicht. Dieser Gewinn und dieser verhältnismäßig sehr beschlossene Dividendenumschüttung (im Vergleich zu den investierten Kapitalen) sind der allgemeinen Teuerung bei weitem nicht gefolgt. Die Ausführung unserer großen Wiederaufbauarbeiten wurde im Jahre 1947 aktiviert. Im Anbetracht wird auf dem Werk in Burbach die Erneuerungsanlage errichtet. In den Vereinigten Staaten sind die Maschinen bestellt worden, welche zur Errichtung des neuen Blechwalzwerks auf der Abteilung in Dödelingen notwendig sind. Es umfaßt einen Raum von vier Hektar und kommt voraussichtlich 1950 in Betrieb. Das alte Blechwalzwerk hat sich überlebt sowohl in bezug auf die Qualität des gewalsten Bleches als auch in bezug auf die Gesteinskosten. In Burbach waren die Kriegsschäden sehr groß, und es bleibt in diesem Hinsicht noch viel zu tun übrig.“

Aus der Bilanz: Die immobilisierten Aktiva haben Ende 1947 einen Wert von 197 Mill. Fr. gehabt, gegen 184 Mill. Fr. Ende 1946. Die Gesellschaft unternahm 1947 die Ausführung gewisser Modernisierungsarbeiten für 87 Mill., wovon 20 Mill. abgeschrieben wurden. Die Rohmaterialien und Warenbestände hatten Ende 1947 einen Wert von 72 Mill. gegen 32 Mill. Ende 1946. Die Zunahme von 40 Mill. ist zurückzuführen auf die Erhöhung der Produktion sowie auf die Erhöhung der Einzelnettopreise. Die ausstehenden Guthaben nahmen um 473 Mill. auf 200 Mill. Fr. zu, was mit der Entwicklung der Geschäftstätigkeit im Jahre 1947 zusammenhängt. Der Posten für Kriegsschäden blieb bei 298 Mill. fast unverändert.

Über die deutschen Arbed-filialen hat sich der Bericht kurz folgendermaßen aus: Felten-Guilliesum e Carlsberg bei Köln: Die Produktion wurde wieder aufgenommen und in allen Abteilungen der Konzerns vermehrt, obwohl der Kohlenmangel recht fühlbar war. Die Ausbesserung der Kriegsschäden wurde energisch fortgesetzt. Seit Ende Dezember 1947 sind die Angehörigen der Alliierten Nationen in Deutschland, welche die Aktienmehrheit in deutschen Industriegesellschaften besitzen, ermächtigt worden, zur Wahrung ihrer Interessen direkte Vertreter in diesen Gesellschaften zu ernennen. Es ist zu hoffen, heißt es weiter, daß die Besatzungsmächte auf diesem Wege weitergehen und in nächster Zukunft die Eigentümer ganz in ihre Rechte wieder einsetzen werden.

Eine ähnliche Bemerkung wird über den Eschweiler Bergwerks-Verein gemacht. Die finanzielle Lage ist sehr schlecht, und der Betriebsverlust nimmt zu, da der Verkaufspreis der Koble wesentlich niedriger als der Gesteinskosten ist. Die Ausbesserung der Kriegsschäden schreitet normal vorwärts, doch wird die Fortführung durch die schwierige Beschaffung von Rohmaterialien behindert.

WIRTSCHAFTSREVUE STEUER

Steuerliche Behandlung von Schwarzhandelskäufen

Ein Gutachten der Industrie- und Handelskammern

Personallen

Generalkonsul Dr. Ernst Schöen von Wildenegg, Lippstadt, wurde durch Verlegung der britischen Militärregierung zum Treuhänder des in der britischen Zone befindlichen Vermögens der Sächsischen Bodenkreditanstalt, Dresden, bestellt.

Dr. Joseph Wiehen, Oldenburg, wurde zum Treuhänder über das in der britischen Zone befindliche Vermögen der Deutschen Zentralbodenkredit A.-G., Berlin, bestellt.

Zum Treuhänder der Deutschen Hypothekendarlehen AG, Berlin, mit Verwaltungsstelle für die britische Zone in Hameln, wurde Aug. Schmale, Hameln, von der Property Court ernannt. Dem Verwaltungsrat der neuen Hamburgischen Landeszentralbank gehören auf Grund der vom Hamburger Senat durchgeführten Ernennungen an: Dr. Brinkmann als Vorsitzender, Dr. Classen als stellvertretender Vorsitzender, Dr. Everling als Vertreter der gewerblichen Wirtschaft, Neuherr für die Landwirtschaft, Kummernuß für die Arbeiter und Angestellten, Fegefeld für die öffentl.-rechtl. Kreditinstitute, Bedthoff für die privaten Kreditinstitute, Pelsold für die genossenschaftlichen Kreditinstitute und Dr. Busch als Leiter der Hamburger Bankenaufsichtsbehörde.

Der Aufsichtsrat der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft AG (Esso), Hamburg, wurde in einer außerordentlichen Generalversammlung neu gewählt. Es gehören ihm an: Dr. E. Brinkmann als Vorsitzender, Paul Harrel als stellvertretender Vorsitzender, ferner Heinrich Hensberg, In den Vorstand wurde als Vorsitzender Gerhard Geyer, als stellvertretender Vorstand der Albert Wangenberg sowie Heinrich Bremer und Dr. Arno Eckardt neu bestellt.

Bei der Fortlandementwerke „Stegfried“ Salsrieden KG, Salsrieden/Hann., ist Direktor Karl Böhm in Höhe von der Norddeutschen Zement J.-G. als persönlich haftender Gesellschafter in die Firma eingetreten. Zu Prokuratoren wurden bestellt die Direktoren Dr. Eberhard Franke, Ferdinand Hoppe und Kurt Osterwald, sämtliche von der Norddeutschen Zement J.-G.

In den Aufsichtsrat der Norddeutschen Allgemeinen Versicherungs-A.G. wurden ernannt Dr. Ing. Hans Drewe, Berlin, Hermann Reichardt, Aschaffenburg, Josef Wesseling/Rh., Dr. Hellmuth Lohs und Dr. Gerhard Schmidt, beide Berlin.

Der Inhaber der Firma G. Kern & Sohn, Wagenfabrik in Oberndorf, Fabrikant G. Sauter, konnte seinen 9. Geburtstag begehen. Fabrikant Albert Padberg, Gründer und Oberchef der Spezial-Farbhend-Fabrik Albert Padberg in Wuppertal-Sonnborn, ist im Alter von 73 Jahren verstorben.

Bei Lohnsteuerpflichtigen, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden und laufend Aufwendungen aus zerbildeten Grundbesitz haben, deren keine Einnahmen entgegennehmen, kann auf Antrag ein steuerlicher Betrag wegen außergewöhnlicher Belastung nach § 53 EStG und § 25 LStDB, gemäß Erl. des FLS, Hamburg vom 14. 6. 1947, gewährt werden.

Führen Berichtigungsvorgänge zu abzugsfähigen Mehrsteuern, so können diese zu Lasten des Wirtschaftsjahres verbucht werden, in dem der Steuerpflichtige mit der Nachforderung rechnen kann. Auf Antrag dürfen die Mehrsteuern aber auch in dem Jahr berücksichtigt werden, in das die wirtschaftlich gebührende hinterzogene Mehrsteuer.

In der britischen Zone wird eine durch Kriegsergebnisse verursachte Buchführung für Zwecke des Verlustvertrags anerkannt, wenn durch eine detaillierte Erklärung von Angehörigen oder sonstigen durch den Steuerpflichtigen selbst gleichmäßig nachgewiesen wird, daß die vernichtete Buchführung in Ordnung ist und die Zeit nach der Vernichtung der bisherigen Buchführung wieder eine ordnungsgemäße eingeleitet worden ist.

Rücklagen für Ersatzbeschaffung, die bei Verlust eines Wirtschaftsguts durch Brand, Kriegsschäden oder behördlichen Eingriff steuerfrei gebildet werden können, sind aufzulösen, wenn die Anschaffung oder Herstellung eines Wirtschaftsguts weder vorgenommen noch in Aussicht genommen worden ist. Hinsichtlich der Rücklage der Anschaffungskosten des Ersatzwirtschaftsguts überläßt es sich dem Zeitpunkt, in dem die obere Finanzbehörde die Auflösung bestimmt.

Ausgaben der Pächter und Auszubildenden für Ersatzbeschaffung von Werkzeugen können nur in den Fällen als außergewöhnliche Belastung Berücksichtigung finden, in denen die besondere Lage des betroffenen Steuerpflichtigen größere Aufwendungen erforderlich macht als der Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse, gleicher Vermögensverhältnisse und gleicher Familienverhältnisse anfallen (Erl. des Finanzministers Württemberg-Baden vom 3. 10. 47).

In dieser Spalte geben wir unseren Lesern Hinweise auf die wichtigsten Ereignisse im Steuerwesen.

Beröber blaus werden die nur kurz erhaltenen Fragen in einem Beilagen, das der Fortbesitzer der Wirtschaftsprüfung abgegeben werden kann, in aller Ausführlichkeit und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit behandelt. Diese Ausgabe „D + S“ ist zum erstenmal mit unserer Nummer 18 erschienen. Wer von unserer Fortbesitzer Interesse an dieser Ausgabe „D + S“ hat, sende sie bei uns anfordern. Der Zuschlag zum Abonnementpreis beträgt vierteljährlich RM. 4.—

Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer können Steuerpflichtige mit Einkünften aus Löhnen, Gehältern und freien Berufen einen festen Freibetrag für besondere Aufwendungen von RM 700.— abziehen, sofern das Einkommen den Betrag von RM 3.000.— nicht übersteigt. Für die Angehörigen der freien Berufe beträgt die Erhöhung der Einkommensteuer gegenüber dem Stand vom 8. 3. 41 nunmehr ebenso wie für die übrigen Einkommensteuerpflichtigen 15 %.

Ferner beträgt KRO Nr. 61, daß die Lohnsteuer, die auf Grund dieses Gesetzes zu zahlen ist, in keinem Fall weniger als 110 % und die veranlagte Einkommensteuer nicht weniger als 115 % der Steuerhöhe zu betragen hat, die gemäß dem am 8. Mai 1945 bestehenden Satzen angesetzt wurde.

Mit Wirkung ab 1. 1. 1948 wird wieder eingeführt:

- a) die Steuerfreiheit für Aufwandserschuldungen und Reisekosten an öffentlichen Kassen (§ 3 Ziffer 14 EStG 1939),
b) die ungeschränkte Abzug von Beilagen zu Betriebsausgaben (§ 9 EStG 1939).
Der Steuerpflichtige ist mit seiner Veranlagung, ohne daß jedoch eine Leistung, die zur Befriedigung einer verjährten Steuerforderung erfolgt, zurückgefordert werden könnte. Diese Befreiung entfällt jedoch nur dann, wenn die verjährte Steuerforderung bezahlt wird, während ein Erlösanspruch nach § 152 AO besteht, wenn die verjährte Steuerforderung beigetrieben wurde.

Auf Grund des FMS 5 2220 - 15007 I - V vom 21. 1. 1948 gelten die Lohnsteuerkarten 1947 auch für die Berechnung der Lohnsteuer im Kalenderjahr 1948. Die auf den Lohnsteuerkarten 1947 vom Finanzamt vermerkten Freibeträge werden erhöhter Werbungskosten und Sonderausgaben für das Kalenderjahr 1948 neu bearbeitet werden. Eine ähnliche Regelung ist in den nächsten Tagen auch in den anderen Ländern zu erwarten.

Es ist in Aussicht genommen, die Erhebung der Gewerbesteuer ab 1. 1. 1948 wieder den Gemeinden zu übertragen. Die künftige, häufig werdenden Gewerbesteuerverordnungen sind daher an die Gemeinden zu richten und nicht mehr an die Finanzämter. Der Vorauszahlungstermin vom 10. 2. 1948 ist auf den 10. 3. 1948 verlegt.

FLS-Erlaß vom 17. 2. 1947 Nr. 16.144, Nachlassengläubiger mit einem Einkommen von weniger als RM 40.000.— sind auch dann nicht zur Einkommensteuer zu veranlagern, wenn die Lohnsteuer zu einem erheblichen Teil aus einmaligen Bezügen besteht, die nach § 35 LStDB nur mit 5 % versteuert worden sind.

Die Ausgleichsangelegenheit ist auf Anordnung der britischen Militärregierung für das Jahr 1947 zu erheben. Der Umlagebetrag beträgt 25 % des einheitlichen Gewerbesteuerbeitrages. Die Umlage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Umlagebescheides zu entrichten.

Ein „Erster Umsatzsteuer-Jahresanlaß“, veröffentlicht in „Steuer- und Zollblatt“ vom 17. 12. 47, bringt eine Zusammenfassung der heute gültigen Umsatzsteuerrechts.

Die Teilrätze der Anlagen A und B des KRO Nr. 12 werden für die Berechnung als Maßstab der Einkommensteuer gekürzt, und zwar bei Steuerklasse I um 35 %, bei Steuerklasse II um 10 %, bei Steuerklasse III um 10 %, bei Steuerklasse IV um 20 %, bei Steuerklasse V um 30 %, bei Steuerklasse VI um 40 %, bei Steuerklasse VII um 50 %.

Mit Entlassung des bayerischen Ministerpräsidenten vom 5. 7. 1948 sind die bayerischen Staatsfinanzen sowie die nichtstaatlichen Kassen angeordnet, Vorzustellungen an Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, der Länder, der Gemeinden, von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die ihre Bezüge von ihren zutreffenden Kassen infolge der Kriegsergebnisse nicht erhalten konnten, nachzuschicken.

OFN-Urteil vom 8. 9. 1947 - II 70/43 S. ist auf Grund eines Erbrechts ein Gebäude errichtet und geht dieses anlässlich der Aufhebung des Erbrechts auf den Grundbesitzbesitzer über, ist unterliegt dieser Übergang der Grunderwerbsteuer.

Durch das KRO Nr. 55 vom 20. 10. 1947 ist die KRO Nr. 13 „Änderung der Vermögenssteuer-Gesetze“ geändert worden. Danach ist der Begriff „Rathparsonskirchen“ aufgehoben und durch die Aufzählungen in den §§ 1. und 2 VStO vom 16. 10. 1944 ersetzt worden.

In Nr. 14 vom 1. 4. brachten wir einen Aufsatz aus sachverständiger Feder über die Bilanzierung von schwarz gekauften Betriebsmitteln, der eine von den Finanzämtern abweichende, sich aber mit unserer Auffassung vollkommen deckende Ansicht vertrat. Zu den gleichen Ergebnissen kommt das Gutachten, das Gegenstand des folgenden Artikels ist.

Baden-Baden. Die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen den Unternehmer oft dazu, für die Fortführung oder Aufrechterhaltung seines Betriebes dringend notwendige Wirtschaftsgüter des Anlage- und Umlaufvermögens auf illegalem Wege zu erwerben. Diese Erwerbe erfolgen entweder gegen Entrichtung überhöhter (Schwarzhandels-)Preise oder im Wege von Kompensationsgeschäften. Über die Behandlung derartiger Schwarzhandelskäufe in steuerlicher Hinsicht haben die Industrie- und Handelskammern des französischen Südbadens Ende März 1948 ein Gutachten der Sachverständigen Dr. Hof und Dr. Schatz in Säckingen veröffentlicht, das grundlegend erscheint.

In dem Gutachten heißt es: Für das Steuerrecht ist es ohne Bedeutung, daß solche Geschäfte gesetzlich oder moralisch nicht zulässig sind. Hier ist allein die wirtschaftliche Betrachtung maßgebend. Es steht außer Zweifel, daß Einnahmen aus Schwarzhandelskäufen in der Buchhaltung genau so zu behandeln sind, wie die Einnahmen aus den übrigen Geschäften, das heißt, sie müssen ordnungsgemäß verbucht werden.

Was für die Einnahmen gilt, ist aber in ebenso gleicher Weise auch für die Ausgaben für Schwarzhandelskäufe maßgebend. Mancher Unternehmer wird eine gewisse Abneigung dagegen empfinden, diese Art von Geschäften durch seine Geschäftsbücher laufen zu lassen und sie lieber „auf andere Weise“ behandeln wollen. Diese Ansicht ist unklar. Durch die Behandlung „außerhalb der Buchführung“ verliert seine Buchführung den Charakter der Ordnungsmäßigkeit und damit die Beweiskraft. Die hieraus entstehenden Nachteile können unter Umständen sehr erheblicher Art sein, z. B. Verlust der Steuerfreiheit bei nicht entnommenem Gewinn, Unmöglichkeit des Verlustabzuges, Schätzung des Gewinns durch das Finanzamt, evtl. Unterstellung von Steuerhinterziehung usw. Das Finanzamt ist zu strengster Geheimhaltung verpflichtet, außerdem obliegt ihm lediglich die Steuererhebung und nicht die Rolle eines Sitten- oder Strafrichters.

Aktivierung des Überpreises

In steuerlicher Hinsicht ist die Rechtsgrundlage folgende: § 5 Abs. 2 StAnpG bestimmt: „Die Besteuerung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein Verhalten, das den steuerlichen Tatbestand erfüllt, gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die

guten Sitten verstößt.“ Unter Zugrundelegung dieses allgemeinen Grundsatzes ergibt sich, daß die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes anzuwenden sind. Nach § 4 Abs. 4 des EStG sind Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt sind, als Betriebsausgaben abzugsfähig. Erstreckt sich die Nutzung der durch diese Betriebsausgaben angeschafften Wirtschaftsgüter auf mehr als ein Jahr, so sind dieselben zu aktivieren und der Anschaffungswert entsprechend der Nutzungsdauer auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit bleibt allerdings, daß diese Ausgaben ausschließlich durch den Betrieb und nicht auch — wenn auch nur teilweise — durch private Interessen bedingt sind.

§ 6 EStG bestimmt, daß die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens grundsätzlich mit den Anschaffungskosten — also auch mit den bezahlten Überpreisen — zu aktivieren sind. Beispiel: Wird eine Maschine, die normalerweise 2000 RM kosten würde, heute für 6000 RM angeschafft, so ist sie mit 6000 RM zu aktivieren. Die Abschreibungen sind auf die allgemeine Nutzungsdauer zu verteilen und auf 6000 RM vorzunehmen.

Die Bestimmung, wonach Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert bis 200 RM sofort voll als Betriebsausgabe behandelt werden können, bleibt auch bei Erwerb zu Schwarzhandelspreisen bestehen. Es ist jedoch zu beachten, daß die tatsächlichen Anschaffungswerte und nicht die Normalpreise maßgebend sind. Beispiel: Ein Gegenstand, der normalerweise 120 RM kosten würde, bei den gegebenen Verhältnissen jedoch für 800 RM erworben werden muß, ist mit 800 RM zu aktivieren und kann nicht sofort in voller Höhe als Betriebsausgabe abgezogen werden.

Abschreibungen auf den Überpreis

Hinsichtlich der Höhe der Zulässigkeit von Abschreibungen gilt zurzeit folgende Regelung: Die Abschreibungen können mit dem entsprechend aus der Nutzungsdauer des betreffenden Wirtschaftsgutes sich ergebenden Prozentsatz aus dem tatsächlichen Anschaffungswert (also auch dem Schwarzhandelspreis) vorgenommen werden. Vielfach wird die Ansicht vertreten, daß sobald nach der Anschaffung zu Schwarzhandelspreisen eine Abschreibung auf den Normalpreis oder den behördlich genehmigten Höchstpreis als dem niedrigeren Teilwert möglich sei. Das ist nicht zulässig. Das Steuerrecht geht bei der Auslegung des Teilwertbegriffes davon aus, daß ein Unternehmer für einen Gegenstand nicht mehr aufwenden wird, als ihm der Gegenstand für seinen Betrieb wert ist. Im Zeitpunkt des Erwerbs werden deshalb der Anschaffungswert und der Teilwert in der Regel übereinstimmen. Eine Abschreibung auf den Teilwert mit der Begründung des niedrigeren Normalpreises soll deshalb

nicht erfolgen. Es ist jedoch denkbar, daß im Augenblick des Fallens der Schwarzhandelspreise (z. B. durch größere Warenangebote, Aufhebung der Bewirtschaftung usw.) die Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert vom Finanzamt geduldet werden muß.

Werden Überpreise für Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens oder Verbrauchsgüter (Heizmaterial, Lebensmittel, für die Werkstätten, Betriebsstoffe usw.) bezahlt, so sind diese Aufwendungen sofort in voller Höhe abzugsfähig. Die gleiche Regelung gilt auch für Schmiergelder. Diese Ansicht wird auch in dem Einkommensteuer-Veranlagungs-Richtlinien 1946 vertreten, die für die Doppelzone ergangen sind. Es ist anzunehmen, daß eine gleiche Regelung auch für die französische Zone getroffen werden wird.

Buchmäßige Nachweispflicht

Das Finanzamt wird in der Regel, besonders bei größeren Beträgen, einen Nachweis über die Richtigkeit der geltend gemachten Überpreise verlangen, um eine evtl. Besteuerung dieser Einnahmen beim Zahlungsempfänger zu ermöglichen. Hierzu ist es gemäß § 205a der Reichsabgabenordnung berechtigt. In der Regel wird der Unternehmer von Schwarzhändler keinen Rechnungsbeleg erhalten, das Finanzamt wird andererseits auf seinem Recht der Namhaftmachung des Zahlungsempfängers bestehen, obwohl dem Unternehmer vielleicht der Name des Schwarzhändlers nicht einmal bekannt ist. In diesen Fällen wird es dem Steuerpflichtigen überlassen bleiben, den Nachweis über die Richtigkeit der Ausgaben auf andere Art zu erbringen. Soweit es sich um Gegenstände des Anlagevermögens handelt, wird dieser Nachweis hinsichtlich der Tatsache der Anschaffung durch das Vorhandensein des Gegenstandes erbracht werden können. Hinsichtlich der Höhe der Ausgabe wird sich der Unternehmer unter Umständen eine Schätzung durch das Finanzamt gefallen lassen müssen.

Volgklinger & Sohn

Die AG der Gerresheimer Glasbläserwerke vorm. Ferd. Heye in Düsseldorf hat in 1947 einen Gewinn nicht erzielen können. Die Produktionsmöglichkeit war sehr schwach. Die ersten Monate von 1947 wurden durch die Wirkung des kalten Winters gestört, eine danach eingetretene leichte Besserung wurde später wieder durch Rohstoffmangel, besonders an Soda usw., beeinträchtigt. Dieser Mangel führte gegen Ende des Jahres zur fast völligen Betriebsstilllegung. Auch zurzeit wird noch über Mangel an Rohstoffen geklagt. Die Ausnutzung der Kapazität geht kaum über 40 % hinaus.

Minimax

Der o. H. V. der Minimax AG., Berlin, werden die Geschäftsberichte für die Jahre 1944, 1945 und 1946 vorgelegt. Wie aus dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, wurde der 1945 begonnene Wiederaufbau des Unternehmens fortgesetzt. Der Zweigniederlassung in Stuttgart-Obertürkheim, Minimax GmbH, wurde die Bearbeitung des gesamten Geschäftes in den Westzonen übertragen. Die Umsätze des Berliner Büros, das durch Verträge sowohl die Herstellung von Handfeuerlöschern als auch deren Reparatur und die Fertigung von Füllungen nach Rezepten des Unternehmens bei drei Firmen ermöglichte, sind gestiegen. Die Werke in Neuruppin wurden nach den Bestimmungen des Befehls Nr. 124 der SMA entschädigungslos enteignet. Das Geschäftsjahr 1946 schließt mit einem Verlust von 1.180.000 RM, der sich um den Verlustvortrag aus 1945 in Höhe von 8.1 Mill. RM auf 9.280.000 RM erhöht. In der Bilanz werden die enteigneten Werke Neuruppin gesondert ausgewiesen, und zwar das Anlagevermögen mit 8.38 Mill. RM und das Umlaufvermögen mit insgesamt 6.18 Mill. RM. Die Gesamtverbindlichkeiten gingen von 2.89 Mill. RM auf 2.97 Mill. RM zurück. Die an Erträge brachten 0.3 Mill. RM gegenüber 2.8 Mill. RM im Vorjahr. Die Schruppfung des Geschäftsumfanges zeigen die Aufwendungen für Löhne und Gehälter, die von 2.36 Mill. RM im Jahre 1944, 0.74 Mill. RM 1945 auf 0.33 Mill. RM im Jahre 1946 zurückgingen.

Angsburger Buntweber

Eine so. H. V. der Angsburger Buntweberei Biedinger, Angsburg, soll über die Erhöhung des AK um 1.86 auf 8.98 Mill. RM Beschluß fassen. Die neuen Aktien werden mit Dividendennachschuß vom 1. Januar 1948 ab den alten Aktienären zu 175 % zum Bezugs angeboten. (An dem Unternehmen ist die Chr. Dietz AG., früher in Oberfingelbühl, jetzt in Angsburg, interessiert.)

Dortmunder Union

Bei der Dortmunder Union - Brauerei AG., Dortmund, litt in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1947 der Absatz bierähnlicher Getränke unter der außergewöhnlichen Kälte und in den heißen Sommermonaten unter dem Transportmangel und den unzureichenden Transportmöglichkeiten. Der Umsatz er-

Deutsche Gesellschaften

Gerresheimer Glas

Die AG der Gerresheimer Glasbläserwerke vorm. Ferd. Heye in Düsseldorf hat in 1947 einen Gewinn nicht erzielen können. Die Produktionsmöglichkeit war sehr schwach. Die ersten Monate von 1947 wurden durch die Wirkung des kalten Winters gestört, eine danach eingetretene leichte Besserung wurde später wieder durch Rohstoffmangel, besonders an Soda usw., beeinträchtigt. Dieser Mangel führte gegen Ende des Jahres zur fast völligen Betriebsstilllegung. Auch zurzeit wird noch über Mangel an Rohstoffen geklagt. Die Ausnutzung der Kapazität geht kaum über 40 % hinaus.

Minimax

Der o. H. V. der Minimax AG., Berlin, werden die Geschäftsberichte für die Jahre 1944, 1945 und 1946 vorgelegt. Wie aus dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, wurde der 1945 begonnene Wiederaufbau des Unternehmens fortgesetzt. Der Zweigniederlassung in Stuttgart-Obertürkheim, Minimax GmbH, wurde die Bearbeitung des gesamten Geschäftes in den Westzonen übertragen. Die Umsätze des Berliner Büros, das durch Verträge sowohl die Herstellung von Handfeuerlöschern als auch deren Reparatur und die Fertigung von Füllungen nach Rezepten des Unternehmens bei drei Firmen ermöglichte, sind gestiegen. Die Werke in Neuruppin wurden nach den Bestimmungen des Befehls Nr. 124 der SMA entschädigungslos enteignet. Das Geschäftsjahr 1946 schließt mit einem Verlust von 1.180.000 RM, der sich um den Verlustvortrag aus 1945 in Höhe von 8.1 Mill. RM auf 9.280.000 RM erhöht. In der Bilanz werden die enteigneten Werke Neuruppin gesondert ausgewiesen, und zwar das Anlagevermögen mit 8.38 Mill. RM und das Umlaufvermögen mit insgesamt 6.18 Mill. RM. Die Gesamtverbindlichkeiten gingen von 2.89 Mill. RM auf 2.97 Mill. RM zurück. Die an Erträge brachten 0.3 Mill. RM gegenüber 2.8 Mill. RM im Vorjahr. Die Schruppfung des Geschäftsumfanges zeigen die Aufwendungen für Löhne und Gehälter, die von 2.36 Mill. RM im Jahre 1944, 0.74 Mill. RM 1945 auf 0.33 Mill. RM im Jahre 1946 zurückgingen.

Hansa Frankfurt a. M.

Die HV der Kautschukgesellschaft Hansa AG. in Frankfurt a. M. nahm die Jahresabschluss 1944, 1945 und 1946 an. Für 1944 werden 0.98 Mill. RM Rohüberschuß (1944: 0.93, 1945: 0.93) und 0.93 an Erträge (0.90 und 0.93) ausgewiesen. Personalkosten betragen 0.37 Mill. RM (0.36 bzw. 0.39), Abschreibungen 0.3 (0.31 bis 0.30), Zinsen 0.27 (0.26 bzw. 0.23), ausweisliche Steuern 0.07 (0.07 bzw. 0.07) und Abrisskosten 0.24 Mill. RM (erstmalig 1946). Das Geschäftsjahr 1946 schließt mit Verlustvortrag von 218.044 RM und Neuverlust von 254.136 RM. — In der Bilanz zum 31. 12. 1946 stehen Grundkapital mit 1.280 Mill. RM auf Buch (L. 44: 1.090), wozu 0.988 Mill. RM aktivierter Wiederaufbauvermögen enthalten sind. Die Warenvorräte belaufen sich auf 0.706 Mill. (31. 12. 1944: 1.090). Flüssige Mittel auf 6.513 Mill. (0.905), Kriegsschadenforderungen auf 1.717 Mill. Das AK ist unverändert 2.5 Mill. RM, die Rücklage für Ersatzbeschaffung beträgt 0.971 Mill., Rückstellungen 0.944 Mill., Hypotheken 1.314 Mill. RM. Mit den Instandsetzungsarbeiten der Geschäftsbüros in Frankfurt, Hanau und Mannheim ist begonnen worden. Der Verkauf wurde wieder aufgenommen. — In 1947 und Anfang 1948 entwickelte sich der Umsatz zufriedenstellend.

Firmenänderung

Die Firma Hermann D. Krages GmbH, Holzverspannungen in Scheurefeld a. S., Sleg heißt künftig „Durotex GmbH, Holzverspannungen“.

Zweigniederlassung

Die Hauptgesellschaft des Otto Wolf-Konzerns, die Firma Otto Wolf, Köln, hat in Neuwied eine Zweigniederlassung errichtet.

Geldzuflüsse zu den Banken halten an

Zum ersten Mal: Reserven bei den Landesreditbanken

hfg. Baden-Baden. Die Erwartung einer baldigen Geldreform hat die Zuflüsse von Bargeld zu den Kreditinstituten weiter anhalten lassen. Sie äußerten sich bei den Landesreditbanken vor allem in dem weiteren Anwachsen der Giroeinlagen von „Kreditinstituten des Landes“ bei ihrer Landeszentralbank. Bei den drei Instituten der französischen Zone hatten diese Banken einlagen im Februar bereits um 280 Mill. RM zugenommen. Im März um weitere 210 Mill. Die Zunahme entfällt ganz auf das badische Institut (+ 99 Mill. im März, + 79 Mill. im Februar), während bei den beiden anderen Instituten ein etwas kleinerer Zuwachs zu verzeichnen ist, und zwar beim württembergischen Institut von 34 Mill. (Februar 86), beim Institut von Rheinland-Pfalz von 97 Mill. (Febr. 98). Auffallend stark sind aber auch die Guthaben angewachsen, welche Kreditinstitute außerhalb des Landes sowie anderer Landeszentralbanken bei den zentralen Instituten der Zone unterhalten. Sie wuchsen in Baden um 15.7 Mill., in Württemberg haben sie um 2 Mill. abgenommen, aber in Rheinland-Pfalz stiegen sie um 94 Mill., zum neuen also um 67.3 Mill. RM.

Die Einlagen der öffentlichen Verwaltungen bei den Landeszentralbanken sind im Zusammenhang mit dem öffentlichen Zahlungsverpflichtungen zum Märzultimo allgemein verringert worden. In Baden um 15.1, in Württemberg um 5.9, in Rheinland-Pfalz um 48.3 Mill., im Ganzen also um 14.9 Mill. RM. Bei den Giroeinlagen der Dienststellen der Militärregierung war die Entwicklung im März vom Land zu Land verschieden. In Baden nahmen sie um 25.5 Mill. ab, in Württemberg um 1.1 Mill., während sie in Rheinland-Pfalz um 29.8 Mill. zunahm. Ihr Bestand war Ende März 391.3 Mill. RM.

Infolge des hohen Einlagenzuflusses bei fast völliger Aufhebung der Kreditgewährung haben die flüssigen Mittel der Landeszentralbanken entsprechend stark zugenommen. Die Kassenbestände, Postcheckguthaben und Guthaben bei anderen Landeszentralbanken und bei sonstigen Banken sind erheblich

gestiegen. Beim badischen Institut um 64 Mill., beim württembergischen Institut um 49.9 Mill., und beim Institut für Rheinland-Pfalz um 99.1 Mill., zusammen also um 213 Mill. RM.

Von ihren Kassenbeständen halten die Landeszentralbanken einen Teil bei der Verrechnungsstelle in Frankfurt/M. Ende März betragen diese auswärtigen Bestände 123.4 Mill. beim badischen Institut, 97.7 Mill. beim württembergischen Institut und 35.8 Mill. beim Institut von Rheinland-Pfalz, zusammen also 256.9 Mill. RM gegen 233.3 Mill. Ende Februar. Beim württembergischen Institut haben die in Frankfurt gehaltenen Kassenbestände im März um 11.1 Mill. abgenommen, bei den anderen Instituten ist eine Zunahme zu verzeichnen, beim badischen Institut um 5.5 Mill. und beim Institut für Rheinland-Pfalz um 26.3 Mill. RM. Der Rückgang beim württembergischen Institut ist darauf zurückzuführen, daß bei der Verrechnungsstelle die Schuldsätze des württembergischen Instituts aus dem laufenden Überweisungsverkehr mit den anderen Landeszentralbanken um diesen Betrag größer gewesen sind als die Kreditaufträge. In der Kreditgewährung durch die Landeszentralbanken ist eine größere Änderung nur beim württembergischen Institut eingetreten, das den an die Landesverwaltung gewährten Betriebskredit im März um 5.3 auf 21.9 Mill. erhöht hat.

Die Jahresabschlüsse der drei Landeszentralbanken sind im März genehmigt worden, so daß eine Verteilung der Überschüsse stattfinden konnte. Daher finden wir zum ersten Mal in den Bilanzen der Institute eine „gesetzliche Rücklage“, welche beim badischen Institut 281.990 RM, beim württembergischen Institut 79.998 RM und beim Institut von Rheinland-Pfalz 11.301 Mill. RM beträgt. Durch die Abschreibungen aus Anlaß des Jahresabschlusses sind auch die „sonstigen Verbindlichkeiten“ und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ bei den drei Instituten entsprechend vermindert worden.

Table with 4 columns: ARTIVA, Baden, Württemb., Rheinl.-Pf., in Mill. RM. Rows include Kassenbestand, ausw. Dep., Postch.-Guth., Guth. v. Banken, Disk.schatzwed., Betriebskredite, Sonderkredite, sonst. Forderungen, an Treuhänder, u. Reichsb., Bilanzsumme.

Table with 4 columns: PASSIVA, Baden, Württemb., Rheinl.-Pf., in Mill. RM. Rows include Kapital, Einlagen, v. Banken, v. dH. Verw., konst. in Einl., v. ausw. Einlag., Giroüberweis., Guth. v. Banken, sonst. Verbind., Bilanzsumme.

